



# Haken am Kreuz?

Die Evangelische Predigergemeinde Erfurt

1933 bis 1945



Titelbild: Ausschnitte der Trümmerfenster über dem Nordportal und im Hohen Chor der Predigerkirche, die von 1949 bis 1953 aus den farbigen Glassplittern kriegszerstörter Erfurter Kirchenfenster von dem Glaskünstler Heinz Hajna (1913 - 1992) gestaltet wurden.

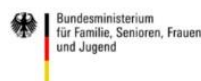
Die Arbeitsgruppe dankt Frau Pfarrerin Dr. Susanne Böhm (Apolda) für die wertvollen Anregungen sowie Herrn Felix Dörner, Frau Ute Unger und Herrn Rüdiger Banse für die weiterführenden Informationen.

Durch Frau Toos Kooijman und Frau Renate Schulz ist uns dankenswerterweise die Veröffentlichung von Briefen und Fotos erlaubt worden. Des Weiteren schulden wir Frau Andrea Winkelmann, Herrn Wolter Seuntjens, Herrn Michael Krieghoff (Erfurt) und Herrn Berend-Jan Waterböhr (Bielefeld) Dank für die Übersetzung von niederländischen Originaltexten. Weiterhin danken wir der Evangelischen Kirchengemeinde Oberlenningen (Württemberg), insbesondere Frau Erika Hillegaard, für die Bereitstellung von Text- und Bildmaterial zu Pfarrer Gustav Kletschke.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Recycling-Papier in der Druckerei des Landeskirchenamtes der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland.

Gefördert durch den LAP Erfurt / Partnerschaft für Demokratie im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, des Thüringer Landesprogramms „Denk bunt“ für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sowie die Stadt Erfurt.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Thüringer Landesprogramm  
für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Freistaat  Ministerium  
für Bildung,  
Jugend und Sport



# **Haken am Kreuz?**

**Die Evangelische Predigergemeinde Erfurt  
1933 bis 1945**

***Nur wer die Vergangenheit kennt,  
hat eine Zukunft!***

***Wilhelm von Humboldt***

Begleitheft zur Ausstellung in der Predigerkirche  
im Frühsommer 2016

## **Inhalt**

Vorwort .....	3
I Die Predigergemeinde während der Zeit des Nationalsozialismus .....	4
Die Situation der Evangelischen Kirche .....	4
Geschichtlicher Überblick über die Predigergemeinde .....	6
II Aspekte des kirchlichen Lebens in der Predigergemeinde 1933 bis 1945 .....	7
Die Pfarrer an der Predigerkirche .....	7
Das Verbot der Evangelischen Woche 1937 .....	11
Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen .....	14
„Eine kulturelle Barbarei“ – Das Predigerkloster im Visier der Staatsmacht .....	18
Holländische Zwangsarbeiter und die Predigergemeinde .....	25
III Zeugnisse aus dem Schrifttum der Predigergemeinde .....	32
Thematische Auswertung der Gemeindeblätter von 1933 bis zum Ende ihres Erscheinens 1937 .....	32
Auszüge aus dem Protokollbuch der Predigergemeinde 1933 bis 1945 .....	36
Anhang - Chronologie der nationalsozialistischen Geschichte in Deutschland und Thüringen .....	50
Resümee .....	59
Abkürzungen .....	60
Abbildungsnachweis .....	60

## Vorwort

„Haken am Kreuz?“ – so war die Wanderausstellung des Evangelischen Kirchenkreises Erfurt betitelt, die 2014 erstmals im Collegium Maius gezeigt wurde. Sie beschäftigte sich mit der Frage, wie sich Anpassung an und Widerstand gegen das nationalsozialistische Gedankengut in den Kirchengemeinden Erfurts niederschlugen.

In der Predigergemeinde wurde der Wunsch geäußert, diese Ausstellung auch in der eigenen Kirche zu zeigen. Der Gemeindegemeinderat beschloss, diesem Wunsch nachzukommen und die Ausstellung um weitere Zeugnisse aus der eigenen Gemeinde zu ergänzen. So fanden sich im September 2014 sieben Gemeindeglieder – teils aus (kirchen-) historischem oder persönlichem Interesse, teils aus Neugier auf die Recherchearbeit – zu einer Arbeitsgruppe zusammen.

Mehr als achtzig Jahre nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten und über siebzig Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges gestalteten sich die Nachforschungen nicht einfach.

Würden sich noch Zeitzeugen oder auskunftsfähige Nachfahren finden lassen? Was geben die handschriftlich in Sütterlin verfassten Protokolle des Gemeindegemeinderates her? Was verraten die Gemeindeblätter über den damaligen Glauben und das damalige Denken? Was verbirgt sich außerdem im Archiv der Predigergemeinde? Was macht man, wenn Archive inzwischen bereinigt worden sind?

In dieser Broschüre sind die Ergebnisse fast anderthalbjähriger Recherchearbeit zusammengefasst. Die Publikation ist als Begleitheft zur Dokumentation der Ausstellungserweiterung gedacht, welche mit 14 Tafeln und Originaldokumenten im Juni und Juli 2016 in der Predigerkirche Erfurt zu sehen ist. Sie wendet sich an interessierte Laien aus der Predigergemeinde und der Stadt Erfurt.

Im Fokus steht die Zeit von der Machtergreifung Hitlers 1933 bis zum Ende des Krieges 1945. Dabei bleibt die Geschichte der Barfüßer- und Augustinergemeinde, die heute zur Predigergemeinde gehören, damals aber noch eigenständige Gemeinden waren, unberücksichtigt.

Die Broschüre gliedert sich in drei Teile:

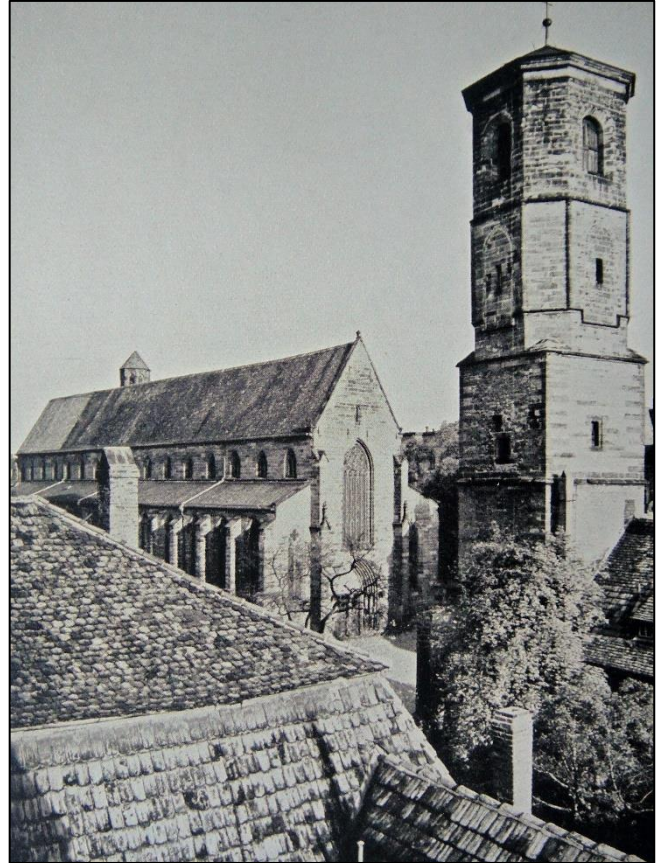
Der erste Teil gibt einen historischen Überblick über die geschichtlichen Ereignisse im Land und speziell in der Predigergemeinde.

Der zweite Teil beinhaltet fünf Themenfelder, die sich aus dem Recherchematerial herauskristallisiert haben. Sie beleuchten auszugsweise die Situation in der Predigergemeinde.

Der dritte Teil dokumentiert Materialien aus dem Predigerarchiv, die die Grundlage der Rechercheergebnisse darstellen: kommentierte Auszüge aus den Gemeindebriefen und Protokollen des Gemeindegemeinderates jener Zeit.

Wie schlugen sich der sogenannte „Kirchenkampf“ und die nationalsozialistische Kirchenpolitik in der Predigergemeinde nieder? Wie nutzten Pfarrer und eventuell Gemeindeglieder der damaligen Zeit ihre Handlungsspielräume innerhalb des politisch aufgezwungenen Korsetts? Wie spiegeln sich Ereignisse der Stadt Erfurt im Alltag der

Gemeinde wider? Was haben niederländische Zwangsarbeiter mit der Predigergemeinde zu tun? Wie wuchsen Kinder und Jugendliche heran, welchen Einflüssen waren sie im Prediger-Kindergarten und Religionsunterricht ausgesetzt? Diesen und anderen Fragen gehen die folgenden Texte nach.



*Predigerkirche und Paulsturm um 1940*

Während diese Publikation entstand, strömten Menschen nach Deutschland, auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung. Viele von ihnen hoffen, hier Sicherheit und eine Perspektive für ihr Leben zu finden. In unserer Gesellschaft wird Angst vor Fremden laut, die eigentlich Sorge um das eigene Auskommen ist. Angst, die auch von Vorurteilen, Unwissenheit und dem Unwillen zeugt, sich mit neuen Herausforderungen konstruktiv auseinander zu setzen. Dann brennen Flüchtlingsunterkünfte, skandieren brave Bürger bei öffentlichen Demonstrationen ihr Einverständnis mit rechten Parolen. Parallelen zur Zeit unserer Nachforschungen drängen sich auf.

Die Geschichte lebendig zu halten, als Spiegel, in den wir immer wieder schauen sollten, besonders aber in den Zeiten großer Umbrüche und notwendiger gesellschaftlicher Veränderungen, sollte uns stetes Anliegen sein und bleiben. Diesen Spiegel müssen wir auch unseren Nachkommen vorhalten, zur Orientierung in ihrem eigenen Leben, zum Bewahren der Erinnerung, auf dass sie daraus lernen und wir alle niemals vergessen.

Die Arbeitsgruppe „Haken am Kreuz“  
Juni 2016

# I DIE PREDIGERGEMEINDE WÄHREND DER ZEIT DES NATIONALSOZIALISMUS

## Die Situation der Evangelischen Kirche

Sebastian Nickel

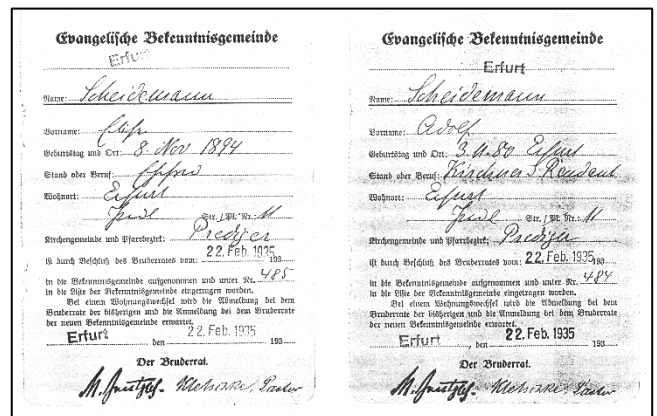
Die Geschichte der evangelischen Kirche im Nationalsozialismus wurde lange unter der Überschrift *Kirchenkampf* dargestellt. Im engeren Sinn bezeichnet dieser Terminus die Auseinandersetzungen innerhalb der evangelischen Kirche um die Leitung der Kirche, ihre Ordnung und ihren Bekenntnisstand in den Jahren 1933/34 und beinhaltet so nur einen kleinen Abschnitt der Kirchengeschichte zwischen 1933 und 1945.<sup>1</sup>

Bei der „Machtergreifung“ 1933 war Hitler bemüht, den Eindruck einer kirchenfreundlichen Haltung seiner Partei zu vermitteln. Dadurch kam es auf Seiten der Kirchen zu deutlichen Zeichen der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der neuen Regierung. Weder die Notverordnungen nach dem Reichstagsbrand, noch die Boykottaufrufe gegen jüdische Geschäfte oder die Verhaftungswelle gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter riefen nennenswerte Proteste in der evangelischen Kirche hervor.

Erst Eingriffe des nationalsozialistischen Staates in innerkirchliche Angelegenheiten lösten Widerstand aus. An der Wahl des Reichsbischofs 1933 entzündete sich ein folgenreicher innerkirchlicher Streit (*Kirchenkampf*) zwischen der *Glaubensbewegung Deutsche Christen* (GDC) auf der einen und der heterogenen *Jungreformatorischen Bewegung* auf der anderen Seite.

Wollte erstere eine von der nationalsozialistischen Ideologie geprägte Reichskirche mit Ludwig Müller an der Spitze, einigte sich letztere, die allein die Bibel und die reformatorischen Bekenntnisschriften als Maßstab ansah, auf Friedrich von Bodelschwingh. Dieser wurde am 27.5.1933 zwar gewählt, trat aber vier Wochen später unter starkem politischem Druck zurück. Ihm folgte am 27.9.1933 Ludwig Müller, nachdem ab Juni 1933 leitende Geistliche beurlaubt, kirchliche Gebäude von der SA besetzt, gewählte Kirchenversammlungen aufgelöst und GDC-Anhänger in Schlüsselpositionen berufen worden waren – so auch auf dem Gebiet der heutigen EKM. Nur die Landeskirchen in Bayern, Württemberg und Hannover behielten ihre bisherigen Leitungsorgane bis 1945 bei („intakte Landeskirchen“).

Nach einer Veranstaltung der Berliner *Deutschen Christen*, die als „Sportpalastskandal“ in die Kirchengeschichte einging,<sup>2</sup> brach die GDC auseinander und verlor in der Mitte viele Mitglieder. Zugleich bildete sich auf evangelischer Seite eine kirchliche Opposition heraus. Weitere Anlässe dazu stellten unter anderem der „Maulkorbberlass“ Müllers für interne Kritiker<sup>3</sup> und die Einführung des „Arierparagrafen“ in mehreren Landeskirchen im Herbst 1933 dar.<sup>4</sup> Auf Initiative Martin Niemöllers entstand daraufhin der *Pfarrernotbund*, der um die Jahreswende 1933/34 zum Sammelort für kirchliche Oppositionelle wurde.



Ausweis der Bekennenden Kirche

Auf der Bekenntnissynode vom 29. bis 31.5.1934 in Barmen wurde mit der *Barmer Theologischen Erklärung* das wichtigste theologische Dokument des gesamten *Kirchenkampfes* verabschiedet.<sup>5</sup> Die *Bekennende Kirche* (BK) war mit dem Bruderrat als zwölfköpfigem Führungsgremium geboren. Auf einer weiteren Bekenntnissynode entstand am 22.11.1934 eine fünfköpfige „Vorläufige Kirchenleitung“ (VKL I). Im Streit über die weitere Tätigkeit kam es später zur Spaltung der Bekenntnisfront – die erste VKL trat zurück und eine zweite, radikalere VKL bildete sich im Frühjahr 1936. In einer geheimen Denkschrift am 28.5.1936 an Hitler protestierte diese nicht nur gegen staatliche Eingriffe in das

<sup>1</sup> Daher wird in der neueren Zeitgeschichtsforschung der allgemeinere und inhaltlich offenere Terminus „Nationalsozialismus und Kirchen“ verwendet. (Mehlhausen 1994, S. 43)

<sup>2</sup> Der Berliner GDC-Gauleiter Reinhold Krause hatte dabei u.a. die „Befreiung vom Alten Testament mit seiner jüdischen Lohnmoral“ und den Verzicht auf die „Sündenbock- und Minderwertigkeitstheologie des Rabbiners Paulus“ gefordert. (Ebd, S. 54)

<sup>3</sup> Der Reichsbischof verbot am 4.1.1934 unter Androhung von Amtsenthebung alle kirchenpolitischen Auseinandersetzungen und Kundgebungen.

<sup>4</sup> Am 6.9.1933 beschloss die DC-geführte Evangelische Kirche der Altpreußischen Union als erste Teilkirche ein Gesetz, nach dem Beamte „nichtarischer Abstammung“ bzw. mit „nichtarischen“ Ehepartnern in den Ruhestand zu versetzen sind. Weitere Teilkirchen folgten.

<sup>5</sup> Der Text mit sechs Thesen, dazugehörigen Schriftziten und Verwerfungssätzen war zwar ein rein theologischer Text, der keine Kritik an der NS-Ideologie enthielt; er wurde aber durch den Absolutheitsanspruch des Evangeliums und die Ablehnung ideologischer Überfrachtung schon damals als Ablehnung politischer Totalitätsansprüche verstanden.

kirchliche Leben, sondern auch gegen ideologisch motivierte Eingriffe.<sup>6</sup>

Im Jahr 1935 richtete der Staat das Reichskirchenministerium mit dem Reichskirchenausschusses (RKA) als Leitungsgremium ein, Ludwig Müller wurde so als Reichsbischof faktisch abgesetzt. Der Versuch des Staates, wieder kirchenpolitisch aktiv zu werden, schlug jedoch fehl.<sup>7</sup> Da der RKA die Bejahung der NS-Ideologie forderte, galten die BK-Bruderräte fortan als illegal, lösten sich aber nicht auf. So kam es verstärkt zu Übergriffen und Gewaltmaßnahmen gegen BK-Mitglieder.

Im Jahr 1938 erlebte die BK mehrere Krisen. Nach dem „Anschluss“ Österreichs wurde sehr kontrovers über einen Treueeid der Pfarrer auf Hitler diskutiert.<sup>8</sup> Als bei drohender Kriegsgefahr im September 1938 die VKL II eine „Gebetsliturgie für den Frieden“ an die Gemeinden herausgab, kam es zu einem massiven Angriff seitens der SS. Unter starkem Druck des Staates distanzieren sich die Bischöfe der „intakten Landeskirchen“ von dieser Liturgie, was einen kaum überbrückbaren Graben zwischen der VKL II und den Bischöfen der BK aufriß.

Zu den Pogromen am 9. November 1938 schwiegen alle Kirchenleitungen. Nur vereinzelt kam es zu Widerständen.

Nach Kriegsbeginn schlossen die zerstrittenen Fraktionen der Evangelischen Kirche (DEK) unter dem „geistlichen Vertrauensrat der DEK“ (GVR) mit allen kirchenpolitischen Gruppen außer den illegalen Bruderräten einen Burgfrieden. Das neue Leitungsgremium nahm grundsätzlich eine loyale Haltung zum NS-Staat ein.<sup>9</sup> Im „Kirchlichen Einigungswerk“ setzte sich seit 1941 der Württembergische Landesbischof Wurm für die Zusammenführung aller protestantischen Gruppen ein. Die Mehrheit der Protestanten war allerdings weder bei der GDC noch bei der BK beheimatet.

Die Ermordung Kranker und Behinderter im Rahmen der „Euthanasie-Aktion T4“ evozierte im Gegensatz zur Judenverfolgung stärkeren Widerspruch beider Kirchen. Mehrere Proteste und offizielle Eingaben sorgten unter anderem dafür, dass Hitler am 24. August 1941 diese Aktion einstellen ließ, was jedoch nicht verhinderte, dass sie im Geheimen bis zum Kriegsende weiterging.

Die Entrechtung der Juden und der Völkermord stellten die größte theologische, ethische und politische Herausforderung für die Christen in Deutschland dar. Geprägt durch den traditionellen Antijudaismus und den rassistischen Antisemitismus wurde seitens der Kirchen – von wenigen Ausnahmen abgesehen (z. B. das Büro Grüber)<sup>10</sup> – die Ausgrenzung, Entrechtung und Vernichtung der Juden

weitgehend widerspruchslos hingenommen. Vereinzelt geforderte öffentliche kirchliche Proteste blieben aus.

Im christlichen Widerstand gab es ein breites Verhaltensspektrum, das vom Vorbehalt gegen die NS-Ideologie (Resistenz, passiver Widerstand) über die „innere Emigration“ bis hin zur offenen Ablehnung einzelner Regierungsmaßnahmen („Protest“) reichte. Nur ein ganz kleiner Kreis beteiligte sich in Gruppen, die den Umsturz des Regimes planten (Dietrich Bonhoeffer, Kreisauer Kreis). Auf eigene Verantwortung agierend, wurden sie nicht von den Leitungsgremien unterstützt.<sup>11</sup>

Die kirchliche Opposition sah sich in erster Linie nicht in Gegnerschaft zum Nationalsozialismus, sondern es ging ihr um die theologische Distanzierung von der GDC und deren Vermengung von Theologie, Ideologie und Politik. Die Selbstbehauptung der Kirche stand im Vordergrund. Während es auch offizielle mutige Zeichen gegen die „Euthanasie“ gab, muss man beim Verhalten gegenüber dem Völkermord an den Juden von einem vollständigen Versagen der Amtskirche sprechen.

Nach dem Krieg tat sich die protestantische Kirche schwer damit, ihre Versäumnisse während der NS-Zeit beim Namen zu nennen. Erst auf ökumenischen Druck hin wurden in der „Stuttgarter Schulderklärung“ vom 19.10.1945 schwere Fehler eingeräumt, der Völkermord fand dabei allerdings keine Erwähnung. Die Erklärung bewirkte zunächst keine selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle der Kirchen im Nationalsozialismus. Diese erfolgte erst Jahrzehnte später.

---

## Literatur und Quellen

Mehlhausen, Joachim: Art. Nationalsozialismus und Kirchen. In: TRE. Bd. 24, 1994, S. 43 – 78.

Meier, Kurt: Der evangelische Kirchenkampf. 3 Bde. Leipzig 1976 – 1984.

Meier, Kurt: Kreuz und Hakenkreuz. Die evangelische Kirche im Dritten Reich. Berlin 2001.

Nicolaisen, Carsten/Graf, Friedrich Wilhelm: Art. Nationalsozialismus. In: RGG<sup>4</sup>. Bd. 6, 2003, S. 79 – 95.

Osten-Sacken, Peter von der: Das missbrauchte Evangelium. Studien zu Theologie und Praxis der Thüringer Deutschen Christen (= Studien zu Kirche und Israel. 20). Berlin 2002.

Scholder, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich. 2 Bde. Frankfurt u. Berlin 1986.

---

<sup>6</sup> Diese Denkschrift wurde aber nie veröffentlicht.

<sup>7</sup> Am 12.2.1937 löste sich der RKA wieder auf.

<sup>8</sup> Einige BK-Gremien machten den Eid zur Pflicht, andere stellten ihn den Pfarrern frei.

<sup>9</sup> Der GVR setzte sich aber auch für den schulischen Religionsunterricht sowie gegen die Behinderung des christlichen Schrifttums- und Pressewesens ein.

<sup>10</sup> Das Büro Grüber unter der Leitung von Heinrich Grüber organisierte von 1938 bis 1940 vor allem die Emigration von mehr als 1.000 (konvertierten) Juden.

<sup>11</sup> Das größte Problem beim aktiven Widerstand war der ethische Umgang mit dem Tyrannenmord. Dieser wurde noch nach dem Krieg abgelehnt – es gab keine Theorie des Widerstands in der protestantischen Theologie.

## Geschichtlicher Überblick über die Predigergemeinde

Annelie Hollmann

15.6.1933	der Gemeindegemeinderat (GKR) regelt die Ausstellung von Ariernachweisen; Diskussion über die „Deutschen Christen“; die Beflaggung der Kirche zum Hitler-Besuch wird beschlossen
23.7.1933	auf staatliches Geheiß erfolgt die Neuwahl des GKR
1933 – 36	Störungen von Gottesdiensten durch Musikkorps der Hitler-Jugend (HJ)
1.4.1934	Senior Dr. Fischer (Mitglied der BK) geht in den Ruhestand; die Pfarrstelle wird auf GKR-Beschluss vorübergehend nicht wieder besetzt, um die Besetzung mit einem „Deutschen Christen“ zu verhindern
14.4.1934	Vertrag über die Eingliederung der Evangelischen Jugend in die HJ wird dem GKR vorgelegt
15.9.1934	Senior Alfred Kurz (Deutsche Christen - DC) wird ins Amt eingeführt
1.11.1934	der GKR stellt sich hinter Pfarrer Kletschke, der von Senior Kurz wegen „kirchenpolitischer Abkündigungen“ gemaßregelt worden war; die Gestapo beobachtet die Predigergemeinde
Dez. 1934	im Gemeindeblatt wird bedauernd zur Kenntnis genommen, dass die Kirchenfahne nicht mehr gehisst werden darf
Mai 1935	im Gemeindeblatt wird das Jahr 1934 rückblickend als ein Jahr des Kirchenkampfes bezeichnet
4.6.1935	GKR beschließt, die Predigerkirche der Bekennenden Kirche Verfügung zu stellen
Juni 1935 – 1941	Verhandlungen um Bauplatz für eine neue Predigtstätte in der Cyriak- oder Peterbornsiedlung
21.10.1935	der GKR bringt die Bereitstellung des Kapitelsaales für einen auszustattenden Eckhart-Gedenkraum ins Gespräch
18.12.1935	der Polizeipräsident beansprucht den Predigerkeller als Luftschutzrettungsstelle
12.3.1936	Architekt Theo Kellner wird beauftragt, einen Entwurf für Kirche und Gemeindehaus mit Pfarrwohnung am Westbahnhof vorzulegen
Dez. 1936	Vertrag über Sirenenanlage auf dem Paulsturm mit dem Polizeipräsidenten
2.1.1937	Verbot der Evangelischen Woche, Polizei verhindert die Predigt des Landesbischofs Meiser
10.11.1937	Verbot des gemeinsamen Gemeindeblatts der Barfüßer- und Predigergemeinde
ab 29.11.1938	Verhandlungen mit der Stadt, die das Predigerkloster kaufen will
1938 – 43	Erwägungen der Nationalsozialisten, Predigerkirche zu entsakralisieren und als Kultstätte für große Mystiker des Mittelalters zu gestalten (Meister Eckhart)
15.1.1939	Einführung Dr. Gerhard Gloeges als 2. Pfarrer in der Predigergemeinde
1.2.1941	Übernahme des Predigerkindergartens durch die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
Feb. – Mai 1942	Abholung der vier großen Bronzeglocken aus dem Paulsturm
Sept. – Okt. 1942	Kunstgüter aus der Predigergemeinde werden unter der Domkrypta in Sicherheit gebracht
1.5.1943	Pfarrer Kletschke geht in den Ruhestand; die Pfarrstelle bleibt während des Krieges trotz Bemühungen des GKR vakant
ab Feb. 1944	holländische Zwangsarbeiter halten wöchentlich eine Bibelstunde im Predigerpfarrhaus ab
20.2.1944	erster großer Bombenangriff auf Erfurt: Pfarrer Gloege besucht zwei Tage lang Geschädigte der Gemeinde im Gebreite
26./27.11.1944	schwerer Bombenangriff: Barfüßerkirche zerstört; alle Fenster der Predigerkirche und das Dach des Pfarrhauses vernichtet; Gottesdienste finden nur noch im Gemeindehaus statt; Gloege leicht verletzt
12.4.1945	amerikanische Soldaten erobern Erfurt und ziehen durch die Schlösserstraße
20.4.1945	viele Helfer reinigen den Hohen Chor für eine Trauung
23.4.1945	der Predigerkindergarten ist wieder im Besitz der Gemeinde
29.4.1945	die Predigerkirche wird wieder für Gottesdienste genutzt
2.5.1945	drei amerikanische Feldgeistliche erkundigen sich nach dem kirchlichen Leben in Erfurt, zusammen mit den Holländern singen alle: „Nun danket alle Gott“
22.5.1945	Niemöller-Dankgottesdienst mit Predigt von Pfarrer Gloege
16.9.1945	Pfarrer Lic. Dr. Benckert wird als 2. Pfarrer gewählt



## II ASPEKTE DES KIRCHLICHEN LEBENS 1933 BIS 1945

### Die Pfarrer an der Predigerkirche

Annelie Hollmann und Johannes Staemmler

An der Predigerkirche gab es im Zeitraum von 1933 – 1945 zwei Pfarrstellen, die aber nicht durchgehend besetzt waren. Bei der Machtergreifung Hitlers hatte Pfarrer Dr. Gerhard Fischer, der zugleich Senior des Kirchenkreises Erfurt war, die erste Pfarrstelle inne, Pfarrer Gustav Kletschke die zweite. In manchen Dokumenten wird Pfarrer Kletschke auch als Diacon bezeichnet. Dies war die alte Amtsbezeichnung für die zweite Pfarrstelle. Beide Pfarrer gehörten der Bekennenden Kirche an.

#### Pfarrer der Predigergemeinde 1933 – 1945

	1. Pfarrer	2. Pfarrer
1933 – 34	Dr. Fischer	Kletschke
1934 – 38	Kletschke	–
1938 – 43	Kletschke	Dr. Gloege
1943 – 45	Dr. Gloege	–
1945	Dr. Gloege	Dr. Benckert

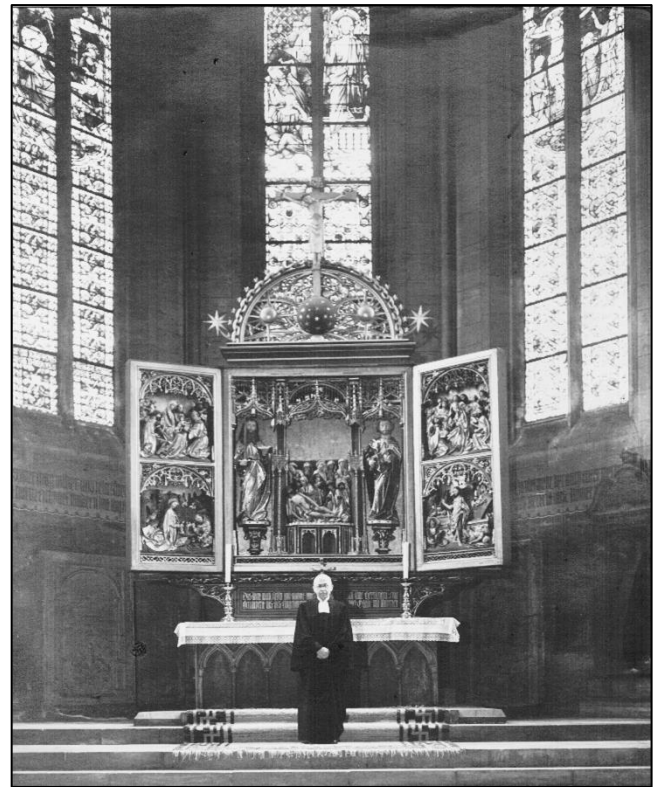
Am 1. April 1934 ging Senior Dr. Fischer offiziell aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand und verstarb wenig später. Laut Tagebuch Pfarrer Kletschkes hatte sein Rücktritt aber auch politische Gründe:

*Im Jahre 1934 musste auch Senior Fischer sein Pensionsgesuch einreichen und einem allerdings gemäßigten Deutschen Christen Platz machen. (Tagebuch, S. 28)*

In dieser Zeit erlebte der Kirchenkampf gerade seinen Höhepunkt. Damit die freigewordene Pfarrstelle nicht zum Politikum zwischen Deutschen Christen und Bekennender Kirche würde, setzten sich Pfarrer Kletschke und der Gemeindegemeinderat bei der Kirchenleitung in Magdeburg dafür ein, die Pfarrstelle zunächst nicht wiederzubesetzen. Man befürchtete, sonst einen Deutschen Christen als Pfarrer gesetzt zu bekommen. Die Kirchenleitung stimmte dem zunächst für ein Jahr zu. Pfarrer Kletschke leitete die Gemeinde, die 10.000 Seelen umfasste, in dieser Zeit allein, erhielt allerdings Unterstützung durch einen Hilfsprediger und später einen Vikar. Bis zur Wiederbesetzung der zweiten Pfarrstelle dauerte es schließlich mehr als vier Jahre. Dr. Gerhard Gloege, ein schlesischer Pfarrer der Bekennenden Kirche mit Reichsredevorbot, wurde 1938 als Nachfolger Fischers gewählt. Warum die Gemeinde sich gerade für ihn entschied, erschließt sich aus den Quellen nicht.

Von 1939 bis 1943 standen Kletschke und Gloege der Gemeinde zu zweit als Pfarrer vor. Ihre Aufgabengebiete waren klar voneinander abgegrenzt. (s. Protokollbuch, S. 135f.) Als Pfarrer Kletschke 1943 in den Ruhestand ging, drängte der Gemeindegemeinderat auf eine schnelle Wiederbesetzung der Stelle. Dies wurde jedoch vom Konsistorium abgelehnt mit der Begründung, dass dann die Gefahr bestünde, dass Pfarrer Gloege zum Wehrdienst eingezogen würde. Ein Bewerbungsverfahren wurde dennoch in Gang gesetzt, allerdings scheiterte die Besetzung an den Verhält-

nissen im Krieg. So wurde die zweite Pfarrstelle erst im September 1945 mit Pfarrer Lic. Dr. Heinrich Benckert aus Breslau wiederbesetzt.



Pfarrer Kletschke ca. 1935 im Hohen Chor der Predigerkirche

#### Literatur und Quellen

Brief an den Bischof der Kirchenprovinz Sachsen v. 21.1.1934. Archiv der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen. AZ Fe XIV 225.

Hillegaart, Erika: Kriegsende und Neubeginn. Portrait und Dokumente eines fast vergessenen Pfarrers der Bekennenden Kirche im Lenninger Tal. Vortragsskript vom 21.2.2005. Archiv der Predigergemeinde Erfurt.

Kletschke, Gustav: Tagebuchaufzeichnungen. Archiv der Predigergemeinde Erfurt, S. 26 – 29.

Personalakte Gustav Kletschke. Archiv der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.

Pfarrerbuch der Kirchenprovinz Sachsen, Bd. 3 u. 4. Hg. v. Verein für Pfarrerrinnen u. Pfarrer i. d. Ev. Kirche d. Kirchenprovinz Sachsen e.V. Leipzig 2004.

Protokollbuch des GKR 1926 – 1955. Archiv der Predigergemeinde.

Gloege, Henning: Nach Thüringen. In: Biografie Gerhard Gloege. Typoskript (elektronisch). 351 S.

Archiv der Ev. Predigergemeinde Erfurt.

Onnasch, Martin: Um kirchliche Macht und geistliche Vollmacht. (Diss.) Frankfurt/M. 2010.

**Dr. Gerhard Fischer**

\* 30.5.1869

Quednau/Ostproußen

† 15.1.1935 Erfurt

1900 – 1912 2. Pfarrer an der Predigerkirche

1911 – 1934(35) Senior in Erfurt

1912 – 1934 1. Pfarrer an der Predigerkirche

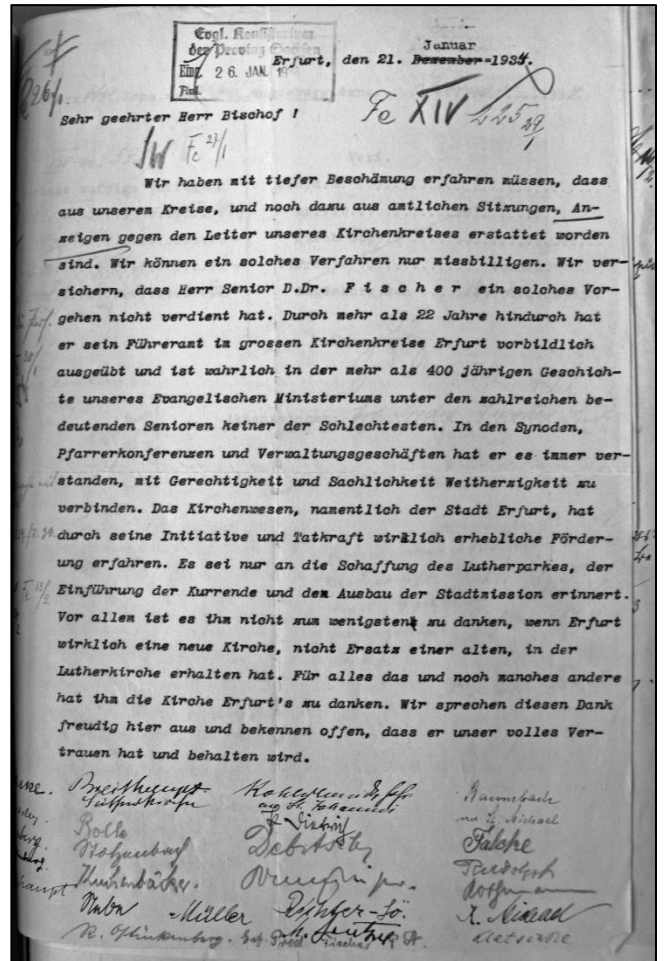


Dr. Gerhard Fischer war in der hier interessierenden Zeit nur noch ein Jahr lang Pfarrer an der Predigerkirche und zugleich Senior des Evangelischen Kirchenkreises Erfurt. Im Protokollbuch der Predigergemeinde wird von seiner Verabschiedung in den Ruhestand berichtet. Nach der Pensionierung gibt es die Überlegung, ihn als Nachfolger eines ausgeschiedenen Kirchenältesten in den Gemeindegemeinderat zu berufen (Protokollbuch, S. 93). Dazu kommt es jedoch nicht, da er im Januar 1935 verstirbt.



Predigerkirche ca. 1940

1933/34 gerät er als Senior in den Kirchenkampf. Es wird – vermutlich aus dem Kreise deutsch-christlicher Pfarrer in Erfurt – Anzeige gegen ihn erstattet, wovon ein Brief an den Bischof der Kirchenprovinz Sachsen zeugt:



Brief Erfurter Pfarrer vom 21.01.1934

Darin stellen sich mehr als zwanzig Pfarrer aus Erfurt, unter ihnen auch Pfarrer Kletschke, hinter ihn und verteidigen seine Amtsführung. Als seine Verdienste werden in diesem Brief die „Schaffung des Lutherparkes, d[ie] Einführung der Kurrende und de[r] Ausbau der Stadtmission“ sowie der Bau einer neuen Kirche, der Lutherkirche, genannt. Diese Verdienste hat er hauptsächlich in der Funktion als Senior erlangt. Die Quellenlage zu seiner Tätigkeit an der Predigerkirche in dieser Zeit ist ansonsten spärlich.



Die 1917 von Senior Dr. Fischer gegründete Kurrende, ein Singkreis Jugendlicher

## Gustav Kletschke

\* 27.4.1875 in Memleben

† 2.10.1959 in Neunkirchen/Saar

Sohn von Hermann Kletschke  
(Pfarrer zu Memleben und  
Heuckewalde und späterer  
Superintendent in Zeitz)

2.6.1903 Hochzeit mit Luise  
Scholl (Pfarrerstochter aus  
Schenkenberg),  
2 Söhne, 1 Tochter

1912 – 1943 Diacon Prediger-  
kirche Erfurt

1943 – 1953 Emeritierter Pfarr-  
verwalter in Oberlenningen, Gutenberg und Brucken (Würt-  
temberg)



Pfarrer Kletschke war in der uns interessierenden Zeit der am längsten amtierende Pfarrer an der Predigerkirche. Er hinterließ Tagebuchaufzeichnungen, von denen vier Seiten im Archiv der Predigergemeinde aufbewahrt sind.

Kletschke setzte sich besonders für die Aufrechterhaltung des Religionsunterrichts und die christliche Unterweisung von Kindern und Jugendlichen unter der nationalsozialistischen Herrschaft ein. In diesem Zusammenhang war er auch der Ideengeber zu einem Kirchenneubau in der damals stark anwachsenden Cyriaksiedlung und kämpfte lange um einen geeigneten Bauplatz für das neue Gotteshaus. Das Projekt verlief sich im Laufe der fortschreitenden Diktatur und des Krieges unter zahlreichen Widerständen, beschäftigte den Gemeindegemeinderat jedoch von 1935 bis 1941.



Pfarrer Kletschke 1928 mit Jugendlichen

Kletschke und seine Familie standen der „Bewegung“, wie er in seinem Tagebuch den aufkommenden Nationalsozialismus bezeichnet, von Anfang an distanziert gegenüber. Allerdings traten seine beiden Söhne der SA bei, weil sie es laut seiner Aussage mussten, und sein Bruder war Mitglied der NSDAP – alle in der Hoffnung, „dass sich das Gesunde und Besonnene daraus entwickeln werde.“ (G. Kletschke: Tagebuchaufzeichnungen, S. 26).

Bereits im Spätsommer 1933 positionierte Kletschke sich gegenüber den Erfurter Mitbrüdern und der Gemeinde

gegen den Nationalsozialismus und die ersten Gleichschaltungsmaßnahmen innerhalb der Kirche. Er war Mitglied der Bekennenden Kirche und nahm als Vertreter des BK-Bezirks Erfurt am 12.11.1934 an der ersten Bekenntnissynode in Halle teil (vgl. Onnasch, M.).

Kurz vor seinem 60. Geburtstag, also Anfang 1935, wurde er einmal verhaftet und für eine Nacht auf dem Petersberg gefangen gehalten. Er hatte sich geweigert, ein Papier der Polizei zu unterschreiben, auf welchem er sich verpflichten sollte, eine Erklärung der Leitung der Bekennenden Kirche nicht im Gottesdienst zu verlesen. Mit ihm wurden zwei weitere, nicht namentlich genannte Pfarrer festgenommen, die sich ebenfalls geweigert hatten. Nachdem der Gottesdienst am kommenden Tag verstrichen war, wurden die Pfarrer noch einmal gezwungen, das Papier zu unterschreiben und gaben schließlich nach. Daraufhin wurden sie wieder frei gelassen. Kletschke kommentiert dieses Erlebnis mit den Worten:

*So hatte ich auch mein Teil mit beigetragen, es war kurz und klein gewesen, kein K.Z. wie für Niemöller und viele andere. (G. Kletschke: Tagebuchaufzeichnungen, S. 28)*

Kletschke berichtet in seinem Tagebuch auch von einer geplanten Eckart-Gedenkstätte im Predigerkloster, die durch die „Ungunst der Zeit“ nicht eingerichtet werden konnte. Er hatte dabei versucht, die Dominikaner in Leipzig für das Projekt zu gewinnen, um ihren Mitbruder zu ehren. Diese lehnten aber ab (ebd.).

Zum 25-jährigen Dienstjubiläum am 1.9.1937 errichtete der Gemeindegemeinderat zur Ehrung Kletschkes die Kletschke-Stiftung. Das zeigt eine große Verehrung für den Pfarrer. Überhaupt scheint er als Seelsorger und Mensch sehr geschätzt worden zu sein, was sich in den Schreiben und Dankesworten anlässlich des Dienstjubiläums und seiner Verabschiedung zeigt.

Als Seelsorger hatte Kletschke auch Kontakt zu Juden und „nichtarischen Gemeindegliedern“. Er taufte einige jüdische Bürger und besuchte nach dem Synagogenbrand viele „Nichtarier“ im KZ Buchenwald, um sie aufzurichten, wie er schreibt (ebd., S. 29).

Am 1.5.1943 ging Gustav Kletschke in den Ruhestand. Er zog großstadtmüde nach Süddeutschland und war dort vom 16.6.1943 bis 1.12.1953 als Vakanzverwalter in Oberlenningen, Gutenberg und Brucken auf der Schwäbischen Alb tätig.



Pfarrer Kletschke am 4.11.1944 in Oberlenningen bei einer Notkonfirmation

## Dr. Gerhard Gloege

\* 24.12.1901 Crossen/Oder

† 15.4.1970 Bonn

1927 Hochzeit mit Elisabeth Biederstädt, 1 Tochter, 1 Sohn

1933 – 34 Studiendirektor in Niederschlesien

1938 – 43 2. Pfarrer an der Predigerkirche Erfurt

1943 – 45 1. Pfarrer

1945 – 47 Propst in Erfurt

1946 – 61 Professor für Systematische Theologie an der Universität Jena

1961 – 67 Professor an der Universität Bonn

Gerhard Gloege wurde vom Ev. Ministerium mit Bestätigung des Konsistoriums als Pfarrer in der Predigerkirche berufen, nachdem der Gemeindegemeinderat ihn im November 1938 gewählt hatte. Es muss bekannt gewesen sein, dass er Mitglied der Bekennenden Kirche war und er das schlesische Predigerseminar in Naumburg am Queis nach seiner Schließung illegal weitergeführt hatte. 1934 nahm er an der Bekenntnissynode in Barmen teil und seit 1937 war er mit „Reichsredeverbot“ belegt. Nichtsdestotrotz predigte er unbehelligt in der Predigerkirche und kümmerte sich als Seelsorger um die Gemeinde. Die Zeit des Kirchenkampfes Mitte der 30-Jahre konnte in den Wirren des Krieges kaum fortgeführt werden. „Es gibt nun auch nicht mehr explosive Aktionen mit möglichen Gesetzesübertretungen, sondern mehr Pflege von Überzeugungen und Austausch von theologischen und kirchlichen Standpunkten.“ – so schätzt Henning Gloege die Lage bei Ausbruch des Krieges ein (Gloege, Henning: Biografie seines Vaters, Kapitel: Nach Thüringen., S. 5).



Gerhard Gloege schließt sich in Erfurt dem Kreis der Bekenntnis-Pfarrer an, der sich montags in der *Weinstube Horst-Kohl* trifft (ebd., S. 1). Die Predigergemeinde bekam also einen theologisch und politisch ernstzunehmenden Pfarrer.

### Gerhard Gloege als Prediger

Immer wieder versucht Gloege in Predigten so klar wie möglich zum Ausdruck zu bringen, wie er über die ideologischen Ambitionen der Nazis und über den Krieg denkt. Mehrfach kritisiert er öffentlich die Absicht, Predigerkirche und -kloster zu einer nationalsozialistischen Gedenkstätte umzugestalten (s. Kap. *Eine kulturelle Barbarei*, S. 18). Erstaunlich auch, wie klar er den Krieg verurteilt. So predigt er am Reformationstag 1943 über die Vaterunserbitte ‚Erlöse uns

von dem Übel‘ und sagt: „Unser größtes Übel ist der Krieg. Allerdings gibt es Leute, die uns weismachen wollen, der Krieg sei gesund. Er sei ein – Stahlbad –, durch das sich ein Volk verjüngen. Wer so urteilt, muss schon sehr an unserer Zeit vorbeileben und allzu wenig im Gesamtchicksal unseres Volkes verwurzelt sein. Wer aber am Geschehen handelnd, opfernd und leidend teilhat, der weiß es besser und betet: ‚Mach dem Krieg ein Ende!‘ (ebd., S. 176). Zur Konfirmation im Mai 1944 entfaltet er in der Predigt Gottes guten Willen für die Menschen, aber: „Sie richten Schranken auf, um sich gegenseitig die notwendigsten Güter zu sperren. Sie wollen, dass die anderen verhungern und zugrunde gehen. Darum führen sie blutige Kriege. Und so machen sie Gottes guten Willen zuschanden und durchkreuzen ihn.“ (ebd. S. 199). Zu Heiligabend 1944 spricht er davon, dass „die Menschen Raum haben für [...] Zerstörung, Volks- und Völkerbeglückung [...], und nun schon seit fünf Jahren für Krieg und Blutvergießen. Bloß für Gott haben wir keinen Platz, wenn er kommt.“ (ebd., S. 255).

### Gerhard Gloege als Seelsorger

„Am Dienstag macht Gloege Besuche in der Gemeinde, im Krankenhaus und im Gefängnis, dem lang gestreckten roten Backsteinbau in der Andreasstraße.“ (Biografie 117). Das war 1941. Nach einem Bombenangriff am 20.2.1944 geht er zwei Tage lang durch seinen Gemeindebezirk und sucht betroffene Menschen auf. Das sind nur zwei Beispiele seiner seelsorgerlichen Arbeit in den Kriegsjahren, die ihn ganz fordert. Besonders zu erwähnen sei sein Kontakt zu der Mutter des Wehrdienstverweigerers Felix Richard Kaszemeik, der in Berlin inhaftiert ist. Gloege fährt mit ihr 1942 nach Berlin und setzt sich dafür ein, dass sie ihren Sohn im Wehrmachtgefängnis in Tegel besuchen kann. Am 2.12.1944 erfährt er von ihr, dass ihr Sohn hingerichtet worden ist. (Biografie 131, 255). In der Biografie ist auch von einem intensiven Kontakt zu dem jüdischen Arzt Dr. Lebram die Rede, der ihn auch mit dem „Gelben Judenstern“ an der Jacke aufsucht. Gloege redet oft mit ihm, so erinnert sich sein Sohn. Schließlich wird der Arzt doch noch ins KZ Theresienstadt deportiert. Am 15.6.1945 melden sich Dr. Lebram und seine Frau. Sie haben überlebt und wollen Gloege für seine Unterstützung danken.

### Gerhard Gloege nach dem Krieg

1945 wird Gloege Propst in Erfurt. Er sieht die Situation der Flüchtlinge, führt Gespräche mit der amerikanischen Besatzung und drängt die neue Kirchenleitung in Magdeburg nach Erfurt zu kommen und sich den Pfarrern vorzustellen, vor allem aber auch den neuen Weg der Kirche zu erläutern. Zunächst hält er am Pfingstmontag 1945 einen Dankgottesdienst in der übervollen Predigerkirche. Darin geht er auch auf die kirchliche Situation der Kirche während der Zeit des Dritten Reiches ein. Er erwähnt besonders Martin Niemöller, aber auch einige Pfarrer vor Ort, die sich in der Bekennenden Kirche engagiert und manches riskiert haben, u. a. auch seinen Amtsbruder Pfarrer Kletschke und den unermüdlichen Pfarrer Jentzsch von der Reglergemeinde, der in Erfurt die Bekennende Gemeinde sammelte. 1946 folgte Gloege dem Ruf an die Universität Jena, an der er 14 Jahre als theologischer Lehrer wirkte.

## Das Verbot der Evangelischen Woche 1937

Annelie Hollmann

Am Samstag, dem 2. Januar 1937, kam es zu einem Eklat: Während des Abendgottesdienstes in der gut gefüllten Erfurter Predigerkirche erscheint der Regierungspräsident Dr. Otto Weber mit seinem Stab und zitiert den Gastprediger, Landesbischof Meiser aus München, in den Hohen Chor, um ihm die Predigt zu verbieten. Die Gemeinde hatte sich an diesem Tag im Rahmen einer *Evangelischen Woche* versammelt.

Eine *Evangelische Woche* war „eine sich vor allem an Akademiker wendende volksmissionarische Veranstaltung“ (D. Palm, Brüder, S. 36ff.), aus der später der Deutsche Evangelische Kirchentag und die Evangelische Akademiearbeit hervorgingen.

Die erste *Evangelische Woche* hatte 1935 in Hannover stattgefunden, bald folgten weitere in vielen größeren Städten in ganz Deutschland. Die Veranstaltungen wurden zentral organisiert vom „Reichsausschuss der Evangelischen Wochen“ in Berlin. Dieser stand der Bekennenden Kirche nahe, war aber eine eigenständige Organisation.



Beim Evangelischen Kirchentag in Leipzig 1954 trafen sich einige der Gastredner von 1937 wieder: Hanns Lilje (1. v. l.), Reinold von Thadden-Trieglaff (3. v. l.) und Otto Dibelius (2. v. r.)

Die *Evangelische Woche* diente vor allem der Zurüstung der evangelischen Laien und hatte theologische Themen zum Gegenstand, war also nicht primär politisch ausgerichtet. Dennoch behinderten staatliche Behörden die Evangelischen Wochen vielerorts und sprachen nicht nur in Erfurt ein Verbot der Veranstaltungsreihe aus.

### Evangelische Wochen in Deutschland 1935 – 37

August 1935	Hannover
Mai 1936	Frankfurt am Main
Juli 1936	Stuttgart
Januar 1937	Nürnberg
Januar 1937	Erfurt (verboten)
Januar 1937	Bremen (verboten)
März/April 1937	Darmstadt
Juli 1937	Görlitz

Eigene Recherche

Vom 2. bis 6. Januar 1937 war eine *Evangelische Woche* in Erfurt geplant. Eingeladen waren „markante Gastredner“, wie Pfarrer Kletschke schreibt (Kletschke, Tagebuchaufzeichnungen, S. 27), allen voran der bayerische Landesbischof D. Hans Meiser aus München sowie Landesbischof D. Theophil Wurm aus Stuttgart – die bayerische und die württembergische Landeskirche zählten zu den „intakten“, das heißt nicht gleichgeschalteten Landeskirchen. Ferner standen führende Vertreter der Bekennenden Kirche in Deutschland, wie Otto Dibelius, Eitel-Friedrich von Rabenau oder Reinold von Thadden-Trieglaff, der spätere Kirchentagsbegründer, auf der Rednerliste. Auch ein führender Vertreter der Bekennenden Kirche aus Thüringen war als Redner eingeplant: Pfarrer Ernst Otto aus Eisenach. Er gründete die Lutherische Bekenntnisgemeinschaft in Thüringen und leitete bis 1938 die innerkirchliche thüringische Opposition



Ernst Otto (1891 – 1941) „Notbischof“ der Thüringer evangelischen Kirche von 1934 – 1938

für die Bekennende Kirche. Die *Evangelische Woche* in Erfurt sollte am Abend jenes 2. Januar in der Predigerkirche mit einem Gottesdienst eröffnet werden, in welchem Landesbischof Meiser als Prediger vorgesehen war.

### Rednerliste der geplanten *Evangelischen Woche*

#### Für Predigten und Andachten

Landesbischof Dr. Hans Meiser (München)  
Generalsuperintendent Dr. Otto Dibelius (Brandenburg)  
Pfarrer Ernst Otto (Eisenach)  
Pfarrer Eitel-Friedrich von Rabenau (Berlin)

#### Für Vorträge

Oberkirchenrat Thomas Breit (München)  
„Wozu Religion?“  
Missionsinspektor Dr. Christian Keyßer (Neuendettelsau)  
„Meine Erfahrungen mit den Medizinmännern“  
Landesbischof Dr. Theophil Wurm (Stuttgart)  
„Macht und Ohnmacht der Kirche“  
Pfarrer Eduard Putz (München)  
„Der Kampf Jesu wider die Juden“  
Generalsekretär Dr. Eberhard Müller (Berlin)  
„Jugend unter den Anspruch von Kirche und Volk“  
Oberkirchenrat Julius Schieder (Nürnberg)  
„Muss ein neuer Luther kommen?“  
Landesjugendpfarrer Georg Traar (Wien)  
„Gebet und Verheißung christlicher Erziehung“  
Dr. jur. Reinold von Thadden-Trieglaff (Stettin)  
„Christus als das Ja zum Leben“  
Dr. theol. Hanns Lilje (Berlin)  
„Getauft ohne unseren Willen“  
„Mein Glaube in meinem Beruf“  
„Der lebendige Christus im Heiligen Abendmahl“

Aus: Allgemeine Ev.-Lutherische Kirchenzeitung 2/1937, S. 42.

### Was geschah an jenem 2. Januar 1937 in der Erfurter Predigerkirche?

Wie den Tagebuchaufzeichnungen Pfarrer Kletschkes zu entnehmen ist (ebd., S. 27f.), wurde die gesamte *Evangelische Woche* bereits einige Stunden vor Beginn des Eröffnungsgottesdienstes von der Geheimen Staatspolizei – im Einverständnis mit dem Reichskirchenminister – verboten. Das Verbot gründete sich auf § 1 der „Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 zum Schutze von Volk und Staat“ „im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung sowie des religiösen Friedens“ (AELKZ, S. 42).

Landesbischof Meiser erklärte sich bereit, trotzdem zu predigen. Unter den Erfurter Veranstaltern hingegen entspann sich eine „heftige Debatte“, bei der man schließlich beschloss, „der polizeilichen Anordnung zu folgen, der Gewalt zu weichen.“ (G. Kletschke: Tagebuchaufzeichnungen, S. 27) Nichtsdestotrotz fand der Gottesdienst zur angegebenen Zeit statt. Die Predigerkirche war mit über 2.000 – Kletschke schreibt sogar von mehr als 3.000 (ebd., S. 27) – Gottesdienstbesuchern gefüllt. Laut Pfarrer Kletschke wollte man die Gemeinde in der Kirche über das Verbot informieren. Dazu war eine Erklärung vorbereitet worden, in der gegen das Verbot Protest eingelegt und zugleich der Verzicht auf den Gottesdienst bekannt gegeben werden sollte. Pfarrer Kletschke sollte diese Erklärung verlesen.

Über den Hergang der Ereignisse berichtet Kletschke sehr anschaulich:

*Um es der Gemeinde mitzuteilen, öffneten wir zur festgesetzten Zeit die Türen: alles war gefüllt, kein Stehplatz mehr, aber auch Polizeiposten überall verteilt. Die Orgel setzte zum Vorspiel ein. Wir Pfarrer – Meiser an der Spitze – zogen ein, nahmen um den Altar Platz. Plötzlich Bewegung hinter dem Lettner: Meiser wurde in den Hohen Chor gebeten, wir begleiteten ihn. Der Regierungspräsident mit seinem Stab war erschienen, um Meiser an der Predigt zu hindern. Eine unwürdige Szene, wie er Meiser anschrie. Der Organist verlängerte und verstärkte das Orgelvorspiel. Meiser erwiderte sehr ruhig: ‚Wollen Sie einen Bischof an der Verkündigung hindern?‘*

*Als Meiser zuletzt erklärte, die Predigt falle auf Beschluss der Erfurter Pfarrer aus, verließ der Regierungspräsident die Kirche. Wir zogen wieder ein in die Kirche. Nach dem brausenden Gemeindelied hatte ich die Erklärung, den Protest gegen das Verbot und den Verzicht auf den Gottesdienst zu verlesen. Das Blatt zitterte in meiner Hand. Protest und Pfui-Rufe kamen aus der Gemeinde. Ich verkündete, Bischof Meiser werde mit uns beten und den Segen sprechen, das geschah. In großer Erregung ging die Gemeinde von mehr als 3000 auseinander. (Kletschke, Tagebuchaufzeichnungen, S. 27f.)*

Der Regierungspräsident Dr. Weber kam dem Ansinnen der Veranstalter also zuvor und schritt in den laufenden Gottesdienst ein, um das Predigtverbot vor versammelter Gemeinde durchzusetzen.

Zeitgleich zur *Evangelischen Woche* in Erfurt war eine weitere in Nürnberg angesetzt, die zunächst auch verboten worden war. Das Verbot wurde allerdings wieder zurückgezogen, nachdem der dortige Polizeipräsident eingegriffen hatte. (AELKZ, S. 42) Als nun in Erfurt die *Evangelische Woche* abgesagt worden war, organisierten die Erfurter einen Bus, der noch in derselben Nacht nach Nürnberg fuhr und Teilnehmer zu der dortigen Veranstaltung brachte. (Kletschke, S. 28)

Am 8. Januar 1937 berichtete die Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung unter den „Kirchlichen Nachrichten“ von den Verboten in Erfurt, Nürnberg und Bremen. Sie kommentiert die Vorfälle folgendermaßen:

*Man hat nicht erfahren, ob die Themata oder die Redner als ‚ruhdestörend‘ empfunden wurden. [...] Alle diese Veranstaltungen, sowohl in Bremen, wie in Erfurt, sollten nicht in öffentlichen Sälen, sondern in Kirchen stattfinden, sie waren gottesdienstlich eingerahmt und sollten lediglich dem inneren Aufbau der vom Staat anerkannten Kirche dienen. Es ist von größtem Interesse für die Kirche, den Grund der Verbote zu erfahren, um zu wissen, wie sie sich halten soll, um vor Gott und Menschen recht zu handeln. Der Reichskirchenausschuss wird sich der Sache wohl annehmen, das evangelische Kirchenvolk ist mehr als befremdet. (AELKZ, 2/1937, S. 42)*



Der Bayrische Landesbischof Hans Meiser (1881 – 1956)

### Wie sind die Ereignisse zu bewerten?

Interessant an dem Vorfall ist,

- dass der Eröffnungsgottesdienst trotz des Verbots überhaupt stattfindet und man die Besucher erst dort über das Verbot informieren will,
- dass der Regierungspräsident persönlich in die laufende Veranstaltung eingreift,
- dass Landesbischof Meiser zunächst trotz des Verbotes predigen will,
- dass die *Evangelische Woche* in Nürnberg mit fast identischer Rednerliste zeitgleich vom 2. – 6.1.1937 stattfindet, obwohl sie dort zuerst auch verboten war.

Daran zeigt sich, dass Veranstaltungsverbote im Deutschen Reich unterschiedlich gehandhabt wurden, man könnte auch von staatlicher Willkür sprechen, was in einer Diktatur ja nicht unüblich ist. Es zeigt andererseits aber auch, dass es einen gewissen Spielraum für die handelnden Akteure gab.

In Nürnberg war der Rückzug des zunächst ausgesprochenen Verbots auf das persönliche Eingreifen des dortigen Polizeipräsidenten zurückzuführen.

Landesbischof Meiser aus München wollte es riskieren, entgegen des Verbots im Eröffnungsgottesdienst zu predigen und stellte sich dem Regierungspräsidenten bei dessen Erscheinen sogar mit den Worten entgegen: „Wollen Sie einen Bischof am Predigen hindern?“ Sein Handeln war sehr mutig, wenngleich es nicht zum gewünschten Erfolg führte. Die Erfurter Veranstalter erscheinen dagegen als angepasster und obrigkeitshöriger – allerdings trugen sie eine höhere Verantwortung für die Veranstaltung und mussten auch in Zukunft mit den Behörden vor Ort auskommen.

Das persönliche Einschreiten des Polizeipräsidenten erscheint recht drastisch. Vielleicht ist es darauf zurückzuführen, dass die Veranstaltung stattfand, obwohl sie verboten war. Ein weiterer Grund mag der Prediger Landesbischof Meiser gewesen sein, dem man vielleicht durchaus zutraute, trotz des Verbots zu predigen. Zugleich zählte solch eine Demonstration staatlicher Macht zu den üblichen Mitteln der nationalsozialistischen Herrschaft.

Die kirchlichen Veranstalter der *Evangelischen Woche* in Erfurt mussten sich letztendlich der staatlichen Macht beugen und die Veranstaltungsreihe absagen. Ob der Sachverhalt jemals aufgeklärt und der Grund des Verbots mitgeteilt wurde, wie von der Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung gefordert, ist nicht bekannt.

Die „Evangelischen Wochen“, die vom 2. bis 6. Januar stattfinden sollten, sind „auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 zum Schutze von Volk und Staat“ „im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung sowie des religiösen Friedens“ im Einverständnis mit dem Reichskirchenminister von der Geheimen Staatspolizei verboten worden. In Nürnberg wurde (dank des Eingreifens des Polizeipräsidenten) das Verbot wieder zurückgezogen und die Evangelische Woche unter großer Beteiligung planmäßig durchgeführt. — In der Lutherstadt Erfurt wurde es aufrecht gehalten. Als dort am 2. Januar Landesbischof D. Meiser, München, einen Abendgottesdienst in der Predigerkirche halten wollte, wurde ihm vom Regierungspräsidenten Dr. Weber persönlich ein Redeverbot ausgesprochen, während schon die Eingangsliturgie begonnen hatte. Die mehr als 2000 Besucher mußten unverrichteter Dinge heimkehren. Man hat nicht erfahren, ob die Thematika oder die Redner als „ruhestörend“ empfunden wurden. Die angeführten Redner waren Landesbischof D. Meiser, Gen. sup. D. Dibelius, Pfarrer Otto, Eisenach, Pf. von Rabenau (alle vier als Prediger bzw. Andachtshalter), Oberkirchenrat Breit („Wozu Religion?“), Miss. insp. Dr. Kenzler („Meine Erfahrungen mit den Medizinmännern“), von Rabenau („Das Land der Bibel“), Landesbischof D. Wurm („Macht und Ohnmacht der Kirche“), Pf. Pusch („Der Kampf Jesu wider die Juden“), Gen. sek. Dr. Müller, Berlin („Jugend unter den Ansprüchen von Kirche und Volk“), Oberkirchenrat Schieder („Muß ein neuer Luther kommen?“), Landesjugendpf. Tsaar, Wien („Gebet und Verheißung christlicher Erziehung“), Dr. jur. von Thadden-Strieglass („Christus als das Ja zum Leben“), verschiedene Laien („Mein Glaube in meinem Beruf“), Dr. th. Sille („Getauft ohne unsern Willen“; und „Der lebendige Christus im Heil. Abendmahl“). — Auch die „Evangelische Woche“ in Bremen wurde verboten. Dort waren als Redner angeführt Dr. med. Stoevesandt, Bremen („Bekenntnis und Dogma“), Sem. dir. Lic. Tward („Ist die Bibel Gottes Wort?“) und „Ich glaube an die Auferstehung der Toten“), Pf. Barth, Oberjochbach („Menschen vor den Toren der Ewigkeit“), Pastor Lorenzen, Kiel („Die Begegnung mit Christus im Heil. Abendmahl“), Missionsinsp. Dr. Kenzler („Christus das Heil aller Völker“), Pastor Asmusen („Der Kampf um Jesus Christus“), Stud. rat Dr. Machleidt, Hamburg („Das Volk Gottes und das deutsche Volk“ und „Die Verantwortung der Kirche für die junge Generation“), Pastor Busch, Witten („Jugend unter dem Anspruch von Kirche und Volk“ und „Das Christentum lebt!“), Pastor D. Brandt, Bethel („Der Dienst des Christen in seiner Gemeinde“). Alle diese Veranstaltungen, sowohl in Bremen, wie in Erfurt, sollten nicht in öffentlichen Sälen, sondern in Kirchen stattfinden, sie waren auch gottesdienstlich eingerahmt und sollten lediglich dem inneren Aufbau der vom Staat anerkannten Kirche dienen. Es ist von größtem Interesse für die Kirche, den Grund der Verbote zu erfahren, um zu wissen, wie sie sich halten soll, um vor Gott und Menschen recht zu handeln. Der Reichskirchenauschuß wird sich der Sache wohl annehmen, das evangelische Kirchenvolk ist mehr als befremdet.

Artikel zu den *Evangelischen Wochen* aus der *Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung* Nr. 2 v. 8.1.1937, S. 42.

## Literatur und Quellen

Hein, Rainer: Keine Macht kann diesen Befehl ungültig machen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung Rhein-Main*, 16.3.2007.

Hofmann, Martin u. a. (Hg.): *Dokumentation zum Kirchenkampf in Hessen und Nassau*, Bd. 6. Darmstadt 1989, S. 245 – 258.

Kirchliche Nachrichten. In: *Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung = AELKZ* (Hg. v. d. Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Konferenz), 70. Jahrgang (1937), Nr. 2 v. 8. Januar 1937, S. 42.

Kern, Helmut (Hg.): *Der lebendige Christus*. Vorträge und geistliche Reden gehalten auf der *Evangelischen Woche Nürnberg 1937*. Berlin 1937.

Kletschke, Gustav: *Tagebuchaufzeichnungen*. Archiv der *Predigergemeinde Erfurt*, S. 27f.

Müller, Eberhard (Hg.): *Wahrheit und Wirklichkeit der Kirche*. Vorträge und geistliche Reden gehalten auf der *Deutschen Evangelischen Woche Hannover 1935*. Berlin 1935.

Müller, Eberhard (Hg.): *Der Ruf der Kirche*. Vorträge und geistliche Reden gehalten auf der *Evangelischen Woche Essen 1936*, Berlin 1936.

Nicolaisen, Carsten u. a.: *Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland*. Band 3. Göttingen 1949, S. 184.

Palm, Dirk: „Wir sind doch Brüder!“. *Der evangelische Kirchentag und die deutsche Frage 1949 – 1961*. Göttingen 2002, S. 36ff.

Protokollbuch des GKR 1926 – 1955. Archiv der *Predigergemeinde*. S. 118f.

Verantwortung für die Kirche. *Stenographische Aufzeichnungen und Mitschriften von Landesbischof Hans Meiser 1933 – 1955*. Bd. 2: Herbst 1935 bis Frühjahr 1937. Bearbeitet von Hannelore Braun und Carsten Nicolaisen. Göttingen 1993, S. 481.

Was ist Wahrheit? Zehn Predigten über die Pilatusfrage gehalten auf der *Deutschen Evangelischen Woche Stuttgart 1936*, Berlin 1936.

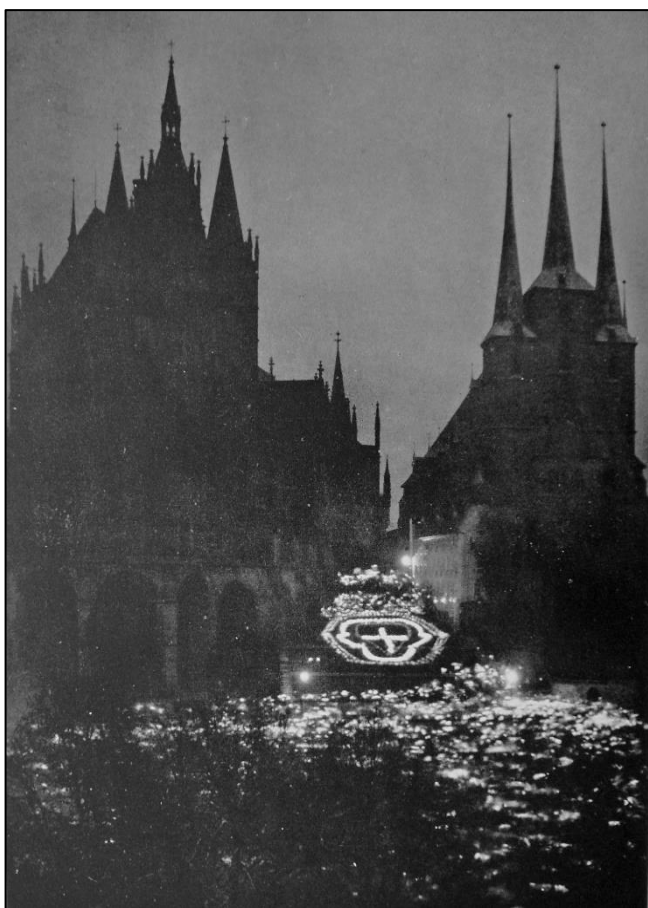
## Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen

Sylke Rupprecht und Gerhard Wien

### Einleitende Bemerkungen

In diesem Kapitel gehen wir der Frage nach, wie die Predigergemeinde ihre Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen der Gemeinde wahrgenommen hat.

In den Gemeindeblättern findet man Beiträge, in denen Erziehungsziele für Kinder und Jugendliche thematisiert werden. Sie entsprechen der damaligen konservativ-protestantisch begründeten autoritären Erziehung und dem vom Nationalprotestantismus seit Jahrzehnten vertretenen Ideal vom soldatischen Heldentum. Wir können davon ausgehen, dass solche Beiträge als Orientierungshilfe für Eltern und die gemeindepädagogische Arbeit zu verstehen sind, auch dann, wenn es um das Bemühen geht, Kinder und Jugendliche vor dem Irrweg der Deutschen Christen und der Glaubensbewegung der Gottgläubigen zu bewahren.



Martinsfeier am Geburtstag Martin Luthers am 10. November (ca. 1940) auf dem Domplatz, nach nationalsozialistischer Sichtweise ein „Nachleben germanischen Lichtkultes“

Aus dem Schriftverkehr der Predigergemeinde sowie aus Sitzungsprotokollen des Gemeindekirchenrates (GKR) lassen sich auch einzelne Schritte bis zur Übernahme des Predigerkindergartens durch die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (N.S.V.) erschließen.

Zunächst wollen wir an wenigen Auszügen aus den Sitzungsprotokollen des Gemeindekirchenrates (GKR) eine Vorstellung davon vermitteln, wie sich die Predigergemeinde ab 1933 zum hier untersuchten Themenbereich in einem geradezu turbulenten Spannungsfeld befunden hat, wenn sie nachstehende Warnungen und Hilferufe dokumentiert:

15.6.1933 „Auf Klage des Pf. Kletschke über Schwierigkeiten im Gottesdienstbesuch der Konfirmanden, besonders aus der Hitler-Jugend, wird energisch die Forderung nach regelm. Gottesdienstbesuch gefordert.“

24.8.1933 „Der Vorsitzende: ‚Der Jugend-V. ist unter den heutigen Verhältnissen (Anwachsen der Hitler-Jugend) sehr zurückgegangen. Das Landheim hat er aufgeben müssen, da Mitglieder der Hitler-Jugend es durch Einbrechen demoliert hat. Der Besuch des Kindergottesdienstes ist vor allem bei den Jungens stark zurückgegangen; eine Belebung muß nach Möglichkeit erstrebt werden.‘“

14.2.1934 „Der Vorsitzende legt den Vertrag über die Eingliederung der ev. Jugend in die Hitler-Jugend zur Vollziehung vor. Er legt die künftige der ev. Jugendarbeit im Rahmen der HJ dar.“

4.6.1936 „Desgleichen berichtet der Vorsitzende, daß er aus eigenen Mitteln eine Pfarrgehilfin beauftragt hat, die Kinder auf der Cyriaksburg an den Sonntagen kirchlich zu sammeln. Sie hat es mit Erfolg an den letzten Sonntagen getan.“

4.6.1936 „Vorsitzender berichtet über die Gefahren, die durch die Tätigkeit der deutschen Glaubensbewegung für den Religionsunterricht in den Schulen entstehen.“

22.8.1938 „Die vom neuen Musiklehrer des Staatl. Gymnasiums geäußerte Bitte, ihm die ‚Pauken in der Kirche‘ leihweise zu überlassen, wird wegen der ‚unfreundlichen Haltung der Leitung des Gymnasiums gegen die Kirche‘ abgelehnt.“

### „Ein Kind muss gehorchen lernen, ohne zu fragen!“

Der unter der Überschrift „Wie erziehen wir glückliche Kinder?“ in der Zeitschrift „Geist und Arbeit“ im Gemeindeblatt vom Februar 1935 abgedruckte Artikel lässt darauf schließen, dass zeitgemäße Grundsätze der Kindererziehung auch von der Predigergemeindeleitung vertreten werden. Diese haben dann wohl auch die gemeindliche Kinderarbeit mitbestimmt. In diesem Artikel heißt es:

*Nie darf ein Kind fragen, warum. Es muß gehorchen lernen, ohne zu fragen. Es muß einsehen, daß man stets sein Bestes will. Kinder dürfen nie widersprechen und müssen früh lernen, ihren eigenen Willen freiwillig unterzuordnen dem Willen ihrer Erzieher und Eltern.*

Heute wissen wir, dass Kinder und Jugendliche, die nach solchen Grundsätzen erzogen wurden, dem nationalsozialistischen Erziehungssystem und seinen Einflüssen weit mehr ausgesetzt waren, als wenn wenigstens im Rahmen der Kirche und in elterlicher Erziehung ein anderes Erziehungsideal zur Geltung gekommen wäre.



**„Germanische Männlichkeit“ oder „Christliche Demut“?**

Was wird in der Predigergemeinde die Mehrheitsmeinung oder die allgemeine Erwartung gegenüber ihren Jugendlichen gewesen sein, wenn im Gemeindeblatt vom Februar 1936 der Beitrag des Autors Probst aus Frankfurt am Main unter der Überschrift „Christliche Demut und deutsche Männlichkeit“ wiedergegeben wird?

In diesem übernommenen Beitrag wird christliche Demut gegen die aktuelle Unterstellung verteidigt, sie stehe für Schwäche gegenüber „deutscher Männlichkeit“ als „germanischer“ Charakterstärke. Zugleich finden wir hier aber auch eine Würdigung des „Soldatischen“, wie es im Weltkrieg 1914 bis 1918 vorgeblich erlebt und im Bewusstsein festgehalten wurde.



zeitgenössische Martinipostkarte

So sehr sich „germanische Männlichkeit und christliche Demut“ in ihrer falschen Darstellung gegenseitig ausschlossen, „so eng gehören sie in ihrer Wirklichkeit zusammen, ja, bedürfen einander. Die germanische Männlichkeit ist eine zwar gottgewollte, aber natürliche Charakteranlage und hat als solche wie alles Natürliche seine Fehler und Schattenseiten. Darum bedarf sie, wie alles Natürliche, der Erlösung und Heiligung durch Christus. [...] Und wahrlich, der deutsche Soldat von 1914 bis 1918 hat Taten vollbracht, die ihre letzte Erklärung nur in der innersten Verbindung von deutscher Männlichkeit und christlicher Demut finden, die von Luther her über König Friedrich Wilhelm und Friedrich den Großen im deutschen Volk seit Jahrhunderten gepflegt wurde.“

Die Heroisierung des deutschen Soldaten im 1. Weltkrieg, wie sie hier im übernommenen Beitrag zum Ausdruck kommt, ist durchaus nationalprotestantisch zeitgemäß und entspricht der Heroisierung im Nationalsozialismus. Sie findet ihre Fortsetzung in der Heldenverehrung durch Kriegerdenkmäler der christlichen Gemeinden und durch Gefallenengedächtnishallen in evangelischen Kirchen nach 1918, wie im Hohen Chor der Predigerkirche auch heute noch zu sehen ist.

**Die Glaubensbewegung der Gottgläubigen als Gefahr für die evangelische Jugend**

Im Gemeindeblatt vom Oktober 1936 beziehen die Herausgeber der Gemeindeblätter Position gegen die „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ (gemeint ist die Glaubensbewegung der Gottgläubigen). Sie beziehen sich auf einen Beitrag, in dem der religiöse Weg der deutschen Jugend thematisiert wird. Dort wird festgestellt, dass schon immer

eine gewaltige Kluft zwischen der deutschen Jugend und der Deutschen Glaubensbewegung bestanden habe. Diese habe sich gegenwärtig noch vergrößert. Der Versuch der Deutschen Glaubensbewegung, sich an „eine totale Umwälzung wie die nationalsozialistische anzuhängen, um in ihrem Kielwasser ruhiger dahinschaukeln zu können“, wird als unberechtigt zurückgewiesen. Die größte Gefahr, die aus der „Krisenreligion Deutsche Glaubensbewegung“ erwachse, sei die, „daß suchende junge Kräfte, abgestoßen durch die innere Hohlheit derartiger Gebilde, entweder völlig verzweifeln oder resigniert ihren Weg zurück in die alten Religionsgliederungen suchen.“ – soweit, so eindeutig die Position gegen die Glaubensbewegung der Gottgläubigen.

Am Ende dieses Beitrages distanzieren sich die Herausgeber der Gemeindeblätter nicht von der nationalsozialistischen Bewegung selbst, sondern schließen sich der Autorenmeinung an, dass es sogar die Aufgabe der christlichen Jugend sei, „ihr Christentum in seiner konfessionellen Form mit dem neuen Rhythmus der jungen Nation in Einklang zu bringen“. Damit wird eine Konfrontation mit dem NS-Staat vermieden. Die Warnung vor dem Irrweg der Gottgläubigen, also vor dem Ableiten in das Neuheidentum, wie es Alfred Rosenberg ideologisch ausgeführt hatte, bleibt dennoch eindeutig.



Hitlerbild und Hakenkreuz gehörten auch im Kindergarten zum obligatorischen Wandschmuck (Beispiel Lohr am Main)

**Welchen Freiraum lässt der NS-Staat letztlich der Kirche zur Jugenderziehung?**

Im Gemeindeblatt vom Januar 1937 wird eine Rede des Reichsführers Baldur von Schirach wegen ihrer Wichtigkeit für das Elternhaus, die Jugend selbst und die Kirche abgedruckt. Schirach spricht hier zunächst über den Freiraum der Kirchen und dann den der Eltern, der den konfessionellen Religionsunterricht und den Besuch des sonntäglichen Gottesdienstes der Kinder betrifft:

*Was nun die Konfessionen an sich betrifft, so kann ich als Jugendführer des deutschen Volkes [...] keine bestimmte als für die Jugend verbindlich erklären. [...] Ich überlasse es also den Kirchen, die Jugend im Sinne ihrer Konfession religiös zu erziehen und werde ihnen auch in diese Erziehung niemals hineinreden. [...] An den Sonntagen wird während der Kirchenzeit grundsätzlich kein Dienst angesetzt werden, so daß jedem Gelegenheit gegeben ist, die Gottesdienste seiner Konfession besuchen zu können.*

Andererseits spricht Schirach in seiner Rede unmissverständlich über die Zuständigkeit der Hitlerjugend für die nationalsozialistische Erziehung, so dass er den Kirchen die Illusion nimmt, die folgenreiche Konfliktlinie zwischen christlicher und nationalsozialistischer Bildung und Erziehung ließe sich neutralisieren:

*Ich bin dem Reich dafür verantwortlich, daß die gesamte Jugend im Sinne der nationalsozialistischen Staatsidee körperlich, geistig und sittlich erzogen wird. Für die Durchführung dieser erzieherischen Aufgabe wird ein bestimmter Dienst angesetzt werden. Und ich habe nichts dagegen, daß außerhalb dieses Dienstes jeder Jugendliche religiös dort erzogen wird, wo das seine Eltern wollen oder selbst es bilden.*

Ihre begrenzten Möglichkeiten, gemeindlichen Einfluss auf die christliche Bildung und Erziehung von Schülerinnen und Schülern wahrzunehmen, dokumentieren GKR-Sitzungsprotokolle noch im Herbst 1944:

29. September 1944 „GKR anerkennt die Notwendigkeit, der Gemeindejugend, die heute keinen Religionsunterricht durch die Schule erhält, eine sachgemäße Unterweisung in der Christenlehre zuteil werden zu lassen. Besonders begrüßt wird, im Verfolg der vom Ev. Konsistorium angeregten Anstellung von Katecheten und Katechetinnen, die vom Erfurter Evang. Kirchenkollegium beschlossene Schaffung eines Katechetischen Fonds [...]“

31. Oktober 1944 „Es soll mit dem Vorstand der Frauen-Missions-Schule Bibelhaus Malche ein Vertrag geschlossen werden, aufgrund dessen nach dem tarifmäßigen Satze Schwester Ruth Abel probeweise für die Einrichtung der Kinder-Christenlehre in unserer Gemeinde angestellt werden soll.“ (Als Ursache für den nicht mehr erteilten schulischen Religionsunterricht kann das Fehlen geeigneter oder ausreichend vorhandener Lehrkräfte gelten.)

### Die Enteignung des Predigerkindergartens 1941

Ab Mitte der dreißiger Jahre führt der gewachsene Totalitätsanspruch der Nazis zu immer stärkerer Beeinträchtigung der Kindergartenarbeit in freier Trägerschaft. Betroffen sind zuerst Einrichtungen der AWO, des DRK und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, dann die in konfessioneller Trägerschaft. Gegenüber den NS-Gleichschaltungsbemühungen erweist es sich zunächst als vorteilhaft, dass die einzelnen evangelischen Kindergärten in konfessionellen Spitzenverbänden verankert sind. Nicht selten reicht aber auch Widerstand von Kirchen und Eltern gegen eine Übernahme konfessioneller Kindergärten in eine NS-Trägerschaft aus, um diese zu verhindern.

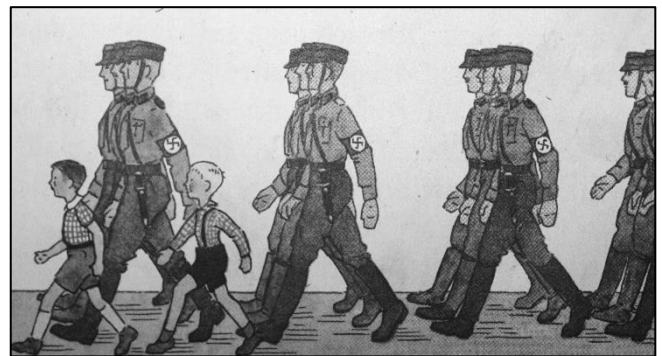
Bereits das Kindergartenkind sollte zu einem nützlichen Mitglied des Führerstaates erzogen werden. Alle seine Tätigkeiten wurden so manipuliert, dass es zur Ausrichtung des Kindes auf das nationalsozialistische Menschenideal hinauslief.

Dieses Erziehungsziel spiegeln Kindergebete aus dieser Zeit wider, wie z. B. nachstehendes:

#### **Kindergebete**

*Herr Gott, gib unserm Führer Kraft,  
Der Arbeit, Brot und Frieden schafft.  
Gib unserm Volk reinen Willen,  
Das, was er fordert, zu erfüllen.  
Denn Du hast ihn ja selbst gesandt  
Zur Rettung dem bedrückten Land.*

Der Predigerkindergarten wird seit 1925 betrieben und von den zuständigen Stellen der Stadt Erfurt finanziell gefördert. Im NS-Staat lässt diese Förderung offensichtlich deutlich nach und wird zudem unregelmäßig geleistet. Bemühungen der Predigergemeinde, die finanzielle Not zu beheben, sind in den Gemeindeakten zu finden.



*nationalsozialistisches Jugend-Ideal*

Ein Ersuchen des GKR vom 28.3.1935 mit der Bitte um Beihilfe in Höhe von „mindestens 250 RM für in Ordnung bringen des Predigerkindergartens in Räumen des Gemeindehauses der Paulstraße“ über den „Verband für ev. Kinderpflege der Provinz Sachsen“ an das Ev. Konsistorium in Magdeburg wird auch damit begründet, dass sich die Arbeit mit Kindern auf die Familien segensreich und volksmissionarisch auswirke sowie eine Chancengleichheit zum katholischen Kindergartenangebot in der Stadt ermögliche. Dieses Ersuchen ist erfolgreich.

Ob der Antrag an den Parochialverband evangelischer Kirchengemeinden vom 7.5.1940 mit dem Betreff „Zuwendung zum Predigergemeindekindergarten“ und Anträge an das „Winterhilfswerk“ (möglicherweise 1937 und 1938) um Zuschüsse zum Betrieb des Kindergartens erfolgreich sind, ist nicht nachweisbar. Erstaunlicherweise ist dem Sitzungsprotokoll des GKR vom 28. Februar 1941, also unmittelbar nach seiner Übergabe an die N.S.V., zu entnehmen: „Aus Überschüssen des Predigerkindergartens sind ungefähr 1200 RM aufgelaufen, die auf einem Sparkassenbuch angelegt sind. Über diese Summe wird infolge verfügt: Für eine Sommererholungsreise dem Rechnungsprüfer Scheidemann 250 RM; Herrn John Marktstraße für häufige Vertretung im Organistendienst 50 RM; Schwester Agnes Günther für Durchführung ihrer Arbeit (christl. Unterweisung) 200 RM; der Rest soll der Pastor-Kletschke-Stiftung zugefügt werden.“

Die Vorgeschichte bis zur Schließung des Predigerkindergartens erhellt sich aus nachstehenden Auszügen von Sitzungsprotokollen des GKR:

13. Januar 1941 „Vors. berichtet über Pläne [der] N.S.V. alle evang. Kindergärten zu übernehmen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.“

23. Januar 1941 „Durch das Jugendamt der Stadt Erfurt ist mitgeteilt worden, daß der Regierungs-Präsident (Dr. Weber) die Genehmigung für die evang. Kindergärten mit dem 31. Januar 41 zurückgezogen hat. G.K.R. schließt sich den Beschlüssen des Ev. Ministeriums an, will nicht zu der für 25.1. im Rathaus angesetzten Verhandlung erscheinen, erhebt gegen die Verfügung Einspruch und bespricht die verschiedenen Möglichkeiten für den Fall, daß der Kindergarten im Gemeindehause von der N.S.V. übernommen wird. Das Gemeindehaus muß für die Gemeindegemeinschaft unbedingt freigehalten werden.“

Der hier dokumentierte Widerstand des GKR bleibt erfolglos. Den Vorständen der einzelnen Kindergärten wird mitgeteilt, dass die N.S.V. am 1. Februar 1941 die Kindergärten übernehmen werde. In diesem Zusammenhang weist die Stadt Erfurt darauf hin, dass der Betrieb des Kindergartens „sich in die Arbeit der Gemeinde im Gemeindehause einzu-fügen“ habe. Der GKR formuliert daraufhin einige sachliche Bedingungen und besteht auf einer vertraglichen Vereinbarung für einen Zeitraum von 5 Monaten. Die Rechnungsbücher sollen in der Gemeinde bleiben und die Liste der Kinder nur auf Verlangen ausgehändigt werden. Am 29. Januar 1941 beschließt der GKR: „Am 31. Jan. nachm. einhalb 5 soll eine kurze Abschlußfeier im Gemeindegemeinschaftssaal gehalten werden. Die Gemeinde wird die Verpflichtung, sich der vorschulpflichtigen Kinder anzunehmen, nicht aufgeben, sondern entsprechend zu erfüllen suchen.“ Noch Ende April 1941 weigert sich der GKR, einen von der N.S.V. vorgelegten Vertragsentwurf über „die Vermietung von Räumen des Gemeindehauses für Kindergartenzwecke“ zu unterzeichnen.



Historische Karte „Das Deutsche Kleinkind gehört in den NSV-Kindergarten“

Auch nach der Übernahme des Gemeindegemeinschaftskindergartens in nationalsozialistische Verantwortung durch die Trägerschaft der N.S.V. bemüht sich die Gemeinde um eine katechetische Vorschulunterweisung in eigener Zuständigkeit. Dafür sprechen Maßnahmen, die der GKR ab Februar 1941 beschließt:

28. Febr. 1941 „Die bisherige Kindergartenschwester Agnes Günther soll vom 15.3. ab als Schwester für die christliche Unterweisung der vorschulpflichtigen Kinder in der Prediger- u. der Barfüßergemeinde eingesetzt werden. Die Unkosten trägt der Parochialverband.“



Durch Verfügung der Militärbehörden endet die N.S.V.-Trägerschaft des Kindergartens am 12. April 1945. Laut GKR-Sitzungsprotokoll vom 23. April 1945 steht gemäß Mitteilung des Erziehungsdirektors Riemke einer Übernahme des Kindergartens durch die Predigergemeinde nichts im Wege. Daraufhin beschließt der GKR in der gleichen Sitzung, seinen evangelischen Kindergarten im Predigergemeindegemeinschaftshaus wieder zu eröffnen. Zur Umsetzung dieses Beschlusses beruft er eine Kommission. Die bisherige Kindergärtnerin Frau Peters wird beauftragt, die vorläufige Leitung des Kindergartens zu übernehmen, bis wieder eine Diakonisse gefunden sei.

#### Literatur und Quellen

Prediger-Gemeindeblätter. Januar 1933 – Oktober 1937. Archiv der Predigergemeinde.

Protokollbuch des GKR 1926 – 1955. Archiv der Predigergemeinde.

Schriftgut im Archiv der Predigergemeinde.

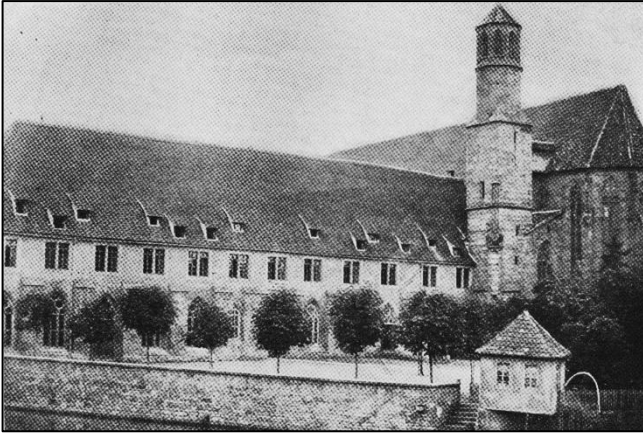
Berger, Manfred: Heil Hitler Dir! Du bist und bleibst der beste Freund von mir. Zur Kindergartenpädagogik im Nazi-Deutschland (1933 – 1945) – unter besonderer Berücksichtigung der Fachzeitschrift Kindergarten (1933 – 1942). In: Textor, Martin R. (Hg.): Das Kita-Handbuch (Online-Handbuch).

Frohe Arbeit. Das erste Lesebuch. Genehmigt durch Erlaß des Herrn Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1939, Halle/S. 1943.

## „Eine kulturelle Barbarei“ – Das Predigerkloster im Visier der Staatsmacht

Der Klosterkeller als Luftschutzraum, Pläne zur Entsakralisierung von Kirche und Kloster als Meister-Eckhart-Nationalgedenkstätte, Kriegsschäden an Gebäuden

Johannes Staemmler



*Predigerkloster, Blick von der Schlösserbrücke*

### Die Ausgangssituation

Der Bau des Predigerklosters mit dem Gewölbekeller ist ein Werk der Erfurter Dominikaner, begonnen in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Im Jahr 1588 wurde das Kloster säkularisiert. Heute steht nur noch der Ostflügel. Kapitelsaal und Refektorium sind im ursprünglichen Zustand erhalten. Meister Eckhart hat hier wahrscheinlich seine berühmten „Reden der Unterweisung“ gehalten. Die Stadt Erfurt nutzte die Klosterräume zwischenzeitlich als Schule, heute dienen sie der Predigergemeinde als Winterkirche und für Veranstaltungen.

Bis Anfang der 1990er Jahre konnte jeder, der den Predigerkeller in Erfurt aufsuchte, es selbst besichtigen: Massives Mauerwerk mit entsprechenden Aufschriften wie z.B. „Ankleideraum“ oder „Gasschleuse“ in Frakturschrift wiesen darauf hin, dass dieser historische Keller im 2. Weltkrieg als Luftschutzraum genutzt wurde (s. Abb.).

Wie war es dazu gekommen? Hatte die Predigergemeinde den Predigerkeller und das Predigerkloster vielleicht an die Stadt Erfurt verkauft? Oder hatte der NS-Staat den Keller schlicht beschlagnahmt, vielleicht sogar gegen den Widerspruch der Gemeindeleitung?

Die Aktenlage ist nicht sehr umfangreich, aber diese Geschichte der Umwandlung eines Klosterkellers aus dem 13. Jahrhundert in eine „Luftschutzrettungsstelle“ und auch seine Rückverwandlung 1993/94 von einem teilweise als Lager durch die Kirchlichen Werkstätten genutzten Gewölbes in seinen ursprünglichen Zustand lässt sich gut nachvollziehen.

In den 1970er Jahren, also in tiefsten DDR-Zeiten, wurden einige der ehemaligen Räume der Luftschutzanlage, im südlich gelegenen Teil des Predigerkellers, als Jugendraum der Gemeinde eingerichtet. Nach 1993 wurde der gesamte Keller evangelisches Stadtjugendzentrum.

Erst im Laufe der Lektüre der historischen Dokumente kam ein zweiter Aspekt dazu. In der Stadt Erfurt gab es seit spätestens 1935 Ambitionen, die Predigerkirche und das Predigerkloster zu einer „Meister-Eckehart-Gedenkstätte“ umzugestalten. Die Stadt beabsichtigte deshalb, der Gemeinde das Predigerkloster abzukaufen.

Die Gemeindeleitung lässt zunächst Unsicherheit, wenn nicht Zustimmung erkennen. Erst der 1938 zum Pfarrer der Predigergemeinde gewählte Dr. Gerhard Gloege machte dieses Ansinnen der Stadt in Predigten kritisch und öffentlich zum Thema. Der Krieg verhinderte schließlich die Ausführung all dieser Pläne.

### Eine wichtige Besprechung am 11.12.1940

Am 11.12.1940 traf sich der Gemeindegemeinderat der Ev. Predigergemeinde mit Vertretern der Stadt und der Finanzabteilung des Ev. Konsistoriums der Kirchenprovinz Sachsen mit Sitz in Magdeburg zu einer Besprechung über die Zukunft des Predigerklosters in Erfurt. Aber es ging nicht nur um die Zukunft. Es ging vor allem auch darum, dass gegen den Willen der Stadt Erfurt und gegen den Willen des Gemeindegemeinderates im historischen Predigerkeller eine „Luftschutzrettungsstelle“ eingebaut worden war. Was war geschehen?



*Die frühgotische Kellieranlage nach der Beräumung durch die Jugendlichen 1993*

Der Polizeipräsident der Stadt Erfurt, dessen Amtssitz sich in der Meister-Eckehart-Str. 2 befand, war für die Einrichtung des Luftschutzes zuständig. Bis 1940 war Karl Pflomm (1886 – 1945) Polizeipräsident in Erfurt. Sein Nachfolger wurde, zuerst kommissarisch, ab 1941 hauptamtlich SS-Sturmbannführer Heinrich Wicke (1886 – 1975).

An verschiedenen Orten der Stadt sollten zentrale „Luftschutzrettungsstellen“, so die offizielle Bezeichnung, eingerichtet werden, eine davon im Keller der Bibliothek des Augustinerklosters und eine andere unter dem Wigbertkloster. Auch das Predigerkloster mit seinem mittelalterlichen Gewölbekeller kam schnell in den Blick der Behörde.



Beschriftung im Predigerkeller, 1992/93 entfernt

An diesem Tag Anfang Dezember beschäftigte sich der Gemeindegemeinderat nicht zum ersten Mal, soweit dies aus dem Protokollbuch hervorgeht, mit dem Thema.<sup>1</sup> Zunächst ging es 1935 und 1936 um einen neuen Mietvertrag mit der Stadt über die Nutzung des Predigerklosters ohne den Keller.<sup>2</sup> Aber es gibt bereits den Hinweis, dass die Stadt Erfurt beabsichtigte, im Kapitelsaal einen „Eckehart-Gedenkraum“ einzurichten (Protokollbuch des GKR, S. 103f.).

Am 29.11.1938 nimmt der Gemeindegemeinderat zur Kenntnis, dass der Oberbürgermeister der Stadt Erfurt „bereit sei, das Haus Neuestr. 11 (Predigerkloster) zu kaufen und um ein Kaufangebot bittet.“ (ebd., S. 136f.). Die Gemeindeleitung aber lehnt ab: „Der G.K.R. hat Bedenken gegen einen Verkauf des Hauses, will aber dem Konsistorium die Angelegenheit vortragen.“ (ebd.).

Am 6.1.1939 berichtet der Vorsitzende des Gemeindegemeinderates, dass das Konsistorium die ganze Angelegenheit dem E.O.K.<sup>3</sup> in Berlin „vorlegen“ will.

Der Gemeindegemeinderat bleibt auch im März 1939 bei seiner Ablehnung, „obwohl von bedeutsamer Stelle zum Verkauf des Predigerklosters an die Stadt geraten worden ist [...]“. (Protokollbuch des GKR, S. 141).<sup>4</sup>

In derselben Sitzung wird auch ein Brief des Erfurter Polizeipräsidenten an den Gemeindegemeinderat vom 29.12.1938 bekannt gegeben. Darin heißt es, dass „der Keller Neuestr. 11 als Luftschutzkeller erneut in Anspruch genommen (werde) für den Einbau der Rettungsstelle“ (Protokollbuch vom 6.1.1939).

Was bedeutet diese „Inanspruchnahme“ durch den Polizeipräsidenten?

### Allgemeiner Luftschutz im Dritten Reich

Pläne zur Einrichtung von Schutzräumen für die Bevölkerung gab es bereits 1935. Die Pläne umzusetzen, wurde zwischen 1937 und 1939 in verschiedenen Gesetzen und Durchführungsbestimmungen des Dritten Reiches amtlich und zur Pflicht.<sup>5</sup> Das diente gewiss auch der psychologischen Vorbereitung auf den Krieg.

1933 schon wurde der so genannte Reichsluftschutzbund ins Leben gerufen. Er unterstand dem Reichsluftfahrtministerium und damit Hermann Göring persönlich. 1939 waren 15 Millionen Menschen Mitglied dieses Bundes. Zur Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen konnte jedermann entsprechend dem Luftschutzgesetz von 1935 verpflichtet werden. Der Reichsluftschutzbund gab zahlreiche Merkblätter heraus, in denen die Einrichtung von „behelfsmäßigen“ Schutzräumen beschrieben und das Verhalten bei Luftangriffen insbesondere auch bei Gasalarm ausführlich dargestellt wird.



Beschriftung im Predigerkeller, 1992/93 entfernt

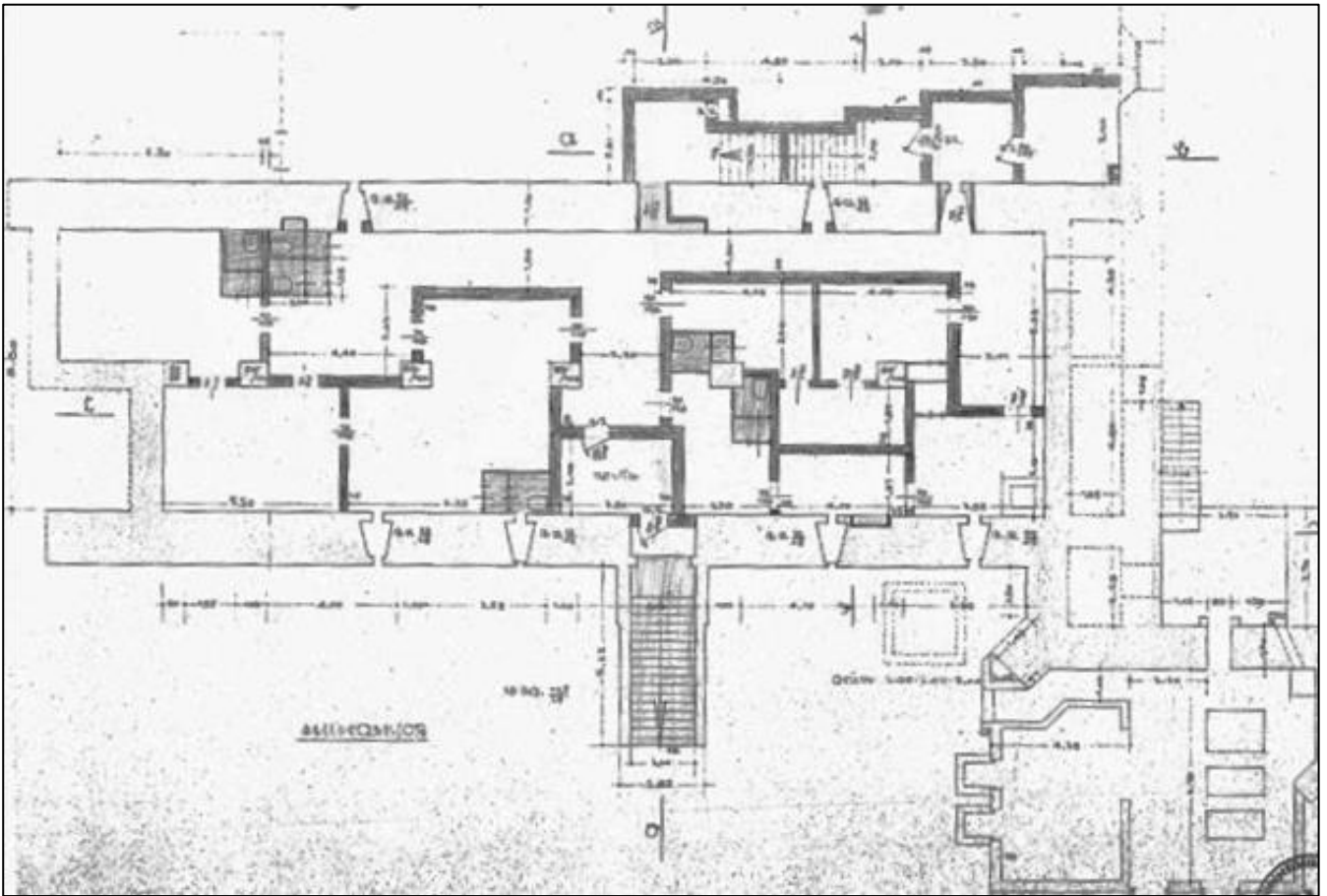
<sup>1</sup> Am 21.7.1938 hatte der GKR das „bisherige Vertragsverhältnis v. 8.2.1935“ gekündigt. In diesem Beschluss ist auch zu lesen, dass die Stadt „den Keller unentgeltlich als Muster- u. Schutzraum jetzt innehat.“ (Protokollbuch des GKR, S. 132)

<sup>2</sup> Schon 1935 hatte es Vertragsverhandlungen mit der Stadt Erfurt wegen der Vermietung des Predigerklosters gegeben. Dazu aus dem Protokollbuch des GKR vom 22.6.1936: „Ein Vertragsentwurf für die Vermietung des Grundstückes Neuestr. 11 an die Stadt Erfurt liegt vor. G.K.R. wünscht, dass der Passus aufgenommen werden, dass bauliche Veränderungen im Gebäude, auch eine anderweitige Verwendung der beiden Refektorien der Genehmigung des G.K.R. unterliegen sollen. Der Mietpreis soll von 540 auf 600 M erhöht werden.“

<sup>3</sup> Evangelischer Oberkirchenrat in Berlin: die oberste kirchliche Behörde in Preußen (EOK).

<sup>4</sup> Um welche bedeutsame Stelle es sich handelt, ist im Archiv der Predigergemeinde leider nicht dokumentiert. Vermutlich handelt es sich um den EOK in Berlin, wie aus dem Beschluss vom 6.1.1939 hervorgeht. Offenbar hatte der EOK gegen den Verkauf keine Bedenken.

<sup>5</sup> Mitteilungsblatt amtlicher Nachrichten der Dienststelle des Chefs des zivilen Luftschutzwesens im Reichsluftwehrministerium 9. Jg. Dezember 1939, Baulicher Luftschutz mit Angaben über gesetzliche Anordnungen und detaillierten Ausführungen zur Einrichtung von Luftschutzräumen (im Internet: [gsb.download.bva.bund.de/BBK/BBKBL193904.PDF](http://gsb.download.bva.bund.de/BBK/BBKBL193904.PDF) am 8.3.2016).



Predigerkloster Kellergeschoss – die Umbaupläne 1939

### Der Umbau vom historischen Predigerkeller zum Luftschuttkeller

Der kulturhistorische und denkmalpflegerische Wert der Klosteranlage stand sicher nicht zu allen Zeiten im Vordergrund. Aber es gab zu den Umbauplänen des Klosters und besonders des Kellers zum Luftschutzbunker eine Stellungnahme des Konservators der Denkmale der Provinz Sachsen, Hermann Giesau. Er schreibt in einem Brief am 28.8.1939 an den Regierungspräsidenten (Archiv der Predigergemeinde), „der geschichtliche Wert der alten Keller (würde) durch die Neuverputzung mit Zement und Anlage eines Zementfußbodens vernichtet werden [...]. Die Durchführung dieses Planes müsste, wenn sie sich wirklich als unerlässlich erweisen sollte, vom denkmalpflegerischen Standpunkt aus entschieden widerraten werden.“<sup>6</sup>

Aus dieser Stellungnahme erfahren wir also, dass bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1939 Umbaupläne (Bauakte im Archiv des Bauordnungsamtes Erfurt) vorgelegen haben. Ein Beschluss des Gemeindegemeinderates vom 25.4.1939 bestätigt dies denn auch: „Der Plan für die im Keller Neustr. 11 geplante Luftschutzrettungsstelle liegt vor, ist aber ganz vertraulich zu behandeln.“ (Protokollbuch des GKR, S. 143).

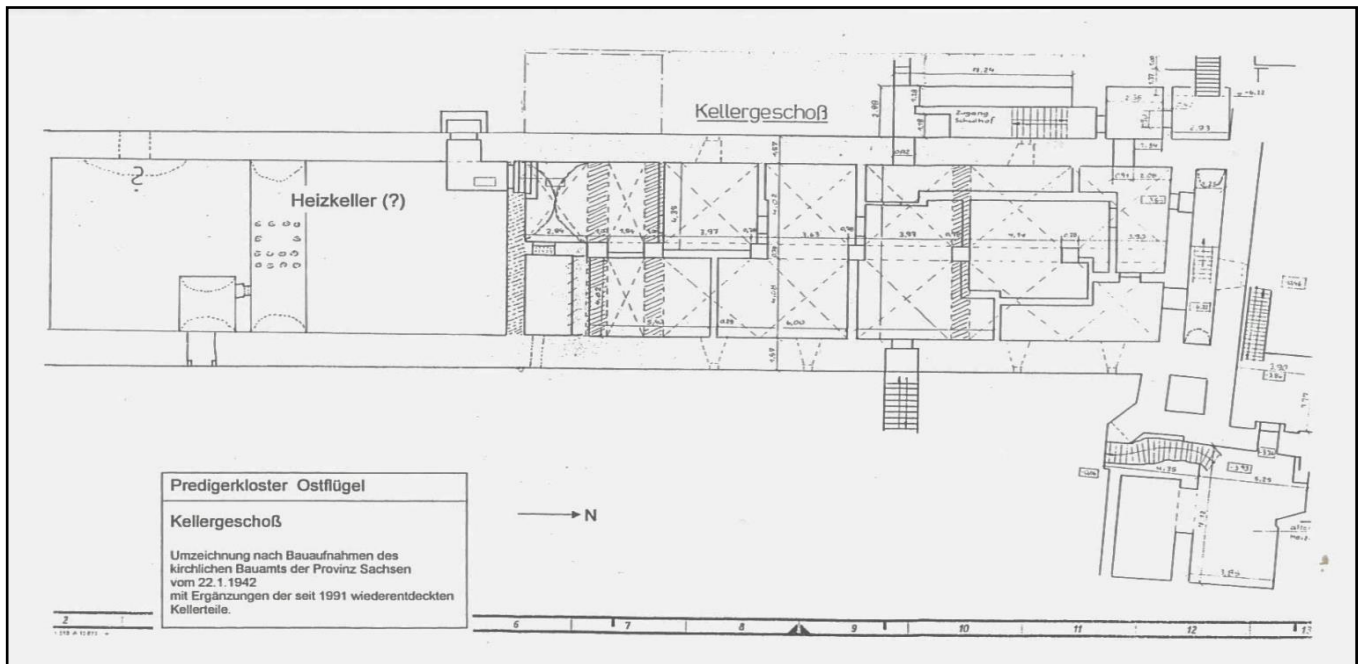
Es waren bauliche Veränderungen wegen des Einbaus einer Heizung auch an den Grundmauern der Kirche vorgesehen.

Der GKR will das zu vermeiden suchen. Im Laufe des Jahres 1939 spiegelt sich in den Besprechungen des Gemeindegemeinderates der Ablauf des Baugeschehens. Der Protest von Hermann Giesau Ende August 1939 findet im Protokollbuch keine Resonanz.

Wenn man aber den Plan mit den dunkel bezeichneten Einbauten mit den Toiletten und die beabsichtigte Treppenanlage auf dem Schulhof betrachtet, kann man seinen Protest verstehen. Vielleicht hatte Giesaus Stellungnahme eine Änderung der Ausführung bewirkt. Jedenfalls wurde die Maximalvariante nicht umgesetzt. Auf der Abbildung S. 21 ist die tatsächliche bauliche Veränderung sichtbar, so wie sie 1942 ausgeführt worden ist. Die Reste der beabsichtigten Einrichtung eines Heizungskellers im Pfarrgarten neben dem Südturm mit Zugang vom Hohen Chor lassen sich heute noch besichtigen.

<sup>6</sup> S. auch Nitz, Thomas: Das Erfurter Predigerkloster vom 13. bis zum 20. Jahrhundert. Zur Baugeschichte und Denkmalpflege in:

Erfurt im Mittelalter hrsg. von Escherich, Mark u. a., Berlin 2003, S. 195.



Predigerkloster Ostflügel, Kellergeschoß – nach dem Umbau zur Luftschutzrettungsstelle 1942

### Das Ergebnis der Besprechung vom 11.12.1940

Der vom Konsistorium beauftragte Sachbearbeiter Dr. Heglau [?] fertigt nach dem Gespräch einen Vermerk an, aus dem der Stand der Verhandlungen deutlich wird (Archiv der Predigergemeinde). Es ging nun um beide Themen, um den Verkauf des Predigerklosters und den Umbau des Predigerkellers<sup>1</sup>:

1. Die Besprechung hat zum Ziel, zum Kaufverlangen der Stadt Erfurt Stellung zu nehmen. Bisher ist das Predigerkloster an die Stadt Erfurt verpachtet.
2. Es wird der „völlig unangemessene“ bauliche Zustand des Predigerklosters festgestellt. Für die Instandhaltung des Predigerklosters ist laut Pachtvertrag die Stadt verantwortlich.
3. Die Stadt nutzt das Kloster als „Turnhalle für eine danebenliegende Schule, z.T. auch als Schulraum, z.T. als Abstellraum für schulische Zwecke.“ Der Predigerkeller war bislang an die Firma Kossenhaschen<sup>2</sup> als Weinkeller vermietet.

4. Der Predigerkeller ist „gegen Widerspruch der Stadt und des Konservators als Luftschutzrettungsstelle für 80.000 RM vollständig um- und ausgebaut. *Eine kulturelle Barbarei* – wie der Stadtbaurat bemerkte.“ Man ist sich einig, dass die Einbauten nach Kriegsende entfernt werden müssten.
5. Der Gemeindekirchenrat hatte 1938 ein Verkauf des Klosters abgelehnt, ist aber wegen der Finanzierung eines Kirchenneubaus<sup>3</sup> gewillt, neu darüber nachzudenken.

Am Nachmittag des 11.12.1940 gibt es eine weitere Besprechung, diesmal mit Vertretern der Stadt Erfurt. Hier erläutert die Stadt die Absicht, das Predigerkloster und den ganzen Klosterkomplex so wiederherzustellen und zu sanieren, dass sie ihrer „Sehenswürdigkeit“ entsprechen und als „Gedenkstätte für Meister Eckehardt“ dienen kann. Der Gemeindekirchenrat scheint nicht ganz abgeneigt zu sein und bittet den Kirchenoberbaurat Dr. Dobert, den „Bauwert und den historischen Wert“ der Klosteranlage zu ermitteln (Protokollbuch des GKR, S. 156f.). Das geschieht recht schnell, so dass dem GKR schon einen Monat später das Ergebnis vorliegt. Dr. Dobert schätzt den „realen Wert“ des Predigerklosters und des Hofes auf 300.000 RM (ebd., S. 158).

<sup>1</sup> Zitate aus dem Brief.

<sup>2</sup> Haus Kossenhaschen (heute: Erfurter Hof) war eines der renommiertesten Hotels in Erfurt.

<sup>3</sup> Die Pläne zu einem Kirchenneubau im Außenbezirk beschäftigten den Gemeindekirchenrat seit 1935. Aus dem Protokollbuch des Gemeindekirchenrates vom 4.6.1935: „Mit Rücksicht auf die

Kinderreichen-Siedlung an der Cyriaksburg, wie überhaupt an die Ausdehnung der Gemeinde in jener Gegend bittet der Vors. an die Gewinnung eines Bauplatzes für eine später zu errichtende Predigtstätte zu denken, die auch der angrenzenden Andreaskirche dienen könnte. G.K.R. nimmt die Anregung verständnisvoll auf.“

Am 13. März 1941 berichtet der Vorsitzende des GKR, dass der „Verkauf des Predigerklosters an die Stadt Erfurt [...] vom Ev. Konsistorium abgelehnt“ worden ist. Nun nimmt die Predigergemeinde ihrerseits in Aussicht, unter Einbeziehung des Parochialverbandes „das Gebäude würdig auszubauen“. (ebd., S. 161f.) Nach einigem Hin und Her schafft es der GKR, eine Hypothek über 100.000 RM auf das Kloster aufzunehmen. Aber bald gibt es mit fortschreitendem Krieg und mit dem Einsetzen der Bombardierungen in der Stadt nun andere Sorgen.

### Ein Vertrag soll Klarheit schaffen.

Ende des Jahres 1939 oder Anfang 1940 gibt es einen Vertragsentwurf, in dem die Nutzung des Predigerkellers als Luftschutzraum geregelt werden sollte. Dieser Vertrag liegt im Archiv der Predigergemeinde vor, ist aber nie unterschrieben worden, also auch nie in Geltung gewesen.

Der Vertrag soll zwischen dem Deutschen Reich – „Reichsfiskus (Luftfahrt) – und dem Gemeindegemeinderat der Predigerkirche, vertreten durch den Herrn Pfarrer Kletschke, Neue Str. 3“ abgeschlossen werden. Seitens des Reichsfiskus wurde der Polizeipräsident in Erfurt bevollmächtigt, der wiederum den Ortspolizeiverwalter beauftragt.

Gegenstand des Vertrages ist es, jederzeit eine Besichtigung nach Voranmeldung zu gestatten und „die Räume bei Übungen und bei Aufruf des Luftschutzes in wenigen Stunden zur Verfügung“ zu stellen, und dass der Eigentümer das Grundstück Erfurt Neustraße 11 (Predigerkeller) räumt. Eine weitere sogenannte „friedensmäßige“ Nutzung wird vereinbart, wenn der Luftschutz nicht gehindert ist. Außerdem wird „für die Duldung der Baumaßnahmen, Besichtigung und Benutzung der Räume“ eine „einmalige Entschädigung von RM 600,00 gewährt“. „Die Verantwortung und die Kosten für die bauliche Unterhaltung und Wartung des Luftschutzbaues trägt die Gemeinde.“ Der Vertrag soll auf zehn Jahre gelten.

Es ist festzustellen: Die Predigergemeinde hat den Umbau des Predigerkellers zur Luftschutzrettungsstelle nie rechtlich bestätigt, obwohl immer wieder Mahnungen des Polizeipräsidenten eingingen, den Vertrag nun endlich zu unterschreiben (Notiz im Protokollbuch des GKR vom 7.1.1941 und Brief des Polizeipräsidenten vom 24.4.1942). Ganz im Gegenteil wird die ablehnende Haltung des Gemeindegemeinderates und nun auch des Konsistoriums in Magdeburg immer deutlicher.

Das Konsistorium stellte in einem Brief vom 5.2.1941 an das Evangelische Ministerium Erfurt (Archiv der Predigergemeinde) fest, dass der Predigerkeller „gegen den Widerspruch des Eigentümers – Predigergemeinde in Erfurt – als Luftschutzrettungsraum umgebaut“ worden ist. „Es könne

lediglich eine Überlassung des Kellers für die Dauer des gegenwärtigen Krieges zugestanden werden.“ Dem vorliegenden Vertragsentwurf könne deshalb nicht zugestimmt werden und nach dem Krieg müssten die Einbauten „auf Kosten des Reiches“ entfernt werden. Auch eine Besprechung, zu der Pfarrer Kletschke im März beim Polizeipräsidenten einbestellt wurde, bringt nicht den gewünschten Erfolg. Die Gemeinde bleibt bei ihrer Haltung.<sup>4</sup>

Offenbar erzürnt das den Polizeipräsidenten dermaßen, dass er nun drastische Maßnahmen ankündigt. Am 7.5.1942 teilte der Vorsitzende des Gemeindegemeinderates mit, dass dieser (scil. der Polizeipräsident) beabsichtigt, den Keller zu beschlagnahmen (Protokollbuch des GKR, S. 167ff.).

### Bombenangriffe auf Erfurt

1944 begannen die Bombenangriffe auf Erfurt, im November 1944 verstärkt auch auf die Altstadt. In der Nacht auf den 26.11.1944 zerstörte eine Luftmine das Kaufhaus Reibstein an der Ecke Schlösserstraße/Junkersand. Am Tag darauf kam es zur völligen Zerstörung der Barfüßerkirche. An beiden Tagen waren 71 Tote zu beklagen.

Henning Gloege beschreibt diese Tage in der Biografie seines Vaters Gerhard Gloege so:

*Eine Luftmine ist in der Schlösserstraße nahe der Gera in ein Haus hineingegangen und hat mit ihrer Druckwelle alles im Umkreis durcheinandergewirbelt. Gloeges Haus gleicht einer Wüste. Auch die Predigerkirche hat alle Fenster verloren. Umsonst, dass sie zwei Tage geheizt worden ist für den Gottesdienst morgen.*

*Sie ziehen sich die Trainingsanzüge an und fangen an aufzuräumen. Als sie die Scherben auf der Straße vor dem Hause zusammenkehren, sagt Elisabeth Gloege: ‚Jetzt höre ich die Juden ihre Scherben in der Kristallnacht zusammenkehren!‘*

*Am Morgen um 10 Uhr kommen einhundertsechzig Gemeindeglieder zum Gottesdienst. Der Hohe Chor ist notdürftig gereinigt. Durch die Fensterhöhlen fegt der eisige Wind. Die Sonne scheint herein. Gloege macht es kurz. Er ist erschüttert, dass sich seine Worte über eine mögliche Zerstörung der Kirche erfüllt haben, die er vor kurzem hier ausgesprochen hat. Nun predigt Gott ohne Worte.*

*In der nächsten Nacht gibt es wieder Alarm. Diesmal geht die Familie, vollständig angezogen, hinten durch den Garten über den Klosterhof in die Rettungsstelle im Keller des Meister-Eckhart-Klosters. Dort sind Schutzräume ausgebaut, die einen sicheren Aufenthalt ermöglichen. Ein Mann ist als Hausmeister tätig, er bedient die Heizung und die moderne Belüftungsanlage.*

<sup>4</sup> Pfarrer Kletschke schrieb auf die Mahnung des Polizeipräsidenten vom 24.4.1942 handschriftlich eine Antwortnotiz, aus der dies sehr deutlich wird: „Wir sind zu unserem Bedauern nicht in der Lage das uns vorgelegte Vertragsformular zu unterzeichnen. Wir haben den Keller Neue Str. 11 für die Zeit des Krieges zur Verfügung gestellt; dabei ist uns mündlich zugesichert worden, dass die Einbauten

wieder beseitigt werden würden. Daran allein müssen wir uns halten. Wir befinden uns in Übereinstimmung mit der Kirchl. Behörde sowie dem Herrn Landeskonservator und dem Herrn Provinzialkonservator.“



Erneut fallen drei Luftminen. Eine zerstört die Barfüßerkirche und macht sie zur ragenden Ruine, die in den Himmel zeigt.

Am Montag entschließen sich Gloeges, die Nächte nur noch in der Rettungsstelle zuzubringen. Sie schleppen zwei Couchen durch den Garten hinüber und die Treppe hinunter. Je zwei von ihnen sollen darauf schlafen. Da die meisten Räume bereits von anderen Zufluchtsuchenden belegt sind, stellen sie sie im Gang auf, wo der große Heizungssofen steht und die dicken Belüftungsrohre entlanglaufen. Manche der Schlafgäste kennen sie, so den Dentisten Göbel, der schräg gegenüber vom Pfarrhaus wohnt.

Zur Behebung der Schäden werden in der Stadt Latten und Pappe ausgegeben. Gloege sägt sie am Dienstag, 28.11. zu und vernagelt damit Fenster. Es wird dunkel drinnen. Mittwoch werden schon Dachziegel angefahren. Gloeges laden sie ab.“ (Henning Gloege Biografie Gerhard Gloeges, S. 250).<sup>5</sup>



Das Umfeld der Schloßerbrücke nach den Luftmineneinschlägen vom November 1944. Im Hintergrund die zerstörte Barfüßerkirche.

Weihnachten 1944 kritisiert Pfarrer Dr. Gerhard Gloege in seiner Predigt in Anlehnung an die Geburt des Gotteskinds in einem Stall deutlich, was er von diesem Krieg und all der Zerstörung hält:

*Bloß für Gott haben wir keinen Platz, wenn er kommt [...]. Alle Gasthöfe waren damals überfüllt [...]. Sie legten das Kind in die Krippe, den Futtertrog [...]. In der Enge wird man nervös, im Luftschutzkeller, in der kaum geheizten Stube, wo alles zusammenhockt. Da hinein kommt Gott, der lebendige, der Gott des Alltages. Aber es ist sonst kein Raum für ihn da. Für alles haben die Menschen Raum: für Aufbau und für Zerstörung, für Volks- und Völkerbeglückung in ihrem eigenen Namen, für Unrecht und Brutalität, und nun schon seit fünf Jahren Raum für Krieg und Blutvergießen. Bloß für Gott haben wir keinen Platz, wenn er kommt. (Aus der*

*Predigt von Pfarrer Dr. Gloege am 24.12.1944 in der Predigerkirche, ebd., S. 255).*

Nach dem Kriege, nachdem die Toten begraben und betrauert waren, wurden nun auch die materiellen Schäden begutachtet. Gerhard Gloege, inzwischen Propst zu Erfurt, ließ Listen erstellen, um den Finanzbedarf zum Wiederaufbau von Kirche und Gemeindehäusern in die Wege zu leiten. In einem Brief des Konsistoriums in Magdeburg an den Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin vom 16.3.1946 (Archiv des Ev. Konsistoriums in Magdeburg) war für Erfurt von Kosten in Höhe von 616.145,00 RM die Rede, davon für die Predigerkirche 113.780,00 RM. Gloege wies aber schon hier darauf hin, dass diese Summe bei Weitem nicht reicht.

Letzte Beseitigung von Kriegsschäden gab es Anfang der 1990er Jahre. Der mittelalterliche Dachstuhl der Predigerkirche hatte durch die Druckwellen der explodierenden Minen gelitten und wurde stabilisiert. Wenig später wurde, wie schon erwähnt, der Predigerkeller fast vollständig in seinen ursprünglichen Zustand versetzt und nun als Jugendraum genutzt.

### **Noch einmal: Die Meister-Eckhart-Gedenkstätte**

Schon relativ früh mussten sich die christlichen Gemeinden mit der Bewegung der Deutschen Christen und der Ideologie des Nationalsozialismus auseinandersetzen. Senior Fischer und Pfarrer Kletschke standen, seit 1939 dann auch Pfarrer Dr. Gerhard Gloege, dieser Bewegung ablehnend gegenüber und waren Mitglieder der Bekennenden Kirche. Aber auch in Erfurt war der politische und ideologische Druck stark.

Kletschke notierte im Rückblick auf das Jahr 1933 in seinen Aufzeichnungen über die Zeit des Nationalsozialismus:

*Durch Rosenbergs, des geistigen Vordenkers der Bewegung, Mythos wurde die Kirche genötigt, sich mit seinen Ideen auseinanderzusetzen. Das belebte den Kampf und festigte nur unsere Stellung; wertvolle Buchbeiträge waren der Ertrag. Dass er Meister Eckart, der ja im Erfurter Predigerkloster gewirkt hatte, zum Kronzeugen der Bewegung und zum ersten Deutschen Christen stempeln wollte, war auch mir Anlass, mich um Eckart und sein Werk zu kümmern. Da man öffentlich nicht davon reden konnte, habe ich mehrfach in kleinerem Kreis den unbekannteren, wahren Eckart den Erfurtern näher zu bringen versucht. Es waren mir sehr interessante Arbeiten. Wir planten auch im Predigerkloster eine Eckart-Gedenkstätte einzurichten, ein Plan, der an der Ungunst der Zeit scheiterte. Ich versuchte auch, die Dominikaner in Leipzig für diese Ehrung ihres Klosterbruders zu interessieren; es schien ihnen wohl zu bedenklich, mit uns Evangelischen zusammenzuarbeiten.*

<sup>5</sup> Die Biografie liegt als Datei vor. Nach dem Krieg hat sich die Predigergemeinde entschlossen, so genannte Trümmerfenster in der Nordseite des Langschiffes und im Hohen Chor der Predigerkirche einzubauen. Beauftragt dazu wurde der Künstler Heinz Hajna, der von 1949 bis 1953 daran arbeitete. Die Inschrift

im Fenster über dem Nordportal lautet: „Trümmerfenster 1945 1950, H. Hajna“ und „Es ist eine Stimme eines Predigers in der Wüste. Bereitet den Weg des Herrn.“

*Ebenso erging es ihren Behauptungen betr. die der christlichen Religion überlegene germanische Mythologie und gewaltsamen Christianisierung der Germanen.*

Diese Gebiete wurden von anderen Gelehrten untersucht, und diese kamen zu anderen Ergebnissen und befestigten unsere christliche Stellung.“ (Kletschke, Tagebuch, S. 28).

Offenbar hatte Kletschke selbst anfangs die Idee zu einer Eckhart-Gedenkstätte in Abgrenzung zu der Vereinnahmung Meister Eckharts durch die Nationalsozialisten. 1935 fand diese Idee dann auch im Gemeindegemeinderat ihren Widerhall (s. o. im Protokollbuch des GKR vom 31.10.1935). Der Oberbürgermeister der Stadt Erfurt versuchte, der Gemeinde das Kloster abzukaufen. Das beschäftigte den Gemeindegemeinderat in mehreren Sitzungen, besonders Ende 1940 und Anfang 1941.

In der Biografie über seinen Vater schreibt Henning Gloege: „Mitte Januar hört man von Plänen der Stadt Erfurt, die Kirchen und Klöster Augustiner und der Prediger zu säkularisieren für die ‚Großen Deutschen‘ Luther und Eckhart.“ (aus der Biografie Gerhard Gloeges, S. 143).

„Kletschke wendet sich an den Oberbaurat wegen des Klosters und der Turnhalle“<sup>6</sup> so weiter in der Biografie. Es gebe Gerüchte seit Dezember 1942, das Gebäude der Gemeinde wegzunehmen. Der GKR betonte, dass er diesen Plänen entgegenhalten muss, dass diese Stätten der Kirche gehören und für kirchliche Zwecke allein bestimmt sind.

Ein Mitglied des GKR der Predigergemeinde macht den Vermerk, dass „städtischerseits die Bearbeitung der Sache bis nach dem Krieg zurückgestellt sei. Es sind also bis jetzt nur Gedanken und Absichten.“ (ebd.).

Gloege selbst ging im Sommer 1943 anlässlich des Kirchweihfestes in einer Predigt darauf ein: „Wenn einst eine Zeit kommen sollte, dass man dieses Gotteshaus zu anderen Zwecken verwenden sollte, würde der große Prior, unter

dessen Leitung einst der Grund zu diesem Gotteshause gelegt wurde, der Magister Eckehart von Hochheim, sich im Grabe herumdrehen.“ (Predigt vom 27.6.1943, ebd., S. 161). Als Gloege das öffentlich sagte, hatte die Gemeindegemeinde längst abgelehnt, das Kloster zu verkaufen und damit deutlich einer Umwandlung des Predigerensembles in eine nationalsozialistische Gedenkstätte widersprochen.

Nach dem Krieg hielt Gerhard Gloege am Pfingstmontag, dem 21.5.1945, einen Dankgottesdienst in der Predigerkirche. Es ist „Der Niemöller-Dank-Gottesdienst“ [...]. „Als Bibeltext nahm Gloege Psalm 124, ein Loblied auf Gott nach überstandenen Gefahren. Die Pfarrer Erfurts, die sich zur Bekennenden Kirche zählen, ziehen um 5 Uhr nachmittags in die vollbesetzte Kirche. Die Menschen sind in Scharen gekommen, sie sitzen bis in die Orgel hinein, viele stehen. Gloege notiert 3000 Besucher.“ (ebd., S. 274). Diese Predigt ist besonders deshalb bemerkenswert, weil sie aus einem ganz kurzen historischen Abstand heraus ein erstes Fazit über die geistige Situation der Zeit zieht. Gloege geht auf die Bekennende Kirche und den Kirchenkampf ein. Er setzt sich noch einmal mit den Deutschen Christen auseinander und erwähnt schließlich auch die geplante Meister-Eckhart-Gedenkstätte:

*Man griff, und das werden wohl nicht alle Erfurter wissen, nach den althehrwürdigen Gewölben dieser Kirche und unseres Meister-Eckehart-Klosters, um sie uns auf dem Umweg über ein sogenanntes ‚Meister-Eckehart-Werk‘ wegzunehmen, wie die SS auf ähnliche Weise die Dome von Quedlinburg und von Braunschweig geraubt hatte, um sie zu Staats-Kultstätten umzuwandeln. Und man sagte zu uns in Erfurt: ‚Wartet erst einmal den Endsieg ab, dann wird eine nationalsozialistische Weihestätte aus der Predigerkirche!‘*

Dieser „Endsieg“ fand nicht statt. Zum Glück. Eine Gedenkstätte im Sinne der Nationalsozialisten hat es nicht gegeben.

## Literatur und Quellen

Gloege, Henning: Nach Thüringen. In: Biografie Gerhard Gloege. Typoskript (elektronisch). 351 Seiten.

Kletschke, Gustav: Tagebuchaufzeichnungen. Archiv der Predigergemeinde Erfurt

Predigt von Gerhard Gloege vom 21.5.1945. Archiv der Predigergemeinde.

Protokollbuch des GKR 1926 – 1955. Archiv der Predigergemeinde.

Nitz, Thomas: Das Erfurter Predigerkloster vom 13. bis zum 20. Jahrhundert. Zur Baugeschichte und Denkmalpflege in: Erfurt im Mittelalter. Hg. von Escherich, Mark, u. a., Berlin 2003.

<sup>6</sup> Das Refektorium wird zu der Zeit als Turnhalle der benachbarten Kasino-Schule genutzt.

## Holländische Zwangsarbeiter und die Predigergemeinde

Sebastian Nickel

### Vorbemerkung

Anfang des Jahres 1944 fand eine Gruppe Holländischer Zivil- bzw. Zwangsarbeiter in der Predigergemeinde eine geistige Heimat in der Fremde. Die Zeitzeugenrecherche des Arbeitskreises erwies sich hierzu zunächst als mühsam und ernüchternd. Mehr als 70 Jahre nach Kriegsende sind etliche der für dieses Thema interessanten Menschen verstorben, andere erkrankt oder unauffindbar. Andererseits konnten, dank der aktiven Unterstützung durch einige unserer Gemeindeglieder – stellvertretend seien hier Frau Dr. Ilse Schalldach und Herr Rüdiger Banse genannt – Spuren verfolgt und zu einem komplexeren Bild zusammengefügt werden.

Besonders wertvolle Dokumente erhielten wir von Frau Renate Schulz. Sie fand im Nachlass ihres Mannes Jochen Schulz, der von 1973 bis zu seinem Tod 1996 Pfarrer der Predigergemeinde war, drei Briefe des ehemaligen holländischen Zwangsarbeiters Gijsbert Kooijman (1920 – 1995). Dieser lebte von Frühjahr 1943 bis Ende April 1945 im Lager in der Jahnstraße 1 in Erfurt und besuchte zusammen mit anderen Landsleuten regelmäßig die Predigergemeinde. In seinen Briefen, die er zwischen 1989 und 1990 an die befreundete Familie Schulz schickte, erzählt Kooijman, unter welchen Umständen er nach Erfurt gekommen ist, was er hier erlebt hat und wie es zu den im Pfarrhaus der Familie Gloege abgehaltenen Bibelstunden der Niederländer kam. Offenbar hat Herr Kooijman sich neben seinen persönlichen, überwiegend positiv erlebten Erfahrungen in der Predigergemeinde, einen kritischen Gesamtblick bewahren können.

Kooijman und seine Söhne sind mittlerweile verstorben. Durch seine Schwiegertochter Toos Kooijman und Frau Renate Schulz ist uns dankenswerterweise die Veröffentlichung der Briefe sowie eines Fotos (s. nebenstehend) erlaubt worden.

In den folgenden Ausführungen geht es zuerst um Zwangsarbeiter im „Reichseinsatz“ im Allgemeinen und die Zivilarbeiter<sup>1</sup> aus Holland in Deutschland bzw. in Erfurt im Besonderen. Anschließend werden die Beziehungen einer Gruppe Holländer zur Predigergemeinde beleuchtet. Dabei stehen die in den Briefen an Pfarrer Schulz geschilderten Erinnerungen Kooijmans im Mittelpunkt, die durch die biographischen Studien Henning Gloeges über seinen Vater Dr. Gerhard Gloege und dessen Wirken in Erfurt ergänzt bzw. abgerundet werden.



Gijsbert Kooijman (links) und sein Sohn Henk Olde Kooijman<sup>2</sup>

### Zwangsarbeiter in Deutschland von 1939 – 1945

Das nationalsozialistische Deutsche Reich konnte nur Krieg führen, wenn es die Ressourcen der eroberten Länder ausbeutete. Zu Beginn des Krieges gab es durch den Einzug und die Mobilmachung der Armee einen akuten Arbeitskräftemangel. Für die NS-Führung stand die Frage im Raum, ob entweder – wie im Ersten Weltkrieg – verstärkt Frauen als Arbeiterinnen eingesetzt oder aber Arbeitskräfte aus den eroberten Ländern rekrutiert werden sollten. Beides stand im Gegensatz zu eigenen ideologischen Anschauungen. So sahen die Nationalsozialisten den Platz der Frau in der Gesellschaft am heimischen Herd und in der Rolle der Gebärenden rassisch gesunder neuer Volksgenossen. Zwangsarbeiter anderer Völker galten – zumal aus dem Osten – als große Gefahr für die „Volksgesundheit“ der als anderen Rassen überlegen angesehenen Arier. Letzten Endes wurde dem ideologisch in ihren Augen gesehen kleineren Übel des Einsatzes von Zwangsarbeitern der Vorzug gegeben.

Die Zahl der ausländischen Zwangsarbeiter während des Krieges kann nur geschätzt werden. Die angenommene Anzahl schwankt zwischen ca. 9,5 Millionen (Ulrich 1991, S. 7) und über 13 Millionen Menschen (Knigge u.a., S. 180), die im Zuge des „Reichseinsatzes“ im Großdeutschen Reich gearbeitet haben. Im September 1944 waren ein Drittel aller in der deutschen Wirtschaft Beschäftigten entweder ausländische Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene oder KZ-Häftlinge. Von deren Arbeit profitierten nicht nur die Unternehmen, da die meisten Arbeitskräfte unterhalb ihrer Qualifizierung entlohnt wurden, sondern vor allem auch der deutsche Fiskus durch eine besondere Besteuerung. Trotz des Krieges verdoppelten sich die Lohnsteuereinnahmen

<sup>1</sup> Im Folgenden wird einheitlich der Terminus „Zwangsarbeiter“ verwendet. „Fremdarbeiter“ bzw. „Zivilarbeiter“ wurden in der NS-Zeit euphemistisch diejenigen ausländischen Arbeitskräfte bezeichnet, die bei Arbeitsantritt im Reichseinsatz keine Armeemilitärs waren, und dafür entweder freiwillig vermittelt oder aber zwangsweise verpflichtet oder gar deportiert wurden. Die Grenzen konnten – gerade auch bei den Holländern – fließend sein. Da diese spätestens seit Sommer 1943 unter restriktiven

Arbeitsbedingungen standen und eine Rückkehr bzw. Heimurlaub nicht mehr gestattet wurde, hat sich in der Literatur der Oberbegriff „Zwangsarbeiter“ durchgesetzt.

<sup>2</sup> Nach den Erinnerungen von Frau Renate Schulz entstand das Foto Mitte der 1980er Jahre in Erfurt.

von 1939 bis 1943. In ähnlicher Weise wurde die Sozialversicherung entlastet, obwohl die Zwangsarbeiter kaum Gegenleistungen erhielten.<sup>3</sup>

Das Durchschnittsalter der Zwangsarbeiter lag zwischen 20 und 24 Jahren; ein Drittel von ihnen waren Frauen. Nach der anfänglichen Rekrutierung in Polen wurden gezielt Arbeitskräfte aus verbündeten und besetzten Ländern in Nord-, West- und Südeuropa angeworben. Anfangs noch nach dem Prinzip der „Freiwilligkeit“ änderte sich dies spätestens mit der Ernennung des Thüringer Gauleiters Fritz Sauckel als „Generalbevollmächtigtem für den Arbeitseinsatz“ (GBA) im März 1942. Er sorgte zum einen für die brutale Rekrutierung von sowjetischen Zwangsarbeitern und zum anderen für stark zunehmenden Druck und Zwang bei den aus Nord- und Westeuropa kommenden Arbeitern. Im Deutschen Reich stieg die Zahl der Zwangsarbeiterlager so auf ca. 30.000 an (Herbert 1991, S. 12).

Die Lebensbedingungen der einzelnen Ausländergruppen unterlagen einer strikten und bis ins kleinste Detail ausdifferenzierten Hierarchie. Während die Arbeiter aus den verbündeten Staaten zwar auch in Lagern untergebracht wurden, jedoch ungefähr die gleichen Löhne und Lebensmittelrationen wie Deutsche in ähnlichen Stellungen erhielten und vergleichbaren Arbeitsbedingungen unterlagen, standen die Arbeiter aus den Ostgebieten auf der niedrigsten Stufe der Skala. Ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen unterschieden sich kaum von denen in den Konzentrationslagern, wo das Prinzip „Vernichtung durch Arbeit“ herrschte. Durch den von Joseph Goebbels propagierten „Totalen Krieg“ fehlten noch mehr deutsche Arbeitskräfte. Daher ging man seit Anfang 1944 dazu über, auch KZ-Häftlinge zur Zwangsarbeit heranzuziehen.

**Zwangsarbeiter aus Holland im Deutschen Reich**

Am 10. Mai 1940 überfiel das Deutsche Reich die neutralen Benelux-Staaten und Frankreich. Die Niederlande kapitulierten nach fünf Tagen und wurden seitdem als Reichskommissariat durch Arthur Seyß-Inquart verwaltet.

Seit Ende der 1930er Jahre hatten die Niederlande mit einer hohen Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Im Sommer 1940 gab es ca. 400.000 Arbeitslose. Hingegen wurden im Deutschen Reich dringend Arbeitskräfte gesucht. In dieser Situation hieß es, „wer nicht dorthin wollte, war offenkundig arbeits-scheu.“ (Spoerer 2001, S. 58) Für Freiwillige wurde einerseits von deutscher Seite offensiv durch Plakate und Anzeigen geworben, andererseits wurden durch die niederländische Verwaltung – unter dem starken Druck der Besatzungsmacht – nach und nach Zwangsmaßnahmen durchgesetzt. Die holländische Arbeitsverwaltung war besonders bemüht, deutschen Wünschen nach Arbeitskräften nachzukommen, um so den Schein der „Freiwilligkeit“ wahren zu können. Diese verzweifelten Maßnahmen der niederländischen

Behörden mündeten aber in Kollaboration mit der Besatzungsmacht.

Zu den Sanktionen gehörte zum Beispiel, dass derjenige seinen Anspruch auf Arbeitslosengeld verlor, der nicht freiwillig nach Deutschland ging. Ende Februar 1942 wurde eine Meldepflicht für niederländische Arbeitslose eingeführt, einen Monat später konnten die heimischen Arbeitsämter jene innerhalb Hollands dienstverpflichten. So wurde kontinuierlich der Druck auf die Arbeitslosen erhöht. Daran konnten die deutschen Behörden anknüpfen, indem sie ab März 1942 diese Dienstpflicht auf Deutschland ausweiteten. Ab April mussten niederländische Arbeitgeber einen bestimmten Prozentsatz ihrer Beschäftigten für den sogenannten „Reichseinsatz“ abgeben. Ein erster Transport „gesackelter“ Arbeiter – ein niederländischer zeitgenössischer Ausdruck – ging Mitte Juni 1942 ins Deutsche Reich. Kooijman berichtet, dass dafür Männer im Alter von 17 bis 40 Jahren infrage kamen und die Betriebe Nachricht erhielten, wie viele Arbeitskräfte im „Reichseinsatz“ benötigt wurden (Brief vom 29.9.1989, S. 1). Anfang 1943 kam es zu einer erneuten Verschärfung, indem holländische Betriebe geschlossen und die Beschäftigten aufgefordert wurden, nach Deutschland zu gehen. Im Februar gab es erste Razzien und anschließende Zwangsdeportationen. Zwei Monate später erging die Aufforderung an die rund 300.000 frei gelassenen holländischen Soldaten, sich für den „Reichseinsatz“ zu melden. Auf massive Streiks folgten harte Repressionsmaßnahmen. Trotzdem kam mit 11.000 Männern nur ein Bruchteil nach Deutschland. Nach diesem Fehlschlag erfolgte im Mai 1943 die Zwangserhebung der Jahrgänge 1922 – 1924. Im Herbst 1944, als Goebbels der neue Bevollmächtigte für den „totalen Kriegseinsatz“ wurde, kam es zu Zwangsverpflichtungen und Deportationen von vermutlich weiteren 140.000 Holländern ins Deutsche Reich, bis am 5. Mai 1945 die Niederlande endgültig befreit wurden.

Jahr	Holländische Zivilarbeiter
1940	99.600
1941	99.900
1942	162.800
1943	148.900
1944	20.000

*Nach Deutschland verschickte niederländische Arbeiter 1940 – 1944 (Quelle: Hirschfeld 1991, S. 181)*

Insgesamt arbeiteten während des Krieges ca. 450.000 bis 500.000 Niederländer im Deutschen Reich im „Reichseinsatz“, von denen 30.000 dabei umkamen. (Richter 2001, S. 10) Damit waren sie nach den Polen und Italienern die drittgrößte Gruppe ausländischer Arbeiter (Hirschfeld 1991, S. 174). Grob geschätzt waren die ersten 1940 ins Reich gekommenen 100.000 Arbeiter als Freiwillige mit gewissen

<sup>3</sup> Zusätzlich wurde der Unterhalt, der an die Familien daheim überwiesen wurde, als „Allgemeine Verwaltungseinnahme“ in Deutschland einbehalten und zu Lasten des jeweiligen

„Besatzungskostenhaushalts“ den Angehörigen in Landeswährung ausbezahlt. (Aly 2005, S. 181).

Einschränkungen gekommen. Seit März 1942 kam es verstärkt zu Zwangsrekrutierungen, so dass der Terminus „Zwangsarbeiter“ spätestens seit dieser Zeit auch für Holländer mit einigem Recht verwendet werden kann (ebd., S. 180).

Die Arbeitsbedingungen waren oft sehr hart, die Arbeitszeit betrug 60 Stunden pro Woche und mehr. Obwohl auf Facharbeiterstellen eingesetzt, wurde meist ein Lohn berechnet, der nur ungelerten deutschen Arbeitern entsprach. Davon wurden noch erhebliche Steuern und Sozialbeiträge sowie „Verpflegungs- und Unterkunfts-kosten“ einbehalten. Vor allem gegen Kriegsende wurde selbst dieser Lohn nicht mehr ausbezahlt. Urlaub wurde meist nicht gewährt, obwohl dies zuvor zugesagt wurde. Geldbußen und Strafen, selbst für geringe Vergehen, waren an der Tagesordnung (Richter 2001, S. 24ff.).

So kam es dazu, dass Unzufriedenheit, Auflehnung und auch „Arbeitsflucht“ unter den Holländern besonders verbreitet waren. Verglichen mit normaler Arbeitsemigration bzw. mit einheimischen Maßstäben in Bezug auf die Macht der Gewerkschaft und die ausgeprägte Sozialgesetzgebung wurden die Zustände in Deutschland als rechtlos, entwürdigend und unzumutbar empfunden (Herbert 1991, S. 16). Geschätzte 30% der in Deutschland tätigen Niederländer wurden „vertragsbrüchig“ bzw. zu „Kontraktbrechern“ (Hirschfeld 1991, S. 178) oder versuchten sich der Zwangsverpflichtung zu entziehen, wie bspw. Kooijman (s. unten, S. 28).

Nach dem Krieg standen die niederländischen Arbeitskräfte, die zwischen 1940 und 1945 im „Reichseinsatz“ gearbeitet hatten, zuhause unter Kollaborationsverdacht. Aus Angst vor Stigmatisierung redeten nach dem Krieg nicht viele über ihr Schicksal als Zwangsarbeiter im Deutschen Reich oder in den besetzten Gebieten. Das Thema wurde lange Zeit tabuisiert und verdrängt. Eine rechtliche oder gesellschaftliche Anerkennung als Opfergruppe blieb ihnen bis zur Mitte der 1980er Jahre weitgehend verwehrt.<sup>4</sup>

### Zwangsarbeiter in Erfurt

Am Ende des Dritten Reiches kam etwa jede dritte bis vierte Arbeitskraft aus dem Ausland. In Erfurt und Umgebung waren es im September 1944 etwa 28.000 Zwangsarbeiter (Schörle 2012, S. 22). Als die Arbeiter ankamen, wurden sie zunächst einer Röntgenuntersuchung, Entlausung und einer genauen medizinischen Untersuchung unterzogen, um ihre Arbeitskraft nach strapaziöser Reise wieder herzustellen bzw. zu erhalten.

Danach kamen die ausländischen Arbeitskräfte zunächst in ein provisorisches Aufnahmelager am Steinplatz. Wegen katastrophaler Zustände und Beschwerden der Anwohner

aufgrund der Angst vor Ansteckungen wurde im März 1942 begonnen, ein neues großes Durchgangslager in der Borsigstraße (heute Paul-Schäfer-Straße) zu bauen. Dort sollten bis zu 1.300 Arbeitskräfte aus Osteuropa unterkommen. Östlich davon entstand ein kleineres Lager für westeuropäische Arbeitskräfte. Hieran wird die zusätzliche Hierarchisierung der Arbeitskräfte nach ihrer rassischen Herkunft deutlich. Die Durchgangslager wurden vom Landesarbeitsamt Erfurt bzw. von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) verwaltet. Die Bewachung wurde einem privaten Wachdienst überlassen. Später kamen die Zwangsarbeiter in großen Barackenlagern der Industriebetriebe unter, wodurch sich die hygienischen und Verpflegungsverhältnisse meist nicht wesentlich besserten.

### Holländische Zwangsarbeiter und die Prediger-gemeinde

Nach Henning Gloeges Ausführungen kamen Anfang des Jahres 1944 einige holländische Zwangsarbeiter in Kontakt mit der Prediger-gemeinde. Vor Beginn eines Gottesdienstes sprach der junge Holländer Wim Wuis Pfarrer Gloege vor der Predigerkirche an. Er und einige seiner Bekannten hätten vor Kurzem erfahren, „daß in der Predigerkirche sonntags interessante Gottesdienste sind“ (Gloege o. J., S. 109).

Nach einem Brief von Kooijman an den Pfarrer der Predigerkirche Schulz (29.9.1989, S. 2) kam der Kontakt jedoch schon im Sommer 1943 zustande. Danach trat Frau Gloege in Gegenwart ihrer Kinder an die Gruppe heran und lud sie zum Mittagessen und Kennenlernen ins Pfarrhaus ein. Insgesamt fünf Holländer nahmen die Einladung gerne an. Es war in der Erinnerung Kooijmans der erste Kontakt zur Familie Gloege bzw. zur Prediger-gemeinde. Danach kamen immer mehr Holländer in den dortigen Gottesdienst.

Eines Tages fragte die Gruppe laut der Erinnerungen von Henning Gloege seinen Vater Pfarrer Gerhard Gloege, ob sie regelmäßig eine Bibelstunde in einem Raum der Prediger-gemeinde abhalten könnten. Der Pfarrer nahm dieses Anliegen mit in die Sitzung des GKR am 9. Februar 1944. Dieser stimmte unter den Bedingungen zu, dass es dafür eine polizeiliche Genehmigung gäbe und dass „die Bibelstunde deutsch und in Gegenwart eines Pfarrers erfolgt.“ (Protokollbuch der Prediger-gemeinde, S. 195).

Die Dienststelle der Erfurter Gestapo verbot die Abhaltung einer Bibelstunde in den Räumen der Prediger-gemeinde. „Hingegen [stünde] es dem Pfarrer frei, für die Bibelstunde einen Raum im Pfarrhause Predigerstr. 3 zur Verfügung zu stellen“ (ebd., S. 196).<sup>5</sup>

Laut Kooijman ging die Initiative jedoch von Gloege aus. Vielleicht ist die Idee auch im gemeinsamen Gespräch entstanden. Jedenfalls war die Sprachbarriere beim Gottesdienst vermutlich die Ursache für diese Überlegungen.

<sup>4</sup> Erst am 2. August 2000 wurde die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ von der deutschen Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft gegründet, um noch lebende ehemalige Zwangsarbeiter zu entschädigen (und hier auch nur die, die Zwangsarbeit unter haftähnlichen oder besonders schlechten Lebensbedingungen geleistet haben).

<sup>5</sup> Das niederländische „Comite Licht in het Oosten“ (s. unten, S. 29) forderte die niederländischen Zwangsarbeiter in Deutschland dazu auf, sich zu Gottesdiensten oder Bibelkreisen zusammen zu finden und gab für die Organisation (Beantragung beim jeweiligen GKR und der ortsansässigen Polizei etc.) Empfehlungen ab. (F. Dresselhuys [u.a.] (Hg.): *Nederland in den vreemde*, S. 22 u. 36)

Familie Gloege stellte für die Treffen der Holländer, die vermutlich bald nach dem positiven Votum des Gemeindegemeinderates vom 9. Februar 1944 begannen, ihr Wohnzimmer zur Verfügung. Gloege hatte zuvor das Plazet der Gestapo eingeholt. Das geschah, „weil eine der Kirchen in Holl.[and] die Verantwortung tragen wollte. Wenn wir etwas gegen den Staat getan hätten wird die Kirche geschlossen“ (Brief Kooijmans an Schulz vom 29.9.1989, S. 2). Diese Drohung der Gestapo zeigt deutlich, welches Risiko Gloege bewusst eingegangen ist. Laut einem Erlass Heinrich Himmlers als Chef der Deutschen Polizei über „die kirchliche Betreuung ausländischer Zivilarbeiter“ vom 30. Juni 1943 durften westliche „Zivilarbeiter zwar an kirchlichen Veranstaltungen und Gottesdiensten für Deutsche teilnehmen“. Hingegen waren „Sondergottesdienste und -andachten“, die „über die rein kirchliche Betätigung hinaus[gehen]“, verboten. Auch wurde von den deutschen Geistlichen sowie den Gemeindegliedern erwartet, dass „den ausländischen Arbeitern gegenüber die gebotene Zurückhaltung zu wahren ist“ (Richtlinien über die kirchliche Betreuung ausländischer Zivilarbeiter, S. 1). Daher ist zum einen vermutlich die Zurückhaltung des Großteils der Gemeinde gegenüber den Holländern zu verstehen, zum anderen der Mut Gloeges, der durch das Reichsredeverbot ohnehin schon im Visier der Gestapo stand, besonders hervorzuheben.

Bis zum Kriegsende traf sich die Gruppe 14-tägig jeweils am Mittwoch von 20:00 bis 21:30 Uhr zur Bibelstunde in der Predigerstraße 3, wo sie vor dem Abhören durch die Gestapo sicher war. Zur ersten Versammlung des am 9. Februar 1944 gestifteten kirchlichen Vereins erschienen ca. 10 Personen. Aus diesem Kreis wurden ein Vorsitzender (G. Kooijman), ein Sekretär (J. Voordouw), ein Verwalter der Kasse (J. Eigenbrood) und ein allgemeiner Vertreter (W. Wuijs) gewählt. Das während der insgesamt 43 Versammlungen eingesammelte Geld sollte bei der Heimkehr in die Niederlande dem Pfarrer zur Verfügung gestellt werden. Dies geschah auch kurz nach der Übergabe der Stadt an die Amerikaner am 12. April 1945, als die Gruppe der Holländer sich Ende April 1945 von Gloege verabschiedete: „Um drei kommen die Holländer und nehmen Abschied. Sie überreichen dem Pfarrer 300 RM als Dank für die Gewährung von Raum in diesen schweren Zeiten.“ (Gloege o. J., S. 152) Nach dem Bericht Kooijmans war das Geld für den Neubeginn „des Jugendwerks“ bestimmt (Brief Kooijmans vom 29.1.1990, S. 1). Ein halbes Jahr später schickte Pfarrer Gloege 50 Mark und eine Danksagung nach Holland.

Kooijman berichtet, dass es keine Probleme mit der Gestapo gegeben hatte. Nach ihm gestalteten sich die Treffen folgendermaßen: Einer aus der Gruppe hielt zunächst eine Bibellese und anschließend eine Auslegung. Daran schloss sich eine Diskussion in der Gruppe an. Nach den ersten Bibelstunden folgte laut Henning Gloege ein lebhaftes, in holländischer Sprache geführtes Gespräch:

*Es werden am Ende etwa fünfundzwanzig Landsleute, und es knistert in ihrer Runde, wenn sie den Raum erfüllen. Das merken Brigitte und Henning, wenn sie über den Flur müssen. Sie reden sehr eindringlich, vielfältig und persönlich. Man merkt es auch ohne Holländisch-Kenntnisse, daß es um wichtige Themen geht. Am Schluß haben*

*sie rote Köpfe, und es raucht von Gedanken und vom Schweiß. Man muß die Fenster aufmachen (Gloege o. J., S. 109).*

Aber auch über Gottesdienstbesuche und die Bibelstunden hinaus gab es Begegnungen der holländischen Zwangsarbeiter mit der Familie Gloege. So hielt der Predigerpfarrer vor der Gruppe an kirchlichen Feiertagen wie Ostermontag und Himmelfahrt einige Vorträge, u.a. über Persönlichkeiten wie Friedrich von Bodelschwingh d. Ä. und Nikolaus von Zinzendorf. Auch Weihnachtsfeiern wurden von Gloege organisiert und durchgeführt. Eine fand am 25. Dezember 1944 nachmittags um 16:30 Uhr in Anwesenheit der Familie Gloege statt. Dabei gab es von Frau Gloege gebackenen Kuchen – eine Kostbarkeit für die Zwangsarbeiter, die ihnen sonst vorenthalten wurde. Nach Henning Gloege war der Ablauf Folgender:

*Er [Pfarrer Gloege, Anm. S.N.] spricht auf Deutsch eine kleine Andacht über den Geburtstag Jesu. Dann liest er ihnen etwas vor, das sie besser verstehen mögen: Fritz Reuter, den Pottdeutsch-Schriftsteller ‚De Äwerrschung‘. Es ist eine lustige Geschichte, keine tiefsinnige, weil er sie erheitern will in ihrem Kummer fern der Heimat. Dann hört er auch ihren Lesungen zu, den Gesprächen und Gebeten in ihrer eigenen Sprache (ebd., S. 145).*

Während der Kontakt zu Familie Gloege durchaus eng war, gab es kaum Berührungspunkte zu weiteren Mitgliedern der Predigergemeinde. Kooijman berichtet, dass einige die regelmäßigen Gottesdienstbesucher zwar grüßten, es aber darüber kaum hinausging. Dafür hatte Kooijman durchaus Verständnis: „Es wa[r] Krieg, [es gab] Leid um Gefallene, Angst und Mangel [...] und außerdem [...] waren [wir] Feinde des Dritte[n] Reiches.“ (Brief Kooijmans an Schulz vom 10.11.1989, S. 1).

Die holländische Gruppe gab Familie Gloege für deren Gastfreundschaft gern etwas zurück. So verabredeten sich einige aus der Gruppe „nach einem Angriff zu sehen, wie es in der Predigerstraße war.“ (Ebd.) Nach einem Luftangriff, bei dem das Predigerkloster mehrere Schäden am Dach und an der Stromleitung erlitten hatte, bat Gloege im Gottesdienst die Gemeinde bei der Beseitigung der Trümmer um Mithilfe. Während aus der Gemeinde nur zwei Frauen erschienen, kamen fünf Holländer zum Helfen, darunter auch Kooijman. Er reparierte die Stromleitung mithilfe von Elektrodraht, den er aus der Materialkammer des Postamtes entwendet hatte.

### **Gijsbert Kooijman in Erfurt**

Ende des Jahres 1942 sollte Kooijman nach Düsseldorf zum „Reichseinsatz“ gehen. Dieser Aufforderung verweigerte er sich erfolgreich. Im Dezember desselben Jahres wurde er aufgefordert, nach Berlin zu gehen. Daraufhin meldete Kooijman sich krank – wie viele andere Zwangsverpflichtete auch. Anschließend wurde ihm und seiner Familie mit ernsthaften Konsequenzen gedroht. So fügte er sich schließlich und kam am 17. Januar 1943 in Erfurt am Hauptbahnhof an. Da Kooijman in seiner Heimat bei der Post gearbeitet hatte, stellte man ihn in Erfurt bei der Reichspost an. Kriegsbedingt wurden auf Anfrage durch die deutschen Reichspostdirektionen tausende Arbeiter des niederländischen Postunternehmens TPP seit August 1942 zwangsweise und in

steigender Zahl ins Reichsgebiet „abgeordnet“. Kooijmans Arbeitsstelle befand sich im Postamt 3, direkt am Bahnhof. In der dortigen Batteriestelle war er sowohl für die Auswechslung der Lichtbatterien bei ankommenden Postzügen, als auch für die Kontrolle der elektrischen Anlagen allgemein zuständig. Untergebracht wurde er (und vermutlich auch die anderen der Gruppe) in einem Lager neben dem heutigen „Waldkasino“ im ehemaligen Restaurant „Schöne Aussicht“. Die Verpflegung erfolgte im Lager, Lebensmittelkarten gab es nicht.

Hinsichtlich der Arbeit berichtet er von erträglichen Bedingungen innerhalb einer 48-Stunden-Woche. Mit anderen Erfurtern kamen die Holländer laut Kooijman kaum in Kontakt, mit den deutschen Arbeitskollegen schon. Für diese kamen sie aus einem „steinreiche[n] Land mit eine[r] dumme[n] Königin, d[ie] nach England ausgerissen war. Und wenn wir sa[g]ten das[s] sonst Rudolf Hess so allein war, gabs Krach.“ (Brief Kooijmans an Schulz vom 29.9.1989, S. 1). Diese Anekdote zeigt, dass sich die Holländer in einem feindlichen Umfeld zu behaupten wussten, und nicht duckmäuserisch agierten sowie auch nicht um Antworten verlegen waren.

Weiterhin berichtet Kooijman Folgendes aus dem Arbeitsalltag:

*Meistens bei [der] Arbeit wird geschimpft über unsere Faulheit. [...] Wir [heißen] Kommunisten, England-Freunde usw. Von unsre[r] Gruppe sind zwei Leute einige Tage verhaftet gewesen, eine[r] zwei, [der] andere fünf Tage. (Brief Kooijmans an Schulz vom 10.11.1989, S. 2).*

Die Hilfe aus der Heimat war begrenzt – einen regen Schriftwechsel gab es aus Angst vor den Folgen kaum. Nur ein kirchlicher Verein aus Holland machte laut Kooijman eine Ausnahme. Jeden Monat schickte er an die Kirchenmitglieder unter den Zwangsarbeitern eine kleine Schrift mit dem Titel „Nederland in den Vreemde“. Bei dem kirchlichen Verein handelte es sich um den Missionsbund „Licht in het Oosten“ („Licht im Osten“).<sup>6</sup>



Ausschnitt des Titelblatts der Nr. 1 des 2. Jahrgangs der ins Ausland verschickten Zeitung „Nederland in den Vreemde“

Darin fanden sich eine „kurze Predigt, Lieder und einzelne Kirchliche Nachrichten“ (Brief Kooijmans an Schulz vom 29.9.1989, S. 2); ein kleines Zeichen aus der Heimat – eines

der religiösen Verbundenheit. Am 22. Juli 1944 wurde diese Schrift auf Befehl des Generalkommissars für das Sicherheitswesen der besetzten Niederlande verboten (s. unten Anhang, S. 31), was konkret das Ende der Arbeit des interkonfessionellen Komitees für die niederländischen Zwangsarbeiter in Deutschland bedeutete. Nach dem Krieg gab die Organisation „Licht in het Oosten“ eine Schrift mit Namen von Zwangsarbeitern und über Gruppen, die sich mit Hilfe von deutschen Pfarrern und Kirchengemeinden getroffen hatten, heraus (Nederland in den Vreemde 1947).

### Nach dem Krieg

Nach der Eroberung Erfurts durch die Amerikaner wurden die Holländer in die Gneisenau-Kaserne gebracht. Die dort gesammelten Lebensmittel brachten sie zu Pfarrer Gloege. Am letzten Sonntag ihres zwangsweisen Arbeitseinsatzes in Erfurt – dem Sonntag Kantate am 29. April 1945 – war die gesamte Gruppe der Holländer in der Kirche. Hier nahm Gloege offiziell Abschied und sagte: „[...] die Holländer [...] waren ein Beispiel [für] treuen Kirchenbesuch. Die waren immer da.“ (Brief Kooijmans vom 29.1.1990, S. 1) Zum Abschluss wurde „Nun danket alle Gott“ gesungen. Ebenfalls anwesend waren drei Amerikaner – ein Lutheraner, ein Reformierter und ein Anglikaner. Es war also ein ökumenischer Gesang, der in der Predigerkirche erklang. Der Kontakt zu Gloege blieb weiterhin erhalten.

Nach Kooijman sind alle Mitglieder der Gruppe wieder in die Niederlande zurückgekehrt. Dort blieben sie über viele Jahre in Kontakt miteinander, bis einige emigriert sind. Kooijman selbst besuchte Erfurt 40 Jahre nach Kriegsende zusammen mit seinem Sohn wieder. Als er in der Predigerkirche war, bat er den damaligen Organisten Johannes Schäfer, für ihn „Nun danket alle Gott“ zu spielen – jenes Lied, welches er an gleicher Stelle zusammen mit seinen Landsleuten damals gesungen hatte. Bei diesem Aufenthalt knüpfte er Kontakt zum damaligen Pfarrer Schulz, dem er in einem Briefwechsel seinen Aufenthalt in Erfurt im Zuge des „Reichseinsatzes“ eingehend schilderte. Ein Teil davon ist im Nachlass von Pfarrer Schulz erhalten geblieben.

### Zusammenfassung

Wie in anderen größeren deutschen Städten auch, gab es zwischen 1939 und 1945 in Erfurt tausende Zwangsarbeiter aus den eroberten Ländern Europas, die als günstige Arbeitskräfte die deutschen Soldaten ersetzten. Die überwiegend zwangsrekrutierten Arbeiter wurden in großen Lagern außerhalb der Innenstadt unter größtenteils unmenschlichen Bedingungen untergebracht, vor allem, wenn sie aus Polen oder aus der Sowjetunion kamen.

Zu den besser gestellten Zwangsarbeitern aus Nord- und Mitteleuropa gehörten auch die holländischen Arbeiter. Während die meisten Zwangsarbeiter – gewollt oder

<sup>6</sup> Kooijman verwechselte in einem Brief anscheinend die Organisation „Licht in het Oosten“ mit der von dieser ins Ausland verschickten Publikation „Nederland in den Vreemde“ (Brief vom 29.9.1989, S. 2). Die Auflage lag zwischen 8.000 (offiziell) und 12.000 (inoffiziell) Exemplaren. (Nederland in den vreemde, S. 44)

Der Missionsbund „Licht in het Oosten“ wurde 1920 in den Niederlanden gegründet. Am 3. August 1942 beschloss dieser, aufgrund der vielen im Ausland – v.a. in Deutschland – arbeitenden Niederländer etwas für deren geistliche Betreuung durch die Versendung von geistlicher Literatur (u.a. Bücher, Zeitschriften, Predigten, Einzelrundschreiben) zu tun. (Ebd., S. 16f.)

ungewollt – außerhalb ihrer Arbeitstätigkeit kaum in Kontakt mit der Erfurter Bevölkerung kamen, war dies bei einer Gruppe junger Holländer anders, die einen engeren Kontakt zur Predigergemeinde aufbauten. Sie besuchten dort regelmäßig Gottesdienste und halfen beim Aufräumen nach alliierten Bombenangriffen. Während sich die Mitglieder der Predigergemeinde nach Aussage von Kooijman spürbar zurückhielten wurde ein persönlicher Kontakt der Gruppierung zur Familie Gloege aufgebaut.

Pfarrer Gloege kümmerte sich um die jungen Holländer, die fernab ihrer Heimat arbeiten mussten und kaum Verbindung zu ihren Familien hatten. Für ihn standen nicht die Menschen aus einem fremden, feindlichen Land, sondern die Holländer als Christenmenschen im Vordergrund. Er setzte sich bei der Gestapo dafür ein, dass sich die Gruppe

regelmäßig bei ihm im Pfarrhaus treffen und austauschen konnte. Bei diesen Treffen wurden die strengen Vorgaben unterlaufen, dass Gloege anwesend sein und die Unterredung in deutscher Sprache geführt werden sollte. Wären diese Treffen über eine reine Bibelstunde hinausgegangen – bspw. durch den Aufbau einer Widerstandsgruppe oder Fluchtvorbereitung – hätte das nicht nur für Gloege, sondern für die gesamte Predigergemeinde ernste Konsequenzen haben können. Dass der Predigerpfarrer dies wissentlich in Kauf nahm, zeigt nicht nur sein Vertrauen in die fremdländischen Arbeiter, sondern auch seine – der nationalsozialistischen Ideologie zuwiderlaufende – Haltung der christlichen Nächstenliebe, die nicht nach der Herkunft, sondern nach dem Mitgeschöpf bzw. nach dem Ebenbild Gottes fragt.

### Literatur und Quellen

Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt/K. 2005.

Briefe von Gijsbert Kooijman an Jochen Schulz vom 29.9.1989, 10.11.1989 und 29.1.1990.

Dresselhuis, F. [u.a.] (Hg.): Nederland in den Vreemde over geestelijke verzorging van buitenlandsch tewerkgestelden in oorlogstijd (inzonderheid, zooals die werd verricht door het Ned. Comité "Licht in 't Oosten". Groningen 1947.

Gloege, Henning: Nach Thüringen. In: Biografie Gerhard Gloege. Typoskript (elektronisch). 351 Seiten.

Hirschfeld, Gerhard: Die niederländischen Behörden und der „Reichseinsatz“. In: Herbert, Ulrich (Hg.): Europa und der „Reichseinsatz“, S. 172 – 183.

Herbert, Ulrich (Hg.): Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938 – 1945 (Einleitung). Essen 1991, S. 7 – 25.

Knigge, Volkhard u. a.: Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg. Weimar 2010.

Kuck, Christian: Niederländische Zwangsarbeiter in der NS-Kriegswirtschaft. In: <https://www.uni-muenster.de/>

NiederlandeNet/nl-wissen/geschichte/vertiefung/zwangsarbeit/index.html.

Moczarski, Norbert: Zwangsarbeit in Thüringen 1940-1945, Quellen zur Geschichte Thüringens. Erfurt 2003.

Protokollbuch des Gemeindegemeinderates 1926 – 1955. Archiv der Predigergemeinde.

Richter, Gunnar: Niederländische Zwangsarbeiter während des 2. Weltkrieges in Kassel, Kassel 2001.

Richtlinien über die kirchliche Betreuung ausländischer Zivilarbeiter aus dem Erlaß des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 30. Juni 1943 S-IV D-505/42 g-451 (ausl. Arb.). In: Archiv des Evangelischen Kirchenkreises Erfurt. Flüchtlingsbetreuung ab 1943 – 1948 (Karton 51).

Schörle, Eckart: Der Zwangsarbeitereinsatz in Erfurt und das Durchgangslager Borsigstraße. In: Stadt und Geschichte. Heft 3, 2012, S. 22 – 24.

Spoerer, Mark: Zwangsarbeiter unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939 – 1945. Stuttgart u. München 2001.





DER REICHSKOMMISSAR  
FÜR DIE BESETZTEN NIEDERLÄNDISCHEN GEBIETE  
DER GENERALKOMMISSAR  
FÜR DAS SICHERHEITSWESEN

DEN HAAG. den 22. Juli 1944

- Bds. - IV B 2 - 13590/43 -

### V e r f ü g u n g

Gemäss § 14 der Ordnungsschutzverordnung 1943 wird mit sofortiger Wirkung die Herstellung und die Verbreitung des Monatsblattes "Nederland in den Vreemde", herausgegeben vom niederländischen Komitee "Licht im Osten" verboten.

Ebenso wird mit sofortiger Wirkung die Herstellung und Verbreitung anderer Schriften, Rundschreiben oder sonstiger Druckwerke, die als Ersatz für das Monatsblatt "Nederland in den Vreemde" angesehen werden können, verboten.

Die bereits hergestellten Exemplare der Monatsschrift "Nederland in den Vreemde" sowie sämtliche von den niederl. Komitee "Licht im Osten" zum Versand an im Arbeitseinsatz befindliche Niederländer bereitliegenden Schriften und Rundschreiben werden beschlagnahmt. Ebenso werden beschlagnahmt die für die genannte Zeitschrift bereitliegenden Manuskripte und die Versandkartei.

Das Monatsblatt "Uw Koninkrijk komme" wird von dem Herstellungsverbot nicht berührt, jedoch seine Verbreitung auf die Niederlande beschränkt.

Zu widerhandlungen gegen diese Verfügung werden gemäss § 14, Abs. 2, der Ordnungsschutzverordnung 1943 bestraft. Sicherheitspolizeiliche Massnahmen bleiben vorbehalten.

In Vertretung:

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD:



*J. Künzler*  
4-Brigadeführer  
u. Generalmajor der Polizei.

An  
Herrn Pfarrer F. D r e s s e l h u i s,  
O l d e b o o r n

### III ZEUGNISSE AUS DEM SCHRIFTTUM DER PREDIGERGEMEINDE

#### Thematische Auswertung der Gemeindeblätter von 1933 bis zum Ende ihres Erscheinens 1937

Gerhard Wien

Das „Prediger-Gemeinde-Blatt“ wurde gemeinsam von der Prediger- und Barfüßergemeinde herausgegeben. Als verantwortlich wird genannt: Pf. Ritzhaupt (Pfarrer von Barfüßer und „im Nebenamt ‚Schriftleiter‘ unseres Gemeindeblattes und Dichter“). Das Blatt wurde im November 1937 von den Nationalsozialisten verboten.

Die Zählung der Gemeindeblätter beginnt jeweils im Oktober eines Jahres mit der Nr. 1. Sie enthalten eine geistliche Besinnung oder eine Bibeltextexegese von Pfarrer Ritzhaupt oder Pfarrer Kletschke, darüber hinaus Beiträge, in denen Anfechtung und Abwehr in der Auseinandersetzung mit Glaubensströmungen zum Ausdruck kommen, die vom völkisch-rassistischen und nationalistischen Zeitgeist durchdrungen sind.

Außerdem enthalten die Gemeindeblätter mehrfach Beiträge zur christlichen Ethik und zur christlich-sozialen Verantwortung aus der Zeitschrift „Geist und Arbeit“. Häufig finden sich noch Beiträge mit Empfehlungen zur Kindererziehung und zur Gemeindeinformation.

Die Gemeindeblätter spiegeln wider, dass es gesellschaftlich bedingte Veränderungen in der evangelischen Volkskirche gibt, aber nicht, dass die nationalsozialistische Herrschaft als Diktatur alle Lebensbereiche durchdringt.

Wenn wir die Beiträge der Gemeindeblätter heute kritisch bewerten, sei auf folgende Bestimmungen hingewiesen: Der Reichsminister Wilhelm Frick hatte am 9. Juli 1934 („betrifft: evangelischer Kirchenstreit“) „bis auf weiteres ausnahmslos alle den evangelischen Kirchenstreit betreffenden Auseinandersetzungen in öffentlichen Versammlungen, in der Presse, in Flugblättern und Flugschriften“ verboten. In gleicher Absicht hatte am 9. Dezember 1934 der preußische Ministerpräsident Göring erlassen, „daß sämtliche öffentliche Veranstaltungen und Kundgebungen kirchlich-konfessionellen Charakters außerhalb der Kirchen verboten sind“.

Bei unserer kritischen Betrachtung der Gemeindeblätter (GB) fragen wir:

#### Wie dokumentieren die Gemeindeblätter den national-protestantischen Glauben?

*Es ist Gottes Geschenk, daß wir aus deutscher Art und Geschichte erwachsen und zum deutschen Volk gehören. Das ist nicht zufällig. Volk ist kein regelloser Haufe, sondern Ordnung und Wille. Und es ist unser Volk, uns verbunden durch gemeinsames Blut und Schicksal. (GB März 1933)*

Unstrittig ist dies eine Definition im national-protestantischen und im nationalsozialistischen völkischen Verständnis aus der Feder Pfarrer Ritzhaupts. Der Schriftleiter der Gemeindeblätter überhöht in einem anderen Beitrag auf seine Weise deutsche Wesensart: Das deutsche Volk sei arbeitswillig wie kein anderes und sei ein Volk, „das die Arbeit ehrt, aber nicht arbeiten darf, wie es will, wie es

kann“ (GB Mai 1933). Unter der Überschrift „Arbeit und Vaterland“ gibt er deutschem Arbeitsethos eine geradezu patriotische Grundierung. Diese finden wir auch in übernommenen Beiträgen der Gemeindeblätter, in denen es um die Würdigung des Soldatischen geht (u. a. GB Februar 1936 und GB November 1936). So sehr sich „germanische Männlichkeit und christliche Demut“ in ihrer falschen Darstellung gegenseitig ausschlossen, so „eng gehören sie in ihrer Wirklichkeit zusammen, ja, bedürfen einander. Die germanische Männlichkeit ist eine zwar gottgewollte, aber natürliche Charakteranlage und hat als solche wie alles Natürliche seine Fehler und Schattenseiten. Darum bedarf sie, wie alles Natürliche, der Erlösung und Heiligung durch Christus. [...] Und wahrlich, der deutsche Soldat von 1914 bis 1918 hat Taten vollbracht, die ihre letzte Erklärung nur in der innersten Verbindung von deutscher Männlichkeit und christlicher Demut finden, die von Luther her über König Friedrich Wilhelm und Friedrich den Großen im deutschen Volk seit Jahrhunderten gepflegt wurde.“



Gemeindeblatt Februar 1935

Auch in anderen Beiträgen der Gemeindeblätter wird Bezug auf vermeintlich nationalprotestantische Wesenszüge genommen. Da wird z. B. beklagt, dass die Kirchenfahne – violett-lateinisches Kreuz auf weißem Grund – nach staatlicher Anordnung nicht mehr gezeigt werden dürfe, wo sie doch gerade erst mit ihrem Wehen das Gefühl „evangelischer Heimat“ vermittelt habe. Heute wissen wir um den

Hintergrund der damaligen Emotion. Denn die Kirchenfahne war mit Beginn der Weimarer Republik 1919 eingeführt worden und offiziell 1926 zur Kirchenfahne erklärt worden, um nicht die schwarz-rot-goldene Fahne hissen zu müssen, die in der Deutschen Evangelischen Kirche als Sinnbild der von ihr gehassten Weimarer Republik gewertet wurde.

### **Wie dokumentieren die Gemeindeblätter die Verteidigung des bekennnistreuen Glaubens gegen die Deutschen Christen sowie gegen die Deutsche Glaubensbewegung der Gottgläubigen?**

*Heute müßte man einen Mann in Deutschland begrüßen, der das Allerselbstverständlichste sagte, nämlich, die evangelische Kirche ist die Kirche Christi und der Reformatoren, aber nicht die der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. [...] Für jedes kirchliche Empfinden ist es unerträgliches Schauspiel, daß das evangelische Kirchenvolk auch weiterhin verwirrt werden soll! (GB Juli 1933)*

Eine derartig klare Grenzziehung aus der evangelischen Kirche gegen die NSDAP finden wir in den Gemeindeblättern kaum ein zweites Mal, dennoch befindet sich Ritzhaupt an anderen Stellen in den Gemeindeblättern im Irrtum, der Reichskanzler Hitler meine es ehrlich mit seinen gegenwärtigen Wertschätzungen der evangelischen Kirche.

Mehrfach finden wir in den Gemeindeblättern eindeutige Stellungnahmen gegen radikale deutschchristliche Glaubensäußerungen, zumal gegen „Gottesfeiern“, mit denen die traditionellen Gottesdienste ersetzt werden sollten. Das geschieht, wenn sich der Gemeindepfarrer Kletschke kritisch mit dem Begriff „gottgläubig“ auseinandersetzt (GB März 1937), wenn er derartig Glaubenden nachweist, dass sie sich nicht auf Gott in Christus gründen und damit nicht auf Gottes vergebende Gnade und grundlose Barmherzigkeit vertrauen. Er kennzeichnet sie als Menschen, die einem Irrglauben anhängen. Da sie Gott unabhängig von Jesus Christus suchten, „müssten sie als Nichtchristen gelten“. Ihre Gottesvorstellung entlarvt er als den Glauben „an ein übergeordnetes waltendes Wesen oder die Vorsehung im Sinne eines waltenden Schicksals“.

An anderer Stelle distanzieren sich die Gemeindeblätter durch einen Gastbeitrag (GB April 1936) vom Charakter und der praktischen Gestaltung der „Feierstunden“, mit denen die Deutschen Christen den traditionellen Gottesdienst ersetzen wollten. Erfurter Christen hatten möglicherweise eine Ahnung vom Ablauf solcher „Feierstunden“, denn in der evangelischen Kirchengemeinde Gispersleben wurden sie abgehalten (vgl. Tafel 10 der Ausstellung „Haken am Kreuz?“ des Kirchenkreises Erfurt). Bei solcher Kritik der „Feierstunden“ wird dem Prediger-Gemeindemitglied sein Selbstverständnis von gottesdienstlicher Feier bewusst gemacht, in der alle Gläubigen vom Verständnis und der Wirkmächtigkeit des Evangeliums getragen werden. Hier gehe es eben nicht um ein „Sich-Tragenlassen von einem Gefühlsstrom“, sondern um die Verkündigung dessen, der als Herr seiner Gemeinde in und mit ihr leben wolle.

An anderer Stelle (GB Oktober 1936) warnen die Herausgeber in Bekenntnistreue vor der besonderen Gefahr, die für die eigene Gemeindejugend von der Deutschen Glaubensbewegung ausgehe. Die größte Gefahr, die aus

einer solchen Krisenreligion erwachse, „sei die, daß suchende junge Kräfte, abgestoßen durch die innere Hohlheit derartiger Gebilde, entweder völlig verzweifeln oder resigniert ihren Weg zurück in die alten Religionsgliederungen suchen“. Nachdenklich macht es allerdings, wenn es im anschließenden Satz des übernommenen Beitrages heißt: „Die Aufgabe der christlichen Jugend unseres Volkes, so sagt der Verfasser, `sei es, ihr Christentum in seiner konfessionellen Form mit dem neuen Rhythmus der jungen Nation in Einklang zu bringen‘.“ Hier zeigt sich wie auch an vielen anderen Stellen der Gemeindeblätter, dass zwar die Deutsche Glaubensbewegung entschieden abgelehnt wird, dass dies aber keine konsequente Ablehnung der nationalsozialistischen Bewegung bedeutet.

Wir dürfen die in den Gemeindeblättern sporadisch enthaltenen Auseinandersetzungen mit Deutschen Christen oder Gottgläubigen auch als Anzeichen dafür verstehen, dass es in der eigenen Gemeinde ein größeres Maß an Verunsicherung gegenüber den unterschiedlichen Glaubensströmungen der Zeit gegeben haben mag. Dafür spricht auch eine dringende Ermahnung der Herausgeber im Gemeindeblatt September 1937, bei behördlichen Eintragungen wie bei polizeilichen An- und Abmeldungen, sich unbedingt „evangelisch, evangelisch-lutherisch oder evangelisch-reformiert einzutragen“. Denn mit einer Eintragung „gottgläubig“ sei eine Lossagung vom christlichen Glauben und von der christlichen Kirche gemeint.

### **Wie dokumentieren die Gemeindeblätter die Ambivalenz zwischen Kritik und Anpassung an staatliche Religionspolitik?**

*In der nationalen Erhebung hat in unserem Vaterlande in einzigartiger Weise der Staat den Weg zum deutschen Volke und das deutsche Volk wieder den Weg zum Staat gefunden. [...] Der neue Staat will die Kirche. Nicht um an ihr ein gefügiges Werkzeug zu haben, sondern weil er weiß, wo eines Volkes Fundamente liegen. [...] Den deutschen Kirchen eine Gestalt zu geben, die sie fähig macht, dem deutschen Volk den Dienst zu tun, der ihnen durch das Evangelium von Jesus Christus gerade für ihr Volk aufgetragen ist, das ist das Ziel der Glaubensbewegung `Deutsche Christen‘.*

Zu diesen im Gemeindeblatt Juni 1933 abgedruckten Richtlinien, mit denen die Deutschen Christen ihren eigenen Anspruch formulieren, geben die Herausgeber keine persönliche Stellungnahme ab, wohl aber die aktuelle der Vereinigten Lutherischen Kirchen:

*Die Vereinigten Lutherischen Kirchen wissen sich verpflichtet, unserem Volk die Botschaft der lutherischen Reformation zu sagen: Gott ist es, der Volkstum und Obrigkeit geordnet hat; Gott ist es, der mit seinem Gericht und seiner Gnade zur Vergebung der Sünden und damit allein zu wahrer Freiheit führt; Gott ist es, der in seiner Gemeinde wahre Gemeinschaft und Zucht verwirklicht. Das werdende deutsche Reich kann diese lutherische Botschaft nicht entbehren, wenn es seine Sendung erfüllen will. Deshalb fordern wir: Daß in der werdenden Deutschen Evangelischen Kirche der Glaube Luthers und das Bekenntnis der Väter freien Raum erhalten und zu voller Wirkung*

*kommen; daß diese Kirche unter die Führung eines Reichsbischofes lutherischen Bekenntnisses gestellt wird; daß sie nach ihren eigenen Gesetzen gestaltet und dabei alles ihrer Art Fremde, an vergangene parlamentarische Formen Erinnernde ausgeschaltet wird.*

Dieses Werturteil markiert also offenbar auch das der Herausgeber der Gemeindeblätter.

Im Gemeindeblatt vom August 1933 finden wir begeisterte Zustimmung zur gerade beschlossenen Struktur der Evangelischen Kirche:

*Das Werk [...] ist beendet. Der Verfassungsbau der Deutschen Evangelischen Kirche ist aufgerichtet. [...] Die Kirche hat vielmehr vom Staat die Möglichkeit bekommen, sich selbständig ihre künftige Gestalt zu geben. [...] aber wir dürfen zugleich auch von ganzem Herzen dankbar sein, daß mit der Verfassung der einigen evangelischen Kirche ein lang ersehntes Ziel verwirklicht worden ist. [...] Einen besonderen Arierparagraphen enthält die Verfassung nicht. Die Gemeinschaft der Kirche soll nicht an die Rasse, sondern allein an den Glauben und an das Bekenntnis gebunden sein. Dagegen soll in der Auslese der kirchlichen Führer die Rassezugehörigkeit bestimmend sein.*

Bei allem Verständnis dafür, dass die per Verfassungsänderung beschlossene neue Struktur der Evangelischen Kirche in Deutschland ein Erscheinungsbild der Geschlossenheit gibt, zeigt sich hier doch blindes Vertrauen in den NS-Staat, als sei dem an einem vollendeten Werk in Staatsunabhängigkeit gelegen. Der Arierparagraph ist zu dieser Zeit bereits mit seiner Anwendung auf die „kirchlichen Führer“ im Umsetzungsprozess begriffen.

Wie die Evangelische Kirche in Deutschland überhaupt, so erklärt sich auch die Predigergemeinde bereit zur besonderen Hilfeleistung für notleidende und bedürftige Mitmenschen – dies auch mit einer Hilfeleistung über das „Winterhilfswerk“, das vom Führer Adolf Hitler als sein persönliches Anliegen ausdrücklich unterstützt wird. Da hebt das Vertrauen in die korrekte Zuführung der Spenden aus den Werken der Inneren Mission und den evangelischen Kirchengemeinden eine Distanz zu einem NS-Werk auf.

*Der Führer hat zum Winterhilfswerk des deutschen Volkes 1937/38 aufgerufen. Das ganze deutsche Volk steht zusammen, um in diesem Hilfswerk seinen Bedürftigen und Notleidenden zu helfen. Die Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche stellt sich in unverbrüchlicher Treue zum Führer in die Reihe der Helfer und wird freudig in ihren Anstalten und Einrichtungen mit allen Kräften auch diesem Winterhilfswerk dienen. (GB November 1937)*

Wenn hier mit der Aufforderung zur Spendenbereitschaft von der „unverbrüchlichen Treue zum Führer“ gesprochen wird, so ist das auch wieder als zeitgemäß formelhafte Wendung zu verstehen.

### **Wie dokumentieren die Gemeindeblätter die gegenwärtige Furcht evangelischer Christen vor politischer Macht in Händen sozialistischer und kommunistischer Politiker?**

Ab Januar 1932 werden die Leser der Gemeindeblätter über die Ursachen solcher Furcht informiert, zuerst über die

Sprengung der Moskauer Erlöserkirche. Sie sei „von den Bolschewisten mit unglaublicher Rohheit in die Luft gesprengt worden“. Von den weiteren Meldungen, die die wachsende Gefahr des Bolschewismus bewusst machen wollen, greifen wir hier nur noch heraus: die Verfolgung der russisch-orthodoxen Priester in der Sowjetunion, die weitere Ausdehnung „der Gottlosenbewegung“ über Europa hinaus durch die Verbindung von sowjetischen zu spanischen Kommunisten (GB Oktober 1936), das Schicksal der 2 Millionen Deutschen, die auf dem Gebiet der Sowjetunion gewohnt haben und von denen nach amtlicher Mitteilung nur noch 1,33 Millionen am Leben seien, sowie die Bestrafung von 150 000 Deutschen, die „Strafen in einem KZ oder bei Kanalbauarbeiten verbüßten“ (GB August 1936).

### **Wie dokumentieren die Gemeindeblätter die Begründung für das Verbot ihres weiteren Erscheinens?**

Der Schriftleiter der Gemeindeblätter, Pfarrer Ritzhaupt, schreibt im Oktober 1937 den Beitrag „Ernte und Wirtschaft“. In einem weiteren Beitrag werden unter der Überschrift „Vergib uns unsere Schuld“ Zitate von Persönlichkeiten der jüngeren deutschen Geschichte abgedruckt.

Ritzhaupts Beitrag enthält eine ausführlich begründete Wertschätzung des Bauernstandes, der zunehmend unter staatlichen Reglementierungen zu leiden habe. Frommer Christ und Kaufmann seien zusammenzudenken. Es stimme etwas nicht in der globalen wie in der nationalsozialistischen Wirtschaftsordnung. Der Grundsatz des NS-Staates „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ werde nicht realisiert. Volksgemeinschaft und Christengemeinschaft hätten das Wirtschaftsleben erst noch gerecht zu machen.

Damit stellt sich Ritzhaupt nicht nur an die Seite des traditionell schaffenden und produzierenden Bauernstandes, sondern er verteidigt ihn auch gegen existenzbedrohende wirtschaftspolitische Maßnahmen des NS-Staates. Mit dem Appell „Lieber Gott hilf uns zu einer guten Wirtschaft“ attackiert er unverblümt NS-Politik.

Die hier so vertretene Parteinahme Pfarrer Ritzhaupts nimmt die Gestapo zum Anlass, das Erscheinen der Prediger-Gemeindeblätter mit Schreiben vom 10.11.1937 zu verbieten:

*Im Auftrag des Geheimen Staatspolizeiamtes Berlin und im Einvernehmen mit dem Propagandaministerium verbiete ich hiermit auf Grund des Paragraph 1 der Verordnung vom 28.2.1933 das Barfüßer-Gemeindeblatt und das Prediger-gemeindeblatt mit sofortiger Wirkung bis auf Weiteres.*

*Begründung: In der Nummer 1 vom Oktober 1937 der genannten Gemeindeblätter sind Artikel unter der Überschrift 'Ernte und Wirtschaft' und 'Vergib uns unsere Schuld' veröffentlicht, deren Ausführungen ausgesprochen staatsfeindlichen Charakter tragen. Bei den Sätzen: 'Aber auch den Bauern kann der Erntedank in Gedanken verwickelt werden, die ihm das Danken nicht so einfach machen. Es gab Zeiten, da hatte der Bauer gute Ernten, aber er erhielt schlechte Preise, es gab Zeiten, da verfaulte die überreiche Obsternte unter den Bäumen, weil es sich nicht lohnte, das Obst aufzulesen. Und heute muß der Bauer erfahren, daß er nicht einmal nach Belieben sähen und ernten, kaufen und verkaufen darf, sondern nach Plan und*

Vorschrift von Stellen her, die mit Sähen, Ackern, Mähen und Melken gar nichts zu tun haben.' handelt es sich um einen schamlosen und hochverräterischen Angriff gegen den nationalsozialistischen Staat und den vom Führer angeordneten Vier-Jahres-Plan, bzw. die Erzeugungsschlacht. Außerdem ist der Abdruck von Zitaten von Bismarck, von Moltke und Hindenburg in dem Artikel 'Und vergib uns unsere Schuld' in offener Widersetzlichkeit gegen die ausdrücklichen Anordnungen erfolgt und geeignet, diese dem

ganzen Volk gehörenden Nationalhelden in die religiösen Auseinandersetzungen hineinzuziehen.

Im Nov. 1937 erscheint folgerichtig das letzte Heft. In diesem Zusammenhang ist jedoch nochmals darauf zu verweisen, dass seit Jahren das Verbot galt, kirchliche Publikationen zur politischen Stellungnahme oder auch nur zur innerkirchlichen Auseinandersetzung zu verwenden.

Geheime Staatspolizei  
Stapolizeistelle Erfurt

Erfurt, den 10. November 1937  
Kasinostrasse 2

A b s c h r i f t .

An Herrn Pfarrer Gustav Klatschke,

in Erfurt  
Predigerstrasse 3

Betrifft: Barfüsser- und Predigergemeindeblatt.  
Vorgang: Ohne

:::::

Im Auftrage des Geheimen Staatspolizei-amtes Berlin und im Einvernehmen mit dem Propagandaministerium verbiete ich hiermit auf Grund des § 1 der Verordnung vom 28.2.1933 das Barfüsser-Gemeindeblatt und das Predigerzemeindeblatt mit sofortiger Wirkung bis auf Weiteres.

Begründung:

In der Nummer 1 vom Oktober 1937 der genannten Gemeindeblätter sind Artikel unter der Überschrift „Ernte und Wirtschaft“ und „Vergib uns unsere Schuld“ veröffentlicht, deren Ausführungen ausgesprochen staatsfeindlichen Charakter tragen. Bei den Sätzen:

„Aber auch dem Bauern kann der Erntedank in Gedanken verwickelt werden, die ihm das Danken nicht so einfach machen. Es gab Zeiten, da hatte der Bauer gute Ernten, aber er erhielt schlechte Preise, es gab Zeiten, da verfaulte die überreiche Obsternte unter den Bäumen, weil es sich nicht lohnte, das Obst aufzulesen. Und heute muss der Bauer erfahren, dass er nicht einmal nach Belieben Säen und Ernten, kaufen und verkaufen darf, sondern nach Plan und Vorschrift von Stellen her, die mit Säen, Zackern, Mähen und Melken gar nichts zu tun haben.“

handelt es sich um einen schamlosen und hochverräterischen Angriff gegen den nationalsozialistischen Staat und den vom Führer angeordneten Vier-Jahres-Plan, bzw. die Erzeugungsschlacht.

Außerdem ist der Abdruck von Zitaten von Bismarck, v. Moltke und Hindenburg in dem Artikel „Und vergib uns unsere Schuld“ in offener Widersetzlichkeit gegen die ausdrücklichen Anordnungen erfolgt und geeignet, diese dem ganzen Volk gehörenden Nationalhelden in die religiösen Auseinandersetzungen hineinzuziehen.

Im Auftrage:  
gez. Bölgel

Beglaubigt:  
Name unleserlich  
olizeiangehörige.

Siegel

**Auszüge aus dem Protokollbuch der Predigergemeinde 1933 bis 1945**

*Ausgewählt und aus Sütterlin-Handschrift übertragen von Annelie Hollmann und Sebastian Nickel*

Eine der Hauptquellen für die Nachforschungen zur Geschichte der Predigergemeinde in der uns interessierenden Zeit stellt das Protokollbuch des Gemeindegemeinderates (GKR) der Predigergemeinde von 1926 bis 1955 dar. Es enthält die Protokolle aller GKR-Sitzungen sowie Wahlprotokolle von GKR-Wahlen, Protokolle von Sitzungen der Wahlkommission und von Gemeindeversammlungen. Die Protokolle sind alle handschriftlich in Sütterlindeutsch verfasst und wurden vom Sitzungsleitenden geschrieben. Dies war in der Regel der Pfarrer, von 1933 bis 1943 also Pfarrer Kletschke und nach 1943 Pfarrer Gloege.

Alle GKR-Protokolle enthalten einen Vorspann, in dem die Beschlussfähigkeit des Gremiums festgestellt wird. Die Namen der Anwesenden sind auf dem äußeren Rand notiert. Es folgen, nach Tagesordnungspunkten nummeriert, die einzelnen Beschlüsse. Unten steht die Unterschrift des Protokollanten und manchmal eines weiteren Ältesten.

Der uns interessierende Zeitraum von 1933 bis 1945 umfasst im Protokollbuch etwa 120 Seiten. Aus diesen Aufzeichnungen wurde eine Auswahl getroffen und in lateinische Standardschrift transkribiert. Dabei wählten wir Passagen aus, die Hinweise auf die Zeit des Nationalsozialismus' und des Krieges enthielten, die politische Bezüge erkennen ließen – oft in Form von Auseinandersetzungen mit der Stadt oder anderen staatlichen Stellen – oder die in Verbindung zur Bekennenden Kirche standen. Weiterhin wurden wichtige Personalentscheidungen, vor allem die Gemeindepfarrer betreffend, aufgenommen.

Nicht aufgenommen wurden die jährliche Haushaltsplanung und die damit zusammenhängenden Beschlüsse und deren Prüfung, Entscheidungen zu Hypothekenfragen und Gemeindegebäuden – sofern sie nicht im Zusammenhang mit dem Krieg oder politischen Fragen standen –, Personalfragen, die nicht die Pfarrer betrafen, gottesdienstliche und kirchenmusikalische Angelegenheiten sowie Details, die unser Thema nicht berühren.

Einen großen Teil der Besprechungen von 1935 bis in die 1940er Jahre hinein umfasst ein Bauprojekt, das jedoch in der gesamten Zeit schlussendlich nicht realisiert werden kann: der Neubau einer Kirche und eines Gemeindehauses in der damals neu errichteten Cyriaksiedlung. Der Anstoß hierzu kommt von Pfarrer Kletschke und ist in den Protokollauszügen enthalten. Alle weiteren Besprechungen wurden jedoch nicht in die Auswahl aufgenommen, weil sie nicht direkt im Zusammenhang mit der Zeit des Nationalsozialismus' stehen. Der Leser sollte jedoch wissen, dass mit diesem Bauprojekt auch zahlreiche Verhandlungen mit der Stadt um einen geeigneten Bauplatz und eine Baugenehmigung verbunden waren, die nicht reibungslos abliefen. Man kann daher fragen, inwiefern auf solchen Nebenschauplätzen „Stellvertreterkriege“ zwischen Stadt und Gemeinde ausgetragen wurden.

Ähnliches gilt für einen längeren Konflikt in den 1940er Jahren, bei dem es um die Straßenreinigung in der Predigerstraße ging. Er beschäftigte den GKR ebenfalls längere Zeit

und führte sogar so weit, dass der GKR einen Rechtsanwalt einschaltete, der die Interessen gegenüber der Stadt durchzusetzen helfen sollte. Auch diese Protokollnotizen sind in der vorliegenden Auswahl nicht enthalten.

Weiterhin nicht enthalten ist die Wahlprotokolle der staatlich verordneten Neuwahlen des Gemeindegemeinderates im Sommer 1933, die als rein formales Protokoll vorliegt.

Die Transkription folgt in Rechtschreibung und Grammatik größtmöglich dem Original. In den Protokollen sind einige Rechtschreibfehler oder auch Fehler im Satzbau enthalten, die wohl daher rühren, dass während der Sitzung mitgeschrieben wurde. Solche Fehler sind mit [sic!] gekennzeichnet.

Einige Worte oder Textpassagen in der Handschrift konnten nicht entziffert werden und sind in der Transkription mit eckigen Klammern, Wort- oder Buchstabenfetzen und einem Fragezeichen gekennzeichnet [...rt?].

Die Veröffentlichung der Auszüge aus den GKR-Protokollen soll dem öffentlichen Zugang zu dieser historischen Quelle dienen. Sie liegt in dieser Publikation in gekürzter Form vor. Eine erweiterte Fassung wird ab Herbst 2016 im Archiv der Predigergemeinde einzusehen sein.

**Protokollauszüge****15. Juni 1933**

S. 80

3) Eine Reihe von Wiedereintritten wird genehmigt; auf die Klage des Pf. Kletschke über Schwierigkeiten im Gottesdienstbesuch der Konfirmanden besonders aus der Hitler-Jugend wird energisch die Forderung des regelm. Gottesdienstbesuches gefordert, [rt?] durch die Führer der Hitler-Jugend.

4) Wegen der groben Störung des Pflingstfestgottesdienstes durch die vorüberziehenden Musikkorps der Nationalsozialisten hat der G.K.R. durch die beiden Geistlichen bei dem Regierungs-Präsidenten Klage führt. Der Polizeipräsident hat für die Zukunft Verhütung solcher Störungen zugesagt.

5) Der Vors. erstattet Bericht über die große Anzahl der Zeugnisse, die zum Nachweis der arischen Abstammung gebührenfrei auszustellen sind. Nach Vereinbarung sollen die Zeugnisse über Arier bis 1860 nicht mehr von den Kirchnern, sondern von Herrn Burger für alle Gemeinden ausgestellt werden, der die kirchl. Gebühren abführt u. die Schreib- u. Suchgebühren mit den Antragstellern vereinbart u. für sich einzieht.

6) Es entspinnt sich eine lebhaftige Aussprache über die Tätigkeit der Glaubensbewegung: Deutsche Christen.

7) Es wird beschlossen, am Tage des Besuches des Reichskanzlers Hitler die Kirche zu beflaggen, damit auch die Kirche in ihrer Volksverbundenheit mit der w. Bevölkerung zusammengeht.

**24. August 1933**

S. 82

1) Der Vors. begrüßt den neu gewählten G.K.R. u. bittet um rege Mitarbeit zu friedlichem Aufbau der Gemeinde; er erstattet Bericht über die kirchl. Einrichtungen. Der Jugend-V. ist unter den heutigen Verhältnissen (Anwachsen der Hitler-Jugend) sehr zurückgegangen; das Landheim hat er aufgeben müssen, da Mitglieder der Hitler-Jugend es durch Einbrechen demoliert hatten. Der Besuch des Kindergottesdienstes ist vor allem bei den Jungen stark zurückgegangen; eine Belebung muß nach Möglichkeit erstrebt werden. Das Gemeindeblatt ist finanziell in Frage gestellt, da die Sammlungen die Kosten nicht mehr decken; es wird ins Auge gefasst, bestimmte Kreise der Gemeinde zu regelmäÙ. vierteljährl. Abonnementszahlungen zu gewinnen, während die übrigen weiter um freiwill. Beiträge gebeten werden sollen. Der Kindergarten ist sehr gut besucht, ist aber auch finanziell nicht gesichert. Überhaupt ist die Finanzlage der Gemeinde sehr gespannt; der vom Finanzamt geschätzte Rückgang gegen das Vorjahr beträgt in der Predigergemeinde 44 %; es muß vom Ministerium eine höhere Staatsbeihilfe zu den Pfarrgehältern erbeten werden.

**17. November 1933**

S. 87

8) G.K.R. beschließt einstimmig bei dem Ev. Konsistorium den Antrag zu stellen die durch die im Jahre 1934 zu erwartende Pensionierung des Herrn Senior freiwerdende Pfarrstelle an der Predigerkirche vorläufig unbesetzt zu lassen vor allem der sehr schwierigen Finanzlage wegen. *Einschub:* Auch ist die Gemeinde mit 6800 Seelen wohl von einem Pfarrer zu pastorieren. Pfarrer Kletschke erklärt sich bereit, die ganze Gemeinde zu verwalten.

**14. Februar 1934**

S. 89

2) Der Vorsitzende legt den Vertrag über die Eingliederung der Ev. Jugend in die Hitler-Jugend zur Vollziehung vor; er legt die künftige Gestellung der ev. Jugendarbeit im Rahmen der H. J. dar.

**13. September 1934**

S. 95

7) Der Vors. teilt mit, daß durch Verfügung der preuß. Kirchenbehörde sein Gehalt ab 1.5.34 um 300 M, bzw. 240 M jährl. verkürzt worden ist, daß aber neuerdings den Gemeinden, die keine Staatszuschüsse erhalten, gestattet ist, diese Kürzung durch eine nichtzensurfähige Zulage in der gleichen Höhe auszugleichen. Auf Antrag des Ältesten Schlechtweg beschließt der G.K.R. einstimmig ab 1.5.34 die dem Pfarrer Kletschke entzogene Summe von 300 M, bzw. 240 M als widerrufliche, nichtzensurfähige Zulage ab 1.5.34 zu zahlen für die Zeit, in der er beide Pfarrstellen verwaltet, sodaß die im Haushaltsjahr 1934 ausgesetzte Gehaltssumme erreicht wird. Der Vors. dankt.

**26. September 1934** Sitzung der Gemeindevertretung

7) Der Vorsitzende berichtet über die geplante Verschiebung der Pfarrbesoldungspflicht von den einzelnen Gemeinden auf den Parochialverband. Voraussichtlich werden von allen evang. Gemeindegliedern 3 % der Reichseink.steuer zu Zwecken der Pfarrbesoldung erhoben werden. Dann wird für die Predigergemeinde kein Anlaß mehr sein, die 2. Pfarrstelle unbesetzt zu lassen; es soll, so beabsichtigt das Konsistorium, der 2. Pfarrer der Predigergemeinde mit einem Bezirk der Andreasgemeinde betraut werden, die damit entlastet werden soll.

**1. November 1934**

S. 97

6) Der Vorsitzende verliest ein an den Vors. gerichtetes Schreiben des Herrn Senior Kurz, nach dem der G.K.R. den Pfarrer verpflichten soll im Interesse des Friedens der Gemeinde die Gottesdienste im Rahmen der hergebrachten Ordnungen u. ohne kirchenpolitische Abkündigungen zu halten. Dazu nimmt der G.K.R. einstimmig folgendermaßen Stellung: die Leitung des Gottesdienstes steht nach § 24 bzw. § 42 der Verf. Urk. dem Geistlichen allein zu; der G.K.R. erklärt sich daher für nicht zuständig, dem Pfarrer über seine amtliche Verpflichtung hinaus Verpflichtungen für die Leitung des Gottesdienstes u. seine Amtsführung aufzuerlegen. Der Pfarrer der Gemeinde, K l e t s c h k e, hat in mehr als 20jähriger Dienstzeit in der Gemeinde sein Amt gebunden an sein Ordinationsgelübde, gewissenhaft verwaltet. Der G.K.R. hat daher zu ihm das volle Zutrauen, daß er auch in Zukunft diese Haltung zum Besten der Gemeinde bewahren wird.

**4. Juni 1935**

S. 101

6) Vors. berichtet über die Gefahren, die durch die Tätigkeit der deutschen Glaubensbewegung für den Religionsunterricht in den Schulen entstehen.

7) Die Kirche wird zu Gottesdiensten der Bekennenden Kirche zur Verfügung gestellt.

**31. Oktober 1935**

S. 103f.

2) Der Vorsitzende berichtet, daß Aussichten bestehen von einem Gemeindeglied einen Bauplatz für einen später auszuführenden Kirch- und Gemeindehausbau an der Stadtgrenze Heinrichstr. – Bindersleber Landstr. vielleicht durch Tausch von Gelände zu bekommen. Da Bauplänen noch nicht nähergetreten worden, ein anderer gottesdienstlicher Raum in jenem Viertel nicht beschafft werden kann, sondern Verhandlungen mit der angrenzenden Andreasgemeinde nötig sind, sieht der G.K.R. vorläufig noch keine Möglichkeit zu einer wirklichen Pastorierung dieses Bezirkes. Er sieht daher vorläufig von einem Antrage, die 2. Pfarrstelle wieder zu besetzen, ab.

4) Der Oberbürgermeister hat der Gemeinde mitgeteilt, daß die Stadtgemeinde bereit sei, ab 1.10.37 das Grundstück Neuestr. 11, abgesehen vom Keller wieder auf weitere 10 Jahre zu mieten. Der G.K.R. ist grundsätzlich bereit dazu, wird aber einige Herren beauftragen zu prüfen, ob die Stadt ihren vertraglichen Verpflichtungen nachgekommen ist; weiter soll über eine ev. Erhöhung des Mietpreises von 540 M jährlich verhandelt werden, endlich über eine vielleicht mögliche Bereitstellung des Kapitelsaales zu einem auszustattenden Eckehart-Gedenkraum ohne Minderung der Miete.

**25. Febr. 1936**

S. 105f.

Die Gemeindeglieder der Andreas- u. der Predigergemeinde haben sich zu einer gemeinsamen Sitzung zur Neufestsetzung der Grenzen im Prediger-gemeindehaus zusammengefunden.

Der Vors. des G.K.R. der Predigergemeinde als der Dienstäteste eröffnet u. leitet die gemeinsame Sitzung.

1) Der Vors. legt den Antrag der Predigergemeinde an die Andreasgemeinde vor, für ein von der Predigergemeinde an der Bindersleber Landstraße zu erbauendes Gemeindehaus mit Pfarrwohnung gewisse Bezirke der Andreasgemeinde

als Kern für eine später zu gründende Gemeinde an die Predigergemeinde abzutreten. Ein weitergehender Antrag lautet auf Abtretung eines von Rudolfstr., Ludwigstr., Heinrichstr., Langer Graben, Bindersleber Landstr. begrenzten Bezirks, der engere auf Abtretung eines von Heinrichstr., Langer Graben, Bindersleber Landstr. begrenzten Gebietes.

Der Vors. des G.K.R. der Andreasmgemeinde gibt unter Verlesung der letzten Sitzungsniederschrift des G.K.R. der Andreasmgemeinde bekannt, daß der G.K.R. den weitergehenden Antrag aus finanziellen Gründen ablehnen müsse, aber den engeren annehme. [...]

2) Für die Pastorierung dieser Grenzbezirke werden folgende Anträge beider Gemeinden an die kirchliche Behörde weitergegeben: dem neu anzustellenden 2. Pfarrer der Predigergemeinde werden von der bisherigen Predigergemeinde ca. 1500 Seelen zugewiesen; dazu kommen die in dem abgetretenen Cyriak wohnenden ca. 1200 Seelen; von der Andreasmgemeinde werden ihm außerdem ca. 2000 Seelen zur Pastorierung zugewiesen. Da die Predigergemeinde durch die Siedlung unter der Cyriaksburg einen starken Zuwachs erhält, kann dem Pfarrer kein größerer Bezirk der Andreasmgemeinde zugewiesen werden.

**12. März 1936** S. 107ff.

1) Der Vors. berichtet zunächst über die Verhandlungen, die er in Magdeburg bei dem Dezernenten im Konsistorium gepflogen hat. Die in der letzten Sitzung beschlossene Abtretung von Teilen der Andreasmgemeinde findet die Billigung der Behörde.

10) Die Besetzung der 2. Pfarrstelle wird in die Wege geleitet.

**22. Juni 1936** S. 112f.

3) Ein Vertragsentwurf für die Vermietung des Grundstückes Neustr. 11 an die Stadt Erfurt liegt vor. G.K.R. wünscht, daß der Passus aufgenommen werde, daß bauliche Veränderungen im Gelände, auch eine anderweitige Verwendung der beiden Refektorien der Genehmigung des G.K.R. unterliegen sollen. Der Mietpreis soll von 540 auf 600 M erhöht werden.

4) Der Vors. berichtet, 1) daß die Eibe im Pfarrgarten Predigerstr. 3 unter Naturschutz gestellt ist, 2) daß auf die Beschwerde des G.K.R. wegen Störung des Gottesdienstes am 17. Mai durch Musik der Hitler-Jugend der Polizei-Präsident das Weitere veranlasst hat. G.K.R. nimmt Kenntnis.

**20. August 1936** S. 114

5) Der Polizei-Präsident hat eine Sirenenanlage im Interesse des Luftschutzes im Paulsturm beantragt; G.K.R. stimmt grundsätzlich zu unter folgenden Bedingungen: 1) daß das Läuten der Glocken nicht beeinträchtigt wird 2) daß das Bild des Turmes nicht beeinträchtigt wird.

**10. Dezember 1936** S. 117f.

7) Der Vertrag über Anbringung einer Sirenenanlage auf dem Paulsturm (Luftschutz) ist vom Polizei-Präsidenten u. vom G.K.R. unterzeichnet worden.

**6. Januar 1937** S. 119

1) Der Vors. berichtet über die durch die Staatspolizei verbotene Evang. Woche; u. über die verbotenen Gottesdienste, in denen Landesbischof Meiser, München, Landesbischof Wurm, Stuttgart u. Pfarrer Otto, Eisenach predigen sollten. Da zu dem geplanten Gottesdienste in der Predigerkirche am 2. Jan. Abends Meiser erschienen war, ohne daß er predigen wollte, erschien der Regierungspräsident mit Polizei in der Kirche, um die Predigt mit Gewalt zu verhindern. G.K.R. nimmt zu dieser Einschränkung der Freiheit der ev. Predigt in folgendem Schreiben an das Kirchenministerium in Berlin Stellung: der G.K.R. der Predigerkirche erhebt dagegen Einspruch, daß am 2. u. 3. Jan. den für die Gottesdienste angesetzten ordnungsmäßigen Pfarrern die Predigt verboten u. dadurch die gesetzlich verbürgte Freiheit der ev. Verkündigung beschränkt wurde. Durch diese Maßnahme ist eine erhebliche Beunruhigung der Gemeinde hervorgerufen worden.

**19. April 1937** S. 121f.

4) Im Rahmen dieses Haushaltsplanes beschließt G.K.R. den bisherigen Leiter der Stadtmission, zugleich Pfarrer v. Fienstedt u. Kreis[?]prediger, Glaß, dem vom Stadtverein f. Innere Mission zum 1. Juli d. J. gekündigt worden ist, vom 1. Juli bis 30. September aushilfsweise im Dienste der Gemeinde zu beschäftigen u. ihm den durch die Kündigung entstehenden Gehaltsausfall in Höhe von 130 – 140 M monatlich aus laufenden Pfarrbesoldungsmitteln zu zahlen, vorbehaltlich der Genehmigung der kirchl. Aufsichtsbehörde. Es soll ihm dadurch ausreichende Gelegenheit gegeben werden, eine angemessene andere Pfarrstelle zu bekommen.

**21. Juni 1937** S. 123

7) Vors. berichtet ausführlich über die kirchliche Lage.

**30. Juli 1937** S. 124f

Einziger Punkt der Tagesordnung: Erörterung der vom G.K.R. vorzunehmenden Maßnahmen hinsichts der zum 1.9. bevorstehenden 25-jähr. Amtsfeier des Herrn Pfarrer Kletschke.

Unser Pfarrer Kletschke kann am 1. Sept. 1937 auf eine 25jähr. Amtszeit als Pfarrer unserer Predigerkirche zurückblicken. In diesen zum Teil sehr bewegten Jahren hat er Leid und Freud mit unserer Gemeinde getreulich geteilt und ist ihr immer ein treuer Seelsorger, ein wahrer Freund u. gewissenhafter Verkünder des Evangeliums gewesen. Ferner hat sich jeder gern u. zuversichtlich seiner Leitung anvertraut. Die ganze Gemeinde nimmt voll Dankbarkeit und Verehrung an dem bevorstehenden Jubiläum ihres Pfarrers teil.

Wir, als G.K.R., können unserer Hochschätzung, Dankbarkeit u. Liebe keinen besseren u. würdigeren Ausdruck geben, als durch Errichtung eines Grundstockes für eine Stiftung, die den Namen unseres Pfarrers Kletschke auf immer mit der Predigergemeinde verknüpft.

Der Gemeindegemeinderat errichtet daher hiermit zum 1. Sept. 1937 aus den Mitteln der Kirchengemeinde eine „Pfarrer-Kletschke-Stiftung“ mit einem Grundkapital von 2500,- / zweitausend fünfhundert Reichsmark; aus den Erträgen soll der jeweilige 1. Pfarrer der Predigergemeinde



berechtigt sein, nach seinem Ermessen Bewilligungen im Interesse unserer Kirchgemeinde auszusprechen.

Wir wollen den Hr. Pfarrer bitten, der Namensgebung der Stiftung seinerseits zuzustimmen. [...]

**6. März 1938** S. 129f.

6) Inbezug auf eine für den Heldengedenktag vorgesehene musik. Feierstunde in der Kirche stellt G.K.R. fest 1) die Kirche ist dem Erfurter Sängerkreis überlassen worden, während jetzt der Volksbund für Kriegsgräberfürsorge der Veranstalter ist. G.K.R. ist davon nichts mitgeteilt. 2) Die Kirche ist für eine kirchenmusikalische Veranstaltung zur Verfügung gestellt worden, während jetzt eine Feierstunde mit Sprecher geplant ist. G.K.R. ist davon keine Mitteilung gemacht worden. Er hat es aus der Zeitungsanzeige erst erfahren. 3) Als Sprecher ist Herr Arpe (Schauspieler) ins Auge gefasst, der aus der Kirche ausgetreten ist. Da nur noch 8 Tage Frist bleiben, verzichtet G.K.R. auf Einspruch gegen Herrn Arpe. Er (Arpe) wird auch nach dem Programm nur eine gebundene? Rede sprechen. Jedoch erklärt es G.K.R. für selbstverständlich, daß Arpe weder von Kanzel noch vom Altar, sondern von der Orgelempore spricht. Der Vors. wird beauftragt, diese drei Punkte dem Volksbund mitzuteilen, dessen Tätigkeit dadurch nicht beeinträchtigt, sondern eher gefördert werden soll.

**24. April 1938** S. 130

5) G.K.R. beschließt an das Staatspolizeiamt Berlin den dringenden Antrag zu stellen, daß das Prediger- und Barfüßer-Gemeindeblatt wieder erscheinen darf.

**17. Juni 1938** S. 131

3) Der geplante Bau des Gemeinde- u. Pfarrhauses betr. wird berichtet über die Schwierigkeiten u. Hemmungen, die sich immer wieder einstellen.

4) Wegen dieser Verzögerung beschließt G.K.R. mit Antrag des Vors. im Interesse der Gemeinde-Versorgung die Wahl eines 2. Pfarrers schleunigst vorzubereiten u. eine Mietwohnung im Außenviertel für den Pfarrer zum 1.10. od. 1.1.39 zu beschaffen. Die Wählerlisten sollen ausgelegt werden u. für Montag, d. 4. Juli, eine Wählerversammlung zur Fassung des Aushebebeschlusses einberufen werden.

**21. Juli 1938** S. 132

2) betr. Vermietung des Kellers Neustr. 11 wird der Bericht des Mitgl. Fließbach entgegengenommen. Als neuer Mieter kommt die Firma Näder, Christian Weise N.Y. Inh. in Betracht, die zunächst einen Teil (die Hälfte) des Kellers mieten will. G.K.R. kündigt der Stadtgemeinde Erfurt das bisherige Vertragsverhältnis v. 8.2.1935, die den Keller unentgeltlich als Muster- u. Schutzraum jetzt innehat.

**22. August 1938** S. 133

7) Am Morgen des 10. Juli ist ein großer Stein durch ein Kirchenfenster der Nordfront in die Kirche geworfen worden. Die Polizei hat mitgeteilt, daß das Verfahren eingestellt ist, da der Täter nicht zu ermitteln war.

8) Der neue Musiklehrer des Staatl. Gymnasiums hat um leihweise Überlassung der Pauken in der Kirche gebeten. G.K.R. lehnt wegen der unfreundlichen Haltung der Leitung des Gymnasiums gegen die Kirche ab.

**1. September 1938** Sitzung der Wahlkommission

1) Der Vors. legt 22 Bewerbungen um die 2. Pfarrstelle vor u. verliest sie unter Weglassung der beigefügten Zeugnisse. Die Anwesenden werden gebeten die Bewerber, die sie in die engere Wahl gebracht sehen möchten, anzugeben. Auf diese Weise werden 7 Bewerber in die engere Wahl gebracht:

- 1) Balgan/Calgan?, Schlierbach, 2) Evertz, Zeulenroda
- 3) Dr. Gloege, Eberswalde 4) Niedermeyer, Essen 5) Rättig, Prädikar 6) v. Seydlitz, Brietz 7) Frankner, Aken.

[...] nach 2-3 Wochen sollen in einer weiteren Sitzung aus diesen 7 Bewerbern 3 Gastprediger bestimmt werden.

**20. September 1938** Sitzung der Wahlkommission

1) In längerer Aussprache äußern sich die Anwesenden zu den einzelnen 7 ausgewählten Bewerbern. Da es nicht gelingt, nur 3 Bewerber zu Gastpredigern zu bestimmen, werden auf Vorschlag von Ältesten Jeremias 4 Gastprediger ausgewählt, die in folgender, durchs Los bestimmter Reihenfolge predigen sollen: am 9.10. Rättig, Prädikar, am 16.10. Niedermeyer, Essen, am 23.10. Dr. Gloege, Eberswalde, am 30.10. Evertz, Zeulenroda.

**18. Oktober 1938** Sitzung der Wahlkommission

1) Die Kommission beschließt in der Angelegenheit der Wahl eines zweiten Pfarrers Folgendes: [...]

c) die ordentliche Pfarrwahl soll Sonntag, d. 6.11. vorm. nach dem Hauptgottesdienst (11 ¼ Uhr) im hohen Chor der Predigerkirche stattfinden.

**14. November 1938** S. 135f.

2) G.K.R. beschließt folgende Amtsabgrenzung zwischen den beiden Pfarrern: der Seelsorgebezirk des 1. Pfarrers umfasst die innere, alte Gemeinde bis zur Friedrichstraße und Cyriakstraße 1-49 einschließlich; der Seelsorgebezirk des 2. Pfarrers die äußere Gemeinde von Cyriakstr. 50 und der Rudolfstraße an bis zur Cyriaksiedlung einschließlich; dazu das von der Andreaskirche abgetretene Gebiet bis zum Langen Graben und der Siedlung Sachsenland (Peterborn) einschließlich.

Die 10 Uhr-Gottesdienste in der Predigerkirche werden so verteilt, daß der 1. Pfarrer zwei Gottesdienste, der 2. Pfarrer jeden dritten halten soll, die Früh- bzw. Abendgottesdienste in der Predigerkirche hält jeden 2. Freitag der stellvertr. Frühprediger (Hilfsprediger); die dazwischen liegenden verteilen sich auf den 1. und 2. Pfarrer nach pers. Verabredung.

Die vorläufig bis zum Bau einer neuen Kirche in dem kirchlich hergerichteten Raum im Gebreite und in der Kapelle des Hauptfriedhofes je alle 14 Tage zu haltenden Gottesdienste hält in der Regel der 2. Pfarrer, wobei er nach Bedarf durch den stellv. Frühprediger (Hilfsprediger) bzw. durch den 1. Pfarrer entlastet wird.

Kindergottesdienst wird in der Predigerkirche alle 14 Tage durch den 1. Pfarrer, in der Cyriaksiedlung und in der Friedhofskapelle, auch alle 14 Tage, durch den 2. Pfarrer gehalten.

Abendmahlsfeiern sollen in der Predigerkirche sonntäglich von dem den 10-Uhr-Gottesdienst haltenden Pfarrer gehalten werden; in den beiden anderen Predigtstätten im

Frühjahr (um Ostern) u. im Herbst (um Bußtag) je 4-mal durch den 2. Pfarrer.

Die Amtshandlungen zu vollziehen und den Konfirmandenunterricht zu halten, ist jeder Pfarrer für den ihm zugewiesenen Seelsorgebezirk verpflichtet.

**29. November 1938** S. 136f.

1) Der Oberbürgermeister hat mitgeteilt, daß die Stadt Erfurt bereit sei, das Haus Neuestr. 11 (Predigerkloster) zu kaufen u. um ein Kaufangebot bittet. G.K.R. hat Bedenken gegen einen Verkauf des Hauses, will aber dem Konsistorium die Angelegenheit vortragen.

**6. Januar 1939** S. 137f.

1) Der Vors. berichtet, daß er persönlich in Magdeburg mit dem Sachbearbeiter im Konsistorium wegen des Verkaufes von Neuestr. 11 verhandelt hat. Das Konsistorium will die Verhandlungen mit der Stadt Erfurt im Sinn des G.K.R. führen, die Angelegenheit auch dem E. O. Kirchenrat vorlegen.

3) Da die Einführung des neu gewählten Pfarrers Dr. Gloege für den 15. Jan. festgesetzt ist, musste eine Mietwohnung für ihn beschafft werden. G.K.R. gibt seine Zustimmung zum Mietvertrag mit der Guthans? Lebens-Vers.-Bank über Hohenzollernstr. 25 für 100 M monatl. u. Abgaben für Heizung, Wasser, Flurbeleuchtung. Die Wohnung wird baldigst durch Räumung frei werden.

4) Für die Einführungsfeierlichkeit am 15. Jan. beschließt G.K.R. Altar u. Kanzel zu schmücken; nach dem Gottesdienst im Gemeindehause ein Glas Wein und einen Imbiß zu reichen, an dem außer dem G.K.R. die beteiligten Beamten des Ev. Ministeriums w. die beiden Pfarrfrauen und die Kirchenbeamten teilnehmen sollen. G.K.R. stellt die Mittel dafür bereit.

8) Der Herr Polizeipräsident hat durch Schreiben vom 29.12.38 den Keller Neuestr. 11 als Luftschuttkeller erneut in Anspruch genommen für den Einbau der Rettungsstelle; in Friedenszeiten bleibt die wirtschaftliche Nutzung des Kellers gewährleistet; für den Aufruf des ziv. Luftschutzes ist er zu räumen. G.K.R. stimmt zu, muß aber für den Fall, daß der Keller auch in Friedenszeiten zur Ausbildung der Kräfte gebraucht würde, eine Entschädigung für die ausgefallene wirtschaftliche Nutzung fordern.

9) Vors. berichtet über die Kirchengaustrittszahlen 1938, die sich auf der gleichen Höhe wie 1937 gehalten haben.

**7. Februar 1939** S. 138f

1) Der Vors. begrüßt den am 15. Jan. im Gottesdienst eingeführten Pfarrer Dr. Gloege.

2) Durch Umlauf ist einstimmig beschlossen worden, die Umzugskosten des Pfarrers Gloege über die gesetzliche Höhe hinaus in ihrer tatsächlichen Summe aus der Kirchenkasse zu zahlen.

3) G.K.R. beschließt einstimmig, sowohl die ruhegehaltsfähige (Schwierigkeits)-Zulage in Höhe von 300 M jährlich, wie auch die nichtruhegehaltsfähige Zulage in Höhe von 300 M jährlich für Pfarrer Dr. Gerhard Gloege bei dem Evang. Konsistorium zu erwirken. Beide Zulagen unterliegen den gesetzlichen Kürzungen. G.K.R. begründet diesen Beschluss 1) mit der Seelenzahl des Bezirkes von Pfarrer Gloege 2) mit den besonderen Schwierigkeiten, die

in der räumlichen Entfernung der beiden Siedlungen hinter der Cyriaksburg u. Sachsenland liegen, 3) mit den Arbeitsschwierigkeiten, da ein völliger kirchlicher Neubau in diesen Außenbezirken notwendig ist 4) mit dem Umstand, daß Pfarrer Gloege an drei Predigtplätzen (Siedlung, Friedhof u. Predigerkirche) Gottesdienst zu halten hat.

**15. März 1939** S. 141

1) Der Vors. berichtet, daß der Kauf des Hauses Hegelstr. 8 auf solche Schwierigkeiten gestoßen ist, daß weitere Verhandlungen zwecklos waren. Es ist ein anderes Haus, Hegelstr. 11 dem G.K.R. zum Kauf angeboten worden; die Verhandlungen sind aufgenommen. Näheres über Kaufpreis, Verzinsung u.a. muß abgewartet werden.

5) Obwohl von bedeutsamer Stelle zum Verkauf des Predigerklosters an die Stadt geraten worden ist, bleibt der G.K.R. bei seinem Beschluss vom 29.11.38.

6) Pfarrer Gloege berichtet über die kirchl. Aufbauarbeit in der Cyriak- u. Sachsenland-Siedlung.

**11. April 1939** S. 142

2) G.K.R. beschließt einstimmig: das Evangelische Konsistorium hat unter dem 11. März d. J. XIV Nr 218 dem GKR anheim gegeben, Pfarrer Dr. Gloege, da die Verleihung der ruhegehaltsfähigen Schwierigkeitszulage z.Z. noch nicht angängig ist, bis auf weiteres eine nicht ruhegehaltsfähige Zulage bis zu 599 M jährlich aus Kirchenkassenmitteln zu bewilligen. Der G.K.R. macht von dieser Genehmigung Gebrauch und bewilligt Pfarrer Dr. Gloege vom 1. Juni 1939 bis auf weiteres eine nichtruhegehaltsfähige Schwierigkeitszulage von 599 M jährlich aus Mitteln der Predigerkirchenkasse.

6) Der Vors. berichtet über das starke Anwachsen der Kirchengaustritte; die Zahl der Austritte im Vierteljahr Jan.-März übersteigt die Gesamtzahl von 1938.

**25. April 1939** S. 143

2) Der Plan für die im Keller Neuestr. 11 geplante Luftschutzrettungsstelle liegt vor, ist aber ganz vertraulich zu behandeln. Mit den baulichen Veränderungen, Durchbrüchen, Einbauten, Erweiterungen erklärt sich G.K.R. einverstanden. Da aber an einer Stelle auch die Kirche in den Grundmauern angegriffen u. durchbrochen wird, trägt G.K.R. Bedenken u. beauftragt den Vors. zu verhandeln, um diesen Durchbruch zu vermeiden.

**3. Mai 1939** S. 144

2) Vors. berichtet, daß der Durchbruch von Kloster Neuestr. 11 zur Kirche im Interesse der Luftschutzrettungsstelle noch unter dem Hauptkeller der Kirche ausgeführt werden soll u. dort ein Heizkeller für die Rettungsstelle vorgesehen ist. G.K.R. beschließt mit dem städt. Hochbauamt deswegen zu verhandeln.

**4. Juli 1939** S. 144f.

1) Pfarrer Dr. Gloege begründet seinen Antrag, ihm zum 1. Oktober das Pfarrhaus Predigerstr. 4 bereit zu stellen, dem jetzigen Mieter zu diesem Termin zu kündigen u. zwar sofort. Er begründet den Antrag damit, daß seine jetzige Wohnung Hohenzollernstr. 25 zu eng sei; daß das Haus Benary, Norkusplatz 2, welches er besichtigt habe, unter den heutigen Umständen kaum käuflich sei u. eine andere Wohnung nicht zu beschaffen sei. Die weite Entfernung des Pfarrhauses von seinem Amtsbezirk sei kein Hindernis. Für

den Fall einer Ablehnung beantragt er für sich eine schriftliche Ausfertigung des Protokolls. In der Aussprache wird von Hesse und Jeremias die Engigkeit der jetzigen Wohnung zugegeben; von Jeremias die Möglichkeit einer Kündigung am 4. Juli für den 1. Okt. bezweifelt, überhaupt bedauert, daß der Mietvertrag über Predigerstr. 4 nicht vorliegt; von Fließbach, Hensel u.a. wird auf die Schwierigkeit hingewiesen, dem jetzigen Inhaber der Pfarrwohnung zu kündigen, überhaupt in so kurzer Zeit diese weittragenden Beschlüsse zu fassen; es wird betont, daß die Verlegung der Wohnung des Pfarrers in unmittelbare Nähe seines Bezirkes aus wichtigem Grunde beschlossen sei, daß durch die beantragte Regelung vor allem nicht das Ziel der Beschaffung von Gemeinderäumen gefördert oder erreicht werde.

In Abwesenheit von Dr. Gloege wird sodann beschlossen: der Vors. und Ältester Jeremias werden versuchen, sofort dem Mieter von Predigerstr. 4 persönlich die Kündigung zum 1. Okt. zu überbringen; für den Fall, daß dieser Versuch misslingt, wird die möglichst schnelle Beschaffung einer ausreichenden Mietwohnung ins Auge gefasst, der Kauf eines Hauses für Pfarrwohnung u. Gemeinderäume weiter verfolgt; vor allem soll das Hauptziel, Bau eines Pfarrhauses u. Gemeindesaales, nicht aus den Augen verloren werden. Dieser Beschluss wird dem wieder erschienenen Dr. Gloege mitgeteilt.

#### 20. September 1939

S. 146f.

1) Der Vors. weist auf die Kriegszeit hin, die Ernst u. Pflichttreue von jedem verlange u. begrüßt mit herzlichen Wünschen den Ältesten Eichel, der nach schwerer Krankheit zum 1. Mal in der Sitzung anwesend ist.

3) G.K.R. wählt einstimmig als Ältesten an die Stelle von Könitzer, Studienrat Dr. Wiedemann, welcher allerdings nicht innerhalb der Gemeinde wohnt, aber sich seit Jahren mit besonderer Treue zur Gemeinde hält, sonntäglich den Gottesdienst mit seiner Familie besucht, seine Kinder in der Predigergemeinde konfirmieren lässt, auch den Kindergottesdienst besuchen lässt. Es wäre zu bedauern, wenn dieser Mann sich nicht in der Verwaltung der Kirchengemeinde betätigen könnte. Es soll bei dem Ev. Konsistorium die Bestätigung dieser Wahl nach Möglichkeit erwirkt werden, unter ausführlicher Begründung.

5) Der Vors. berichtet, daß tägliche Betstunden abends 6 Uhr in der Kirche eingerichtet sind. G.K.R. gibt seine Zustimmung u. erwartet von dem Organisten u. Kirchner, daß sie ihre Dienste dabei unentgeltlich zur Verfügung stellen, unter Hinweis darauf, daß besondere Entschädigungen für Leistungen in der Kriegszeit nicht gezahlt werden dürfen.

6) Die allgemeine Verdunkelung verbietet die Abhaltung von Gottesdiensten bei Licht; infolgedessen ist die Verlegung der Abendgottesdienste im Winter entweder auf eine Morgenstunde (9 Uhr) oder auf eine Nachmittagsstunde notwendig. G.K.R. wünscht eine einheitliche Ordnung in Erfurt u. überlässt die Festsetzung der Zeiten dem Ev. Ministerium unter der Voraussetzung, daß die Zeiten in allen Gemeinden die gleichen sind.

#### 8. November 1939

S. 148

Die Sitzung ist ordnungsmäßig berufen und nach der neusten Verf. des E.O. beschlussfähig, da mehr als die Hälfte der nach Abgang der zum Heeresdienst Einberufenen (2; Hesse u. Jeremias) verbleibenden verfassungsmäßigen Mitgliederzahl (8), nämlich die nebenstehenden 6 erschienen sind.

2) G.K.R. beschließt die im Hause Norkusplatz 2 des Herrn Dr. Wilh. Benary zur Verfügung stehende Wohnung (1. Stock) zu einem monatlichen Mietpreis von 140 M für den Pfarrer Dr. Gloege zu mieten. Die Ältesten Eichel u. Hensel erklären sich bereit die Wohnung zu besichtigen und das Nähere mit Dr. Benary zu vereinbaren.

#### 14. Dezember 1939

S. 149

1) Der Mietvertrag für die im Hause Norkusplatz 2 als Amtswohnung für Pfarrer Gloege wird genehmigt.

2) Für die zahlreichen Fahrten mit der elektrischen Bahn, die wegen der weiten Entfernung der Siedlung Sachsenland notwendig sind, werden Pfarrer Gloege vom 15. Jan. 39 ab rückwirkend bis auf weiteres für den Monat 5 M aus der Kirchenkasse bewilligt.

9) Die Stadt Erfurt hat vom 1.4.39 ab die Zahlung des Frühpredigergehaltes eingestellt u. abgelehnt, mit der Begründung, die Zahlung sei freiwillig gewesen u. laufe auf keinem Rechtstitel. G.K.R. erhebt Protest dagegen u. wird dem Konsistorium Mitteilung machen.

#### 10. Juni 1940

S. 150

2) Vors. berichtet über den Mangel an Heizmaterial; die Heizung des Gemeindehauses soll vor allem des Kindergartens wegen durchgeführt werden. Für die Kirche ist noch Heizmaterial für 2 – 3 Sonntage vorhanden; es wird erwogen, den zweiten Gottesdienst am Nachmittag im Gemeindehause zu halten, wenn dadurch eine erhebliche Einsparung von Heizmaterial erreicht wird. Der Vors. soll demgemäß entscheiden.

5) G.K.R. beschließt die Todesfälle u. Taufen der letzten Woche im Gottesdienst abzukündigen.

6) Für die Gottesdienste in der Friedhofskapelle ist Herr Wüstelmann als Organist gewonnen worden; er soll eine Entschädigung von 3 M für jeden Gottesdienst erhalten.

7) G.K.R. beschließt, daß in den Gottesdiensten in der Friedhofskapelle die angesetzten Kollekten gesammelt werden, soweit das Gewissen des Pfarrers nicht widerspricht.

#### 27. November 1940

S. 156

3) Vors. berichtet über Verhandlungen mit der Polizei wegen einer Entschädigung, die die Gemeinde für die Benutzung des Kellers Neuestr. 11 als Luftschutzrettungsstelle beantragt hat.

4) Die beiden Pfarrer berichten über die Zahl der aus der Kirche Ausgetretenen im Jahre 1940 (bisher 89 + 10 Personen) u. über die traurigen Erfahrungen im Konfirmandenunterricht.

#### 20. Dezember 1940

S. 156f.

1) Der Vors. berichtet über die am 10. Dez. durchgeführte Besprechung über den Verkauf des Predigerklosters an die Stadt, welche zwischen 2 Vertretern der Stadt, einem Vertreter des Konsistoriums u. dem Vorsitzenden

stattgefunden hat. Die Stadt hat ihre Pläne dargelegt, die auch von kirchl. Seite gebilligt werden können; das Gebäude soll von Oberbaurat Dr. Dobert – Magdeburg auf seinen gegenw. Bauwert, nach seiner Rentabilität u. nach seinem histor. Wert geschätzt werden. G.K.R. nimmt Kenntnis, ohne Beschlüsse zu fassen.

2) Vors. berichtet, daß nach telef. Verständigung durch die Polizei die städt. Schätzungsstelle mit einer jährl. Entschädigung von 300 M für den Luftschutzkeller Neustr. 11 einverstanden sei, daß die Polizei nunmehr für 2 Jahre 600 M Entschädigung zu zahlen bereit sei. G.K.R. beschließt um Vorlegung des schriftlichen Schätzungsbescheides zu bitten, danach erst soll ein Beschluss gefasst werden.

3) Nach den Angaben des Vertreters der Polizei soll der seinerzeit zwischen Stadt u. Gemeinde wegen Überlassung des Kellers Neustr. 11 überholt sein; eine Mitteilung darüber, was an seine Stelle getreten sei, ist uns nicht zugegangen. Die Angelegenheit soll durch Rückfrage geklärt werden.

**13. Januar 1941** S. 157f.

1) Vors. berichtet über den Besuch des Dr. Dobert – Magdeburg, der das Predigerkloster besichtigt hat und demnächst sein Schätzungsgutachten geben wird.

2) Die Polizei hat dem G.K.R. einen Vertragsentwurf für Überlassung des Luftschutzkellers Neustr. 11 vorgelegt. Der G.K.R. ist nicht in der Lage diesen Vertrag zu vollziehen. Der Keller ist seinerzeit (Anfang 1939) von der Polizei in Anspruch genommen; G.K.R. stellt ihn für die Kriegszeit zur Verfügung und fordert nur 300 M jährlich Entschädigung für den Ausfall an Miete. Das Schätzungsgutachten der Stadt setzt die normale Entschädigung auf 780 M jährl. fest u. erkannte die Forderung des G.K.R. (300 M jährl.) als sehr niedrig an.

4) Vors. berichtet über Pläne der NSV alle evang. Kindergärten zu übernehmen. Beschlüsse werden nicht gefasst.

**23. Januar 1941** S. 158

1) Der Bericht über die Besichtigung des Predigerklosters durch Kirchenoberbaurat Dr. Dobert liegt vor u. wird vom Vors. verlesen. Der reale Wert des Gebäudes u. des Hofes wird darin auf 300 000 M festgesetzt.

2) Durch das Jugendamt der Stadt Erfurt ist mitgeteilt worden, daß der Regierungs-Präsident (Dr. Weber) die Genehmigung für die evang. Kindergärten mit dem 31. Jan. 41 zurückgezogen hat. G.K.R. schließt sich den Beschlüssen des Ev. Ministeriums an, will nicht zu der für 25.1. im Rathaus angesetzten Verhandlung erscheinen, erhebt gegen die Verfügung Einspruch u. bespricht die verschiedenen Möglichkeiten für den Fall, daß der Kindergarten im Gemeindehaus von der NSV übernommen wird. Das Gemeindehaus muss für die Gemeindegemeinschaft unbedingt freigehalten werden.

**29. Januar 1941** S. 159

1) Der Vors. berichtet, daß sich die Lage in bezug auf die ev. Kindergärten nicht verändert hat. Trotz des Einspruches der Ev. Konsistoriums u. des Evang. Ministeriums haben Vertreter der NSV den Vorständen der einzelnen ev. Kindergärten, auch dem G.K.R. davon Mitteilung gemacht, daß die NSV am 1. Febr. die Kindergärten übernehmen wird.

Die Stadt hat darauf hingewiesen, daß der Betrieb des Kindergartens sich in die Arbeit der Gemeinde im Gemeindehaus einzufügen habe. Das ist zugesagt worden. G.K.R. spricht die Bedingungen, die die Gemeinde zu stellen hat, einzeln durch. Es soll ein monatlicher Mietpreis von 230 M gefordert werden, für die Benutzung der Kindertagesräume, der Kirche, der Garderobe, des Flurs, der Aborte, des Gemeindefaßes (dieser jedoch nur für die Mittagsruhe bis ½ 3 Uhr), während der Stunden von früh bis ½ 5 Uhr nachm., einschl. Heizung, Beleuchtung, Reinigung; für die Benutzung der Einrichtungen, der Möbel, der Spielsachen (mit Ausnahme der in Kästen verpackten, die käuflich erworben werden können). Normale Abnutzung trägt die Gemeinde, andere Schäden sind zu ersetzen. Der Vertrag soll auf 5 Monate abgeschlossen werden. Rechtsanwalt Neumann soll bevollmächtigt werden, die Verhandlungen zu führen u. den Vertrag nach obigen Bedingungen abzuschließen. Die Liste der Kinder soll nur auf Verlangen ausgehändigt werden, die Rechnungsbücher bleiben in der Hand der Gemeinde. Am 31. Jan. nachm. ½ 5 soll eine kurze Abschlussfeier im Gemeindefaß gehalten werden. Die Gemeinde wird die Verpflichtung, sich der vorschulpflichtigen Kinder anzunehmen, nicht aufgeben, sondern entsprechend zu erfüllen suchen.

4) Die beiden Geistlichen berichten über die Erfahrungen im Konfirmandenunterricht, die in letzter Zeit besser geworden sind. Die Zahl der Kirchengänger hat sich bis 31.12.40 auf 131 erhöht, einschl. der Kinder; dagegen stehen 4 Wiedereintritte.

**28. Februar 1941** S. 160

2) Der vor der Polizei bzw. dem Reichsfiskus vorgelegte Entwurf zu einem Vertrag über die Luftschutzrettungsstelle (Predigerkloster) ist vom Ev. Konsistorium abgelehnt worden; der Keller wird für die Dauer des Krieges zu Luftschutzzwecken zur Verfügung gestellt, soll aber nach Schluss des Krieges in den ursprünglichen Zustand versetzt werden. G.K.R. nimmt mit Befriedigung Kenntnis.

3) Vors. gibt streng vertraulich Auskunft über die Pläne zum Ausbau des Predigerklosters.

5) Die Sammlungen in den sog. Nebengottesdiensten, die bisher zum Besten des Predigerkindergartens veranstaltet wurden, sollen künftig zur Verschönerung u. Wiederherstellung der Predigerkirche bestimmt werden.

6) Die bisherige Kindergartenschwester Agnes Günther soll vom 15.3. ab als Schwester für die christliche Unterweisung der vorschulpflichtigen Kinder in der Prediger- u. der Barfüßergemeinde eingesetzt werden. Die Unkosten trägt der Parochialverband.

7) Aus Überschüssen des Predigerkindergartens sind ungefähr 1200 R.M. aufgelaufen, die auf einem Sparkassenbuch angelegt sind. Über diese Summe wird infolge verfügt: Für eine Sommererholungsreise dem Rechnungsprüfer Scheidemann 250 M; Herrn John Marktstraße für häufige Vertretung im Organistendienst 50 M; Schwester Agnes Günther für Durchführung ihrer Arbeit (christl. Unterweisung) 200 M; der Rest soll der Pastor-Kletschke-Stiftung zugefügt werden.

8) Für den Luftschutz der Kirche hat die Polizei Anordnungen getroffen; sie werden nach Möglichkeit erfüllt werden.

10) Vors. teilt mit, daß der in voriger Sitzung ins Auge gefasste Vertrag zwischen NSV und Gemeinde, den Kindergarten betr., vom Konsistorium abgelehnt worden ist. Rechtsanwalt Neumann hat die Vertretung der Gemeinde übernommen.

### 13. März 1941

S. 161f.

2) Der Verkauf des Predigerklosters an die Stadt Erfurt ist vom Ev. Konsistorium abgelehnt; es wird vielmehr gewünscht, daß die Predigergemeinde das Gebäude würdig? ausbaut, wofür der Parochialverband die Kosten die Kosten der Predigergemeinde zur Verfügung zu stellen hätte. Um die bereits am 17.2.39 beschlossene Wiederherstellung der/des Predigerk...? u. dem ... .. Neustr. 11 zu ... . [nachträglicher Einschub nicht lesbar] G.K.R. beschließt auf das ganze Grundstück Neustr. 11 (Kloster u. Hof) eine Hypothek erster Stelle in Höhe von 100.000 R.M aufzunehmen und mit Banken deshalb zu verhandeln; die Bürgschaft u. Zinsgarantie hätte der Parochialverband zu übernehmen.

3) Vors. gibt Kenntnis von Schwierigkeiten besonderer Art, die dem geplanten Kirchbau an der Binderslebener Landstraße gemacht werden. Infolgedessen fasst G.K.R. ins Auge, von dem Grundstück am Röderweg ein geeignetes Teilstück für den Bau eines Gemeinde- und Pfarrhauses bereit zu stellen. Wegen der Bebauungspläne in jener Gegend soll baldigst mit dem städt. Erweiterungsamt Fühlung genommen werden.

6) G.K.R. beschließt gemäß den Anordnungen der Luftschutzpolizei in der Predigerkirche Wasserleitung im Turm bis zum Übergang auf den Kirchboden zu legen, um den Dachstuhl gegen Brandgefahr wirksam zu schützen.

7) G.K.R. beschließt Sandformen u. Schaufeln dem Kindergarten der NSV im Gemeindehause zu überlassen, die Reifenspiele dagegen für die Gemeinde zurückzubehalten.

### 25. April 1941

S. 162f.

1) Der Vors. erstattet Bericht über die Besichtigung der Predigerkirche u. des Predigerklosters durch Landeskonservator Stierke – Berlin, Provinzialkonservator ..ierse ? – Halle u. Kirchenoberbaurat Dobert. Die Herren haben den Plänen zugestimmt. Das Projekt soll möglichst schnell ausgearbeitet werden.

2) Die Aufnahme einer Hypothek von 100 000 M auf das Predigerkloster schien zunächst gut vorwärts zu gehen. Neuerdings fordert die Meininger Hypothekenbank Verpfändung weiterer Grundstücke, da das Predigerkloster allein keine ausreichende Rentabilität besitze. Diese Forderung lehnt G.K.R. ab; es sollen andere Wege zur Erlangung der Hypothek beschritten werden.

4) Die NSV hat einen Vertragsentwurf über die Vermietung von Räumen des Gemeindehauses für Kindergartenzwecke vorgelegt. G.K.R. steht weiter auf dem Standpunkt, einen Vertrag nicht unterzeichnen zu wollen.

6) G.K.R. beschließt für die Sommermonate des Jahres 1941 den Versuch zu machen, die Sonntagsfrühgottesdienste um 8 Uhr auf Sonnabend Abend 8 Uhr zu verlegen, um den

Kirchgängern, die der angestregten Arbeit in der Kriegszeit wegen eine volle Sonntagserholung nötig haben, Gelegenheit zu geben, einen Gottesdienst zu besuchen.

### 10. Oktober 1941

S. 165

4) G.K.R. stellt 100 M bereit zum Ankauf von Schriften, Blättern, Bildern, Gesangbüchern, Bibeln u. bibl. Schulbüchern, da sie bei der gegenwärtigen Lage bald knapp werden; auch diese 100 M sollen beim Parochialverband erbeten werden.

### 23. Februar 1942

S. 166f.

3) Vors. teilt mit, daß die 3 im Jahre 1928 angeschafften Glocken abgeliefert sind; wahrscheinlich soll auch die große Glocke von 1737 (S...ber?) abgeliefert werden u. zwar bald; es bliebe dann nur die kleine Glocke auf dem Predigerturm, die nicht läutefähig ist.

### 7. Mai 1942

S. 167f.

3) Auch die 4. Bronzeglocke von 1737 ist zur Ablieferung gelangt. Die allein verbleibende kleine Glocke auf dem Predigerturm soll auf den Paulsturm verbracht u. an die Läutemaschine angeschlossen werden.

7) Frau Ritter, welche die Reinigung der Heizung des Gemeindehauses zu besorgen hat, hat neben der von der Predigergemeinde ihr gezahlten Summe von 30 M monatlich von der NSV für Arbeiten im Kindergarten eine zusätzliche Summe von 10 M erbeten u. erhalten. Da das dem Verträge zwischen Predigergemeinde u. NSV widerspricht, übernimmt der G.K.R. die Zahlung auch dieser 10 M unter der Bedingung, daß die Zahlungen von seiten der NSV damit unterbleiben.

8) Der Vors. teilt mit, daß der Polizeipräsident dem Abschluss eines Vertrages über den Keller Neustr. 11 als Luftschutzrettungsstelle, der von der Predigergemeinde entschädigungslos für die Kriegszeit überlassen war, auf 10 Jahre fordert, widrigenfalls wird derselbe beschlagnahmt und die Kosten für Heizung, Unterhaltung u. ...? auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes der Predigergemeinde zugemutet werden. Die Angelegenheit wird dem Ev. Konsistorium als Aufsichtsbehörde vorgelegt.

9) Für die Gottesdienste auf dem Hauptfriedhof soll ein Kollektenbuch angelegt werden, in das die gesammelten Summen mit 2 Unterschriften eingetragen werden müssen.

### 24. Juli 1942

S. 169f.

3) Vors. berichtet, daß das Ev. Konsist. wegen der Unkosten für die Luftschutzrettungsstelle geraten hat, sich mit dem Polizeipräsidenten gütlich zu einigen. Der Vors. hat dagegen Rechtsanwalt Neumann zu Rat gezogen. Dieser hat in mehrfachen Besprechungen bereits erreicht, daß die Verknüpfung dieser Unkosten mit dem Vertrag zurückgezogen ist, auch die von der Gemeinde verlangten Unkosten auf einen geringen Teil beschränkt worden sind (Wassergeld, ev. Licht). Schriftlicher Bescheid ist zu erwarten.

### 15. September 1942

S. 171

3) Die der Predigerkirche gehörenden wertvollen Kunstwerke, wie Schmedenfeldsche Madonna, Verkündigungsgruppe, Kreuzigungsbild, Hochaltar von Koenbergk u. die Leichensteine Ritter v. Lichtenheyn, Legat u. Rosenzweig, ev. Burkhardt sollen gesichert vor

Luftangriffen untergebracht, bzw. ummauert werden. G.K.R. beschließt die 4 genannten Stücke im Predigerturm bzw. dem davor gelegenen Gewölbe unterzubringen, da diese Räume als geeignet bezeichnet worden sind. Die Einmauerung der Grabsteine wird durch die Polizei als Luftschutzbehörde angeordnet werden. Die Abendmahlsgeschirre sollen im Geldschrank untergebracht werden.

4) Die Predigerkirche ist für den Fall eines größeren Luftangriffs als Auffangstelle vorgesehen. Da die Kirche nicht verdunkelt werden kann, sollen nach Verfügg. des Oberbürgermeisters blaue Glühbirnen angebracht werden. Da das jedoch größtm. Schwierigkeiten bereitet, die jetzigen hellen Glühbirnen sowohl für die Gottesdienste als auch besonders für die geplanten 3 städt. Konzerte gebraucht werden, müsste eine besondere Einrichtung zur Anbringung dieser blauen Birnen geschaffen werden. Dem Oberbürgermeister soll in diesem Sinne berichtet werden.

5) Da bei der großen Knappheit an Kohlen der Predigerkirche nur 100 Ztr. Koks für die Heizperiode 1942/43 bewilligt worden sind, beschließt G.K.R. die städt. Bühnen aufzufordern, die für die 3 im Winter geplanten Kirchenkonzerte notwendigen Kohlen zur Verfügung stellen zu lassen. Mit den Kohlen soll möglichst sparsam umgegangen werden. Die Heizung soll möglichst vom 1.11.42 bis 1.1.43 einschl. durchgeführt werden.

**30. Oktober 1942**

S. 172f.

1) Da mit dem 2./3. November die Sommerzeit aufhört u. die Winterzeit wieder eintritt, müssen die Nachmittagsgottesdienste aus der Kirche in das für Verdunkelung eingerichtete Gemeindehaus verlegt werden; sie sollen nach wie vor um 17 Uhr gehalten werden. Die Nachmittagsgottesdienste am Bußtag, Totensonntag u. 1. Advent sollen in der Kirche stattfinden. Die Kirche soll, wie schon beschlossen, vom 1.11. bis Neujahr einschl. für die Nachmittagsgottesdienste geheizt werden, wenn nicht besonders strenge Kälte die Verlegung auch der Vormittagsgottesdienste in das Gemeindehaus am 2. u. 3. Advent wünschenswert macht.

4) Der Predigerkirche ist ebenso wie der Augustiner- & Barfüßerkirche von Polizeipräsidenten aufgegeben worden die Holzteile der Kirche, vor allem im Dach mit einem Feuerschutzstoff zu imprägnieren. G.K.R. nimmt davon Kenntnis, daß von 2 empfohlenen Firmen genaue, verbindliche Kostenanschläge eingefordert sind, bisher ohne Erfolg. Da die Schutzstoffe z. Z. nicht lieferbar sind. Es soll mit weiteren Firmen deswegen verhandelt werden.

5) Von den gegen Luftgefahr zu sichernden Kunstdenkmälern der Kirche ist das Kreuzigungsbild untergebracht; die steinerne Madonna soll baldigst untergebracht werden. Eine Unterbringung des Hochaltars war weder in der Predigerkirche noch in den Gelassen des Doms möglich. Ein Abtrennen der Flügel begegnet größten Schwierigkeiten, darum sollen die Schnitzgruppen sorgfältig herausgenommen u. in der Kirche gesichert, der Altar selbst mit den gemalten Flügeln durch die Stadt in der Kapelle [des Herrenhauses, da Kirche 1939 abbrannte] in Griefstedt untergebracht werden.

8) Pfarrer Dr. Gloege berichtet über die Schwierigkeiten bei Beschaffung von Kohlen für den Hauptfriedhof u. für das

Gemeindehaus Kettenstr. zu den dortigen Veranstaltungen der Predigergemeinde; es ist trotzdem gelungen, gewisse Kohlemengen dafür zu erhalten.

**23. November 1942**

S. 173f.

1) Die Stuttgarter Firma Schadt hat sich bereit erklärt, die Imprägnierung der Holzteile am Dach der Kirche u. dadurch Sicherung gegen Brandgefahr bei Luftangriffen durchzuführen. Der Kostenanschlag, der von Architekt Kellner besonders sorgfältig ausgeführt ist, schließt für die 3 Kirchen (Prediger, Augustiner, Barfüßer) mit 14-15000 M ab; G.K.R. stimmt den geplanten Arbeiten zu u. bittet den Parochialverband wegen Erstattung der dazu nötigen Kosten durch das Reich die Verhandlungen zu führen.

4) Für die Gottesdienste in der Advent- u. Weihnachtszeit wird beschlossen, die Kirche bis zum 3. Jan. 43 zu heizen, vom 10.1.43 ab aber die Gottesdienste im Gemeindehause abzuhalten.

**20. Januar 1943**

S. 175

2) Vors. berichtet über die in letzter Zeit immer lebhafter gewordenen Gerüchte, binnen kurzer Zeit würde die Predigerkirche dem kirchl. Gebrauch u. der Gemeinde entzogen werden. Diese geplante V/N...re? wird in Zusammenhang gebracht mit der neugegründeten Erfurter Musikschule (Meister Eckart Stadt). G.K.R. bespricht sehr eingehend den ganzen Fragenkomplex u. kommt zu folgenden Beschlüssen: Eine persönliche od. auch schriftliche Verhandlung od. Fühlungnahme mit dem Oberbürgermeister wird abgelehnt. Dagegen soll den kirchl. Behörden, Ev. Konsistorium u. Ev. Oberkirchenrat das nötige Material zugeleitet werden. Ihnen soll überlassen werden, ob sie eine Verhandlung mit dem Oberbürgermeister einleiten oder den Weg zu den Reichsministerien beschreiten wollen. Jedenfalls soll die Dringlichkeit betont und besonders darauf hingewiesen werden, daß ein solches Unternehmen gerade in jetziger, schwerer Zeit eine unnötige Beunruhigung u. Belastung der Bevölkerung zur Folge haben und den Wehrwillen beeinträchtigen werde. In derselben Richtung soll versucht werden, prominente Erfurter Bürger für ähnliche Vorstellungen beim Oberbürgermeister od. anderen Stellen zu gewinnen.

**5. Februar 1943**

S. 176

2) Die Bauzeichnungen für den von Kirchenoberbaurat Dr. Dobert, Magdeburg gefertigten Entwurf für den Umbau des Predigerklosters Neustr. 11, welcher die Billigung des Landeskonservators gefunden hat liegt vor, und wird eingehend besprochen. G.K.R. billigt ihn. Eine Möglichkeit, den Bau auszuführen, besteht vorläufig nicht. Doch begrüßt es G.K.R., daß nun ein klarer Plan vorliegt

4) Die Gottesdienste sollen vom 28.2.43 ab wieder in der Predigerkirche gehalten werden; schon aus Rücksicht auf die im Monat März liegenden Feiern des Heldengedenktages, der Konfirmationen u. Konfirmandenprüfungen.

5) Um dem Mangel an Abendmahlswein abzuhelpen, beschließt G.K.R. an die in der Gemeinde wohnenden Geschäftsleute wegen kleinerer Lieferungen an Wein heranzutreten. Von der sonntäglichen Feier des heil. Abendmahls soll möglichst nicht abgegangen werden.

6) Um Altarlichter sparsam zu verbrauchen, sollen bis auf Weiteres die Altarlichter nach der ersten Liturgie gelöscht werden.

**9. März 1943**

S. 177f.

3) Der Vorsitzende teilt mit, daß er seine Versetzung in den Ruhestand für den 1.5.43 beantragt hat; dass, obwohl ein Bescheid noch nicht vorliegt, sicher zu erwarten ist, daß dem Antrag stattgegeben wird. Da die Predigergemeinde rund 11000 Seelen umfasst, ist auch mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die frei werdende Stelle wieder besetzt wird. G.K.R. beschließt, um keine Zeit zu verlieren, die Vorbereitungen zu einer Neuwahl zu treffen, die Stelle im Pfarrerberblatt auszuschreiben u. die Wählerliste aufzulegen.

4) Die im Predigerturm gesicherten u. untergebrachten Teile des Hochaltars sind nach der Verfügung des Provinzialkonservators nicht genügend gesichert, da sie zu dicht liegen, auch wegen der Vermauerung des Turmes nicht kontrolliert werden können. G.K.R. stimmt einer Verabredung mit Architekt Theo Kellner zu, nach der die gemalten Tafeln in einem sicheren Raume des Doms untergebracht werden, da Plastiken lockerer gelagert werden, auch so, daß sie kontrolliert werden können.

5) Vors. teilt mit, daß es endlich gelungen ist, die am 13.3.41 vom G.K.R. beschlossene Aufnahme einer Hypothek in Höhe von 100 000 M. auf das Grundstück Neustr. 11 (Predigerkloster), welche am 18. Aug. 1941, bzw. 17. Sep. 1941 die kirchen- u. staatsaufsichtlich genehmigt worden ist [sic!], durchzuführen, u. zwar in 2 gleichrangigen Summen von je 50 000 R.M., die Frau Else Mücke und Herr Wilhelm Ducké (dieser für seine Tochter Frau Ursula Johanna Kirchseiter?, geb. Ducké in Neuengland?) zur Verfügung stellen.

**9. April 1943**

S. 178f.

1) Pastor Gloege gibt den Versammelten Kenntnis von der Tatsache, daß Pfarrer Kletschke ab 5. April d. Js. beurlaubt ist und sich im Gottesdienst am 4. ds. Mts. bereits von der Gemeinde verabschiedet hat. Es ist sein ausdrücklicher Wunsch, daß von irgendwelchen Abschiedsfeierlichkeiten unter allen Umständen Abstand genommen wird. Jedoch ist ihm daran gelegen, sich in einer Sitzung des GKR von diesem zu verabschieden.

GKR fasst demgemäß folgende Beschlüsse:

a) Vorbehaltlich der Zustimmung des Herrn Prosenior sollen dem aus dem Amte scheidenden Herrn Pfarrer Kletschke, in dankbarer Anerkennung seiner außerordentlichen Verdienste in der pfarramtlichen und seelsorgerlichen Betreuung der Predigergemeinde in einem Zeitraum von über 30 Jahren, die Umzugskosten in voller Höhe vergütet werden.

b) Als sichtbares Zeichen des Dankes soll Herrn Pfarrer Kletschke eine Mappe mit künstlerisch wertvollen Lichtbildern der Predigerkirche überreicht werden.

c) Die feierliche Verabschiedung von Herrn Pfarrer Kletschke soll in einer Sitzung des GKR erfolgen, deren Zeitpunkt nach freier Vereinbarung mit ihm festgelegt werden soll.

**20. April 1943**

S. 179

GKR beschließt: Die Predigergemeinde hat auf ihr Hausgrundstück Neue Str. 11 eine Hypothek von RM 100.000,- an 1. Stelle aufgenommen. Diese Hypothek ist kirchen- und staatsaufsichtlich genehmigt. Außerdem hat der Parochialverband eine Bürgschaft für die Zinszahlung übernommen. Der GKR stellt nun diese Summe, die zu baulichen Zwecken an der Predigerkirche und am Predigerkloster vorgesehen ist, vorläufig hinzu, aber nicht verwendet werden kann, dem Parochialverband zu treuen Händen zur Verfügung mit der Bestimmung, die Summe zur Abdeckung von Schulden der Luthergemeinde möglichst nutzbringend zu verwenden und dafür zu sorgen, daß sie innerhalb von 10 Jahren wieder angesammelt und in voller Höhe der Predigergemeinde zur Verfügung gestellt wird. [...]

**18. Mai 1943**

S. 180

1) Pastor Gloege spricht dem zum letzten Male im Kreise des GKR erschienenen Pfarr[er] Gustav Kletschke für seine großen Verdienste, die er sich in über 30jähriger Amtszeit um die Predigergemeinde erworben hat, den aufrichtigsten Dank des GKR aus [...]. Im Auftrag des GKR überreicht er dem scheidenden Vorsitzenden die im Beschluß 1.b) vom 9. April ds. Js. bewilligte Mappe mit 6 künstlerisch wertvollen Lichtbildern der Predigerkirche und des Predigerklosters. Pfarr[er] Kletschke dankt seinerseits in herzlichen Worten und wünscht der Gemeinde und dem GKR Gottes Segen für die künftige Arbeit.

2) Vors. berichtet über den Stand des Verfahrens zur Wiederbesetzung der vakanten Pfarrstelle. Es liegen bisher 25 Bewerbungen vor. Infolge Bombenschadens konnten die beiden Anzeigen im „Deutschen Pfarrblatt“ erst mit dreiwöchiger Verspätung erscheinen. Außerdem hat das Pf.Bl. seine Erscheinungsweise von 14 Tagen auf 1 Monat umgestellt. Infolge dieser Verzögerung soll das Ende der Meldefrist vom 15. Mai auf den 15. Juni ds. Js. verschoben werden. Alsdann sollen die Bewerbungen in 2 Abteilungen bei den Mitgliedern des GKR kursieren. Jedenfalls wünscht der GKR, daß keine Verzögerung im Wiederbesetzungsverfahren eintritt.

**8. Juni 1943**

S. 181f.

2) Vors. berichtet über die bisher eingegangenen Bewerbungen um die durch die Pensionierung von Herrn Pfarrer Gustav Kletschke freigewordene Pfarrstelle. Es sind bisher 26 Bewerbungsschreiben eingegangen, die in der Reihenfolge ihres Eingangs beziffert wurden. GKR beschließt, sie in 2 Hälften von je 13 unter den Mitgliedern kursieren zu lassen, zwecks Prüfung und Auswahl der künftigen Probeprediger.

4) Vors. berichtet über seine beim Ev. Konsistorium der Provinz Sachsen eingeholten Erkundigungen betr. der Vermietung der Räume im Erdgeschoss des Pfarrhauses Predigerstr. 3. Die Kirchenbehörde vertritt den Standpunkt: Das Pfarrhaus steht grundsätzlich mit seinen sämtlichen Räumen dem Inhaber der betreffenden Pfarrstelle zu. Es steht in seinem Ermessen, im Einvernehmen mit dem GKR Teile seiner Dienstwohnung zu vermieten, um auch an seinem Teile der herrschenden Wohnungsnot abzuhelpfen.

Diesen Standpunkt äußerte erstmals in einer mündlichen Besprechung hieselbst der Präsident des Ev. Konsistoriums, auch als Ansicht des Vorsitzenden der Finanzabteilung Magdeburg. Dem Vors. des GKR wurde stete Fühlungnahme mit dem Justitiar des Ev. Kirchenkollegiums, Herrn Rechtsanwalt Reuter, empfohlen. Auch eine gelegentliche mündliche Entscheidung des hiesigen Wohnungsamtes bestätigt diese Auffassung als zu recht bestehend. Vors. berichtet sodann über seine Verhandlungen mit verschiedenen Wohnungssuchenden und bekundet seinen Willen, nach reiflicher Überlegung einen Mietvertrag zum 1.7. d. Js. mit Frau Wanda Boelcke geb. Schulz, zuletzt wohnhaft in Mainz, z. Zt. Rudolfstr. 14, abzuschließen. Frau B. hat ihre bisherige Wohnung daselbst infolge Luftgefahr aufgegeben und zugunsten einer bei den Fliegerangriffen im August 1942 obdachlos gewordenen mehrköpfigen Familie geräumt. Sie legte eine Bescheinigung der „G.m.b.H. zur Errichtung von Kleinwohnungen in der Stadt Mainz“ vom 27.8.42 vor, derzufolge das Wohnungsamt in Erfurt gebeten wird, sie bei der Zuteilung einer Ersatzwohnung als Gegenleistung dafür, daß sie für eine obdachlose Familie Platz gemacht hat, bevorzugt zu behandeln. GKR stimmt dieser Lösung zu und empfiehlt einen an die Kirchkasse zu zahlenden Mietzins in Höhe von monatlich 35,- RM.

**24. Juni 1943** S. 184

3) Zur Weiterführung des Wahlverfahrens soll, gemäß der „Vorschriften für das Erfurter Pfarrwahlrecht“ vom 21.11.1930, am Mittwoch, den 14. Juni, 20 Uhr, die erste Wählversammlung stattfinden. [...]

4) Die 26 Bewerbungsgesuche sind in Umlauf gesetzt und zum Teil von den Mitgliedern des GKR geprüft worden. Eine endgültige Auswahl soll erst in der ersten Sitzung des Wahlausschusses stattfinden. Jedoch werden einige grundsätzliche Gesichtspunkte geltend gemacht: der zu wählende soll nach Möglichkeit nicht älter sein als der geschäftsführende Pfarrer (Vorschlag Eichel); kinderreiche Pfarrer sollen bevorzugt berücksichtigt werden (Vorschlag Jeremias).

**19. Juli 1943** S. 186

1) Das Ev. Konsistorium der Provinz Sachsen hält in einer [Verfügung?] vom 3. des Mts. aufgrund eines Erlasses des Ev. Oberkirchenrats die Wiederbesetzung der 2. Pfarrstelle an der Predigerkirche während der Dauer des Krieges nicht für notwendig und ordnet an, daß die Fortführung eines etwa eingeleiteten Wiederbesetzungsverfahrens demgemäß unterbleibt. GKR nimmt von dieser Verfügung Kenntnis und beschließt: das Konsistorium soll gebeten werden, zu erwägen, ob die freigewordene Pfarrstelle nach Maßgabe eben jenes Erlasses des Ev. Oberkirchenrates, Ziffer 3.6 (E.O.I. 2309/40; Kirchl. Amtsblatt 1940, Nr. 11, S. 99) nicht zur Wiederbesetzung mit einem Kriegsteilnehmer baldmöglichst freigegeben werden könnte.

**15. September 1943** S. 187f.

1) Das Evang. Konsistorium der Provinz Sachsen hat auf die Bitte des GKR hin die 2. Pfarrstelle an der Predigerkirche zur Wiederbesetzung frei gegeben.

5) Zur Vermeidung von Störungen soll während der Dauer der Gottesdienste in Zukunft die Tür am Hohen Chor geschlossen bleiben.

6) Der Vormittagsgottesdienst am Sonntag, den 5. September wurde durch Fanfarenmusik erheblich gestört. Um Beunruhigungen der Gemeinde in Zukunft zu vermeiden, sollen durch den Vorsitzenden geeignete Schritte unternommen werden zwecks Abstellung der Störungen.

7) Aufgrund eines Schreibens des Herrn Organisten Röhr, der zum Sicherheitsdienst eingezogen ist, soll im Interesse der Durchführung der Gottesdienste und der Weiterführung der Orgelmusiken, durch das Evang. Kirchenkollegium ein Gesuch an den Herrn Polizeipräsidenten mit der Bitte um Beurlaubung von Herrn Röhr für seinen Dienst am Sonnabend und Sonntag sowie möglichst für 2 Wochentage (zum Üben) einzureichen. .

13. November 1943 – Sitzung der Wahlkommission

Die Wahlkommission beschließt nach längerer, gründlicher Erörterung der für die Auswahl der Probeprediger maßgeblichen Gesichtspunkte:

1) Aus der Anzahl der Bewerber (28) sollen nur solche in die engere Wahl gezogen werden, die nach dem 1. Januar 1894 geboren sind.

2) Es sollen drei Bewerber dem Herrn Prosenior benannt und durch diesen zu Probepredigten aufgefordert werden. Diese sollen dadurch ausgewählt werden, daß zunächst jedes Mitglied der Wahlkommission je 3 Bewerber vorschlägt. Diejenigen 3, die die meisten Stimmen erhalten haben, sollen dem Herrn Prosenior genannt werden. Über Reihenfolge und Termine der Probepredigten und über die Texte für Predigt und Katechese soll der Herr Prosenior entscheiden.

3) Die Abstimmung zeigt folgendes Ergebnis. Es erhalten die Bewerber:

Orphal: elf Stimmen, Schröter: acht Stimmen, Neuberg: sieben Stimmen, Weber: sechs Stimmen, Flügge: fünf Stimmen, Zeller: eine Stimme, Bedeker: eine Stimme. Somit sind die Pfarrer Orphal, Schröter und Neuberg dem Herrn Prosenior zu benennen.

**10. Dezember 1943** S. 192

Der Vorsitzende berichtet, daß unter Leitung des Herrn Polizei-Major Bottke eine Lokalbesichtigung der Predigerkirche und des Predigerklosters am Dienstag den 7. Dezember vormittags 9 Uhr stattfand. An der Besichtigung waren beteiligt Lehrer Stein und der Leiter der Musikschule der Stadt Erfurt „Meister-Eckehart-Stadt“ Othendorff. Es wurde im Laufe der Besprechung der Gedanke geäußert, daß für die Predigerkirche, das Predigerkloster und die daran anschließende Schule ein gemeinsamer Luftschutztrupp unter Leitung des Herrn Othendorff gebildet werden soll. Der GKR, um seine Stellungnahme gebeten, erklärt einmütig: GKR\* hält es im Interesse einer wirksamen Luftschutzsicherung des Kirchengebäudes für erforderlich, daß der Feuerlöschtrupp für dasselbe unter Leitung des Vorsitzenden als des Betriebsluftschutzleiters bestehen bleibt. \*Er sieht in den in der Besichtigung am 7. Dezember geäußerten Gedanken lediglich unverbindliche Vorschläge. Selbstverständlich soll dieser im Falle der Gefahr den Nachbartrupps (Predigerkloster und Schule) zur Hilfe eilen, wie auch



seinerseits solche entgegennehmen. Der Behörde soll von dieser Stellungnahme Kenntnis gegeben werden.

**2. Februar 1944** – Sitzung des Wahlausschusses

Die in der Sitzung am 13. November d. Js. ausgewählten 3 Bewerber um die vakante Pfarrstelle, haben geantwortet. Zwei von ihnen haben abgesagt. Herr Pfarrer Orphal in Golzow bei Eberswalde glaubt es unter den durch Fliegerangriffe auf seine jetzige Gemeinde entstandenen Verhältnissen, „nicht verantworten zu können, in diesem Zeitpunkt die schwer heimgesuchte Gemeinde zu verlassen“. Pfarrer Lic. Schröter, z. Zt. Soldat in Altengrabow zieht, in Anbetracht der in Erfurt bestehenden Wohnungsschwierigkeiten seine Bewerbung zurück. Einzig und allein Pfarrer Neuberg, der z. Zt. als Kriegspfarrer im Osten steht, hält seine Bewerbung aufrecht.

Wahlkommission beschließt unter diesen Umständen diejenigen beiden Bewerber in die engere Wahl zu ziehen, die bei der Auswahl in der Sitzung am 13. November v. Js. die nächsthöhere Stimmenzahl auf sich vereinigten. Es sind dies die Pfarrer Lic. Flügge in Ukta in Ostpreußen und Weber, z. Zt. bei der Luftwaffe. Jedoch sollen die beiden Bewerber gebeten werden, um der paritätischen Behandlung der Wahlfrage willen sich mit dem Halten der Probepredigt bis zum z. Zt. noch unbestimmten Urlaub von Pfarrer Neuberg zu gedulden.

**9. Februar 1944**

*S. 194f.*

6) Die Seifenstelle des hiesigen Wirtschaftsamtes ist an den Vors. mit der Bitte um einstweilige Überlassung des großen Saales im Predigergemeindehaus zwecks Ausgabe der Seifenkarten für die Vormittagsstunden herangetreten. GKR stimmt dem Gesuch (nach Analogie der Überlassung der Räume des Reglergemeindehauses durch die Reglergemeinde) grundsätzlich zu. Die technischen Einzelheiten (Beleuchtung, Heizung, Mieta und Benutzungszeit) sollen durch die Herren Fließbach und Scheidemann unter Hinzuziehung der Leitung des Kindergartens in angemessener Weise, die lediglich die entstehenden Unkosten deckt, sinngemäß geregelt werden.

7) Die Firma Mako?-Werke in Erfurt bietet durch Anzeige Kübel aus Lärchenholz für Luftschutzzwecke zum Preise von je RM 70,- an. GKR beschließt, für die Predigerkirche vier solcher Kübel zu bestellen.

8) Ein Kreis junger evangelischer Männer aus Holland, die in Erfurt seit längerer Zeit im Kriegseinsatz arbeiten und sich sehr treu zu den Gottesdiensten unserer Gemeinde halten, hat an den Vors. die Anfrage gerichtet, ob die Möglichkeit bestünde, ihnen zum Abhalten einer wöchentlichen Bibelstunde einen Gemeinderaum zur Verfügung zu stellen. GKR ist, vorbehaltlich der polizeilichen Genehmigung, grundsätzlich damit einverstanden, falls die Bibelstunde deutsch und in Gegenwart eines Pfarrers erfolgt.

**1. August 1944**

*S. 196f.*

Vors. gedenkt bei Eröffnung der Sitzung der Trauerfälle im engsten Mitarbeiterkreise: Herr Fließbach hat seine Frau, Herr Rechnungsführer Scheidemann und Herr Organist Röhr ihre einzigen Söhne im Felde verloren. GKR spricht den Betroffenen seine wärmste Anteilnahme aus.

2) Dem Vors. ist auf der hiesigen Dienststelle der Geheimen Staatspolizei mitgeteilt worden, daß die geltenden

Bestimmungen ein Abhalten einer holländischen Bibelstunde im Predigerhause als einem öffentlichen Gebäude nicht zulassen. Hingegen steht es dem Pfarrer frei, für die Bibelstunde einen Raum im Pfarrhause Predigerstr. 3 zur Verfügung zu stellen.

3) Die Mako-Werke waren nicht mehr in der Lage, Lärchenholz-Kübel für Luftschutzzwecke der Predigerkirche zu verkaufen. Dafür hat Architekt Kellner als der Beauftragte des Herrn Provinzialkonservators [sic!] bei der Firma Schütz, Regenbogengasse eine Anzahl Fässer für die in Frage stehenden Erfurter Kirchen bestellt, von denen 7 zum Preise von je RM 40,- für unsere Kirche geliefert werden. Über die zweckmäßige Aufstellung der Fässer im Kirchenraum (nicht Kirchenboden) soll mit Architekt Kellner noch verhandelt werden.

7) In der Wahlangelegenheit berichtet der Vors., daß Pfarrer Neuberg, der ursprünglich für August seinen Urlaub erhoffte, infolge der allgemeinen Urlaubssperre nicht in der Lage ist, in absehbarer Zeit eine Probepredigt zu halten. GKR bedauert die dadurch erneute Verzögerung des Wahlverfahrens, hält aber an den Beschlüssen der Wahlkommission vom 2. Februar und an Beschluss 2 seine Sitzung vom 9. Februar ds. Js. nach wie vor fest.

**29. September 1944** – Sitzung der Wahlkommission

In Anbetracht der 1 ½ Jahre bereits währenden Vakanz der Pfarrstelle an unserer Predigerkirche soll das Wahlverfahren baldmöglichst durchgeführt werden. Die bisher in die engere Wahl gezogenen Pfarrer Flügge, Neuberg und Weber sollen zu Probepredigten möglichst noch im Laufe des Oktober durch den Herrn Prosenior aufgefordert werden. Für den bisher unabkömmlichen Kriegspfarrer Neuberg soll die Frist bis zum 19. November verlängert werden. Als 4. Probeprediger soll Pfarrer Walter Zimmermann aus Altenburg, der sich nachträglich beworben hat, zugelassen werden.

**29. September 1944** – Sitzung des GKR

*S. 198f.*

1) GKR anerkennt die Notwendigkeit, der Gemeindejugend, die heute keinen Religionsunterricht durch die Schule erhält, eine sachgemäße Unterweisung in der Christenlehre zuteil werden zu lassen. Besonders begrüßt wird, im Verfolg?? der vom Ev. Konsistorium angeregten Anstellung von Katecheten und Katechetinnen, die vom Erfurter Evang. Kirchenkollegium beschlossene Schaffung eines Katechetischen Fonds. GKR beschließt, diesem für den Bereich des Erfurter Parochialverbandes geltenden Fonds jährlich RM 500,- zufließen zu lassen. Die Mittel dazu sollen außer aus freiwilligen Gaben durch die Kollekten der sog. Nebengottesdienste beschafft werden. Demgemäß beschließt GKR: diese Kollekten sollen von jetzt ab zur Hälfte dem Fonds zur Verschönerung der Kirche zufließen, zur anderen Hälfte dem Katechetischen Fonds. Etwaige die Summe von 1000 : 2 = 500 RM – übersteigende Überschüsse sollen der katechetischen Arbeit zufließen.

**31. Oktober 1944**

*S. 199f.*

Pfarrer Dr. Pohl hat als Beauftragter des Ev. Kirchenkollegiums Verhandlungen eingeleitet, die die Anstellung von Kräften zur Unterweisung von Kindern in der Kinderchristenlehre bezwecken. Es steht in Schwester Ruth Abel, die in der Frauen-Missions-Schule Bibelhaus Malche

ausgebildet wurde, eine solche Hilfskraft für unsere Predigergemeinde zur Verfügung. Die genannte ist am 26. ds. Mts. bereits in Erfurt gewesen und hat in einer Vorkonfirmandenklasse eine Probelektion gehalten, die befriedigend ausfiel. GKR beschließt: Es soll mit dem Vorstand der Frauen-Missions-Schule Bibelhaus Malche ein Vertrag geschlossen werden, aufgrund dessen nach dem tarifmäßigen Satze Schwester Ruth Abel probeweise für die Einrichtung der Kinder-Christenlehre in unserer Gemeinde angestellt werden soll. Die Finanzierung soll aus außeretatmäßigen Mitteln erfolgen, durch Spenden aus der Gemeinde und den Kollekten der Abendgottesdienste. Auch die Sparkassenbuch-Beträge des früheren evang. Kindergartens sollen als Rücklage dienen.

**23. April 1945**

*S. 201f.*

2) Der im Predigergemeindehaus geführte Kindergarten der NSV hat durch Verfügung der Militärbehörden vom 12. April zu bestehen aufgehört. Nach Mitteilung des Erziehungsdirektors Riemke steht einer Wiederübernahme der vorher kirchlichen Kindergärten durch die zuständigen Kirchengemeinden nichts im Wege. Herr Rendant Scheidemann berichtet über die finanziellen und personalen Verhältnisse. Der Kindergarten hatte bis 1941 einen Haushaltsplan, der in Einnahmen und Ausgaben jährlich sich auf rund 5800,- RM belief. Pro Kind und je Woche werden 2,- RM, ermäßigt RM 1,40 gezahlt, bei einigen Freistellen. Der städtische Zuschuss belief sich auf 1500,- bis 1000,- RM.

GKR beschließt: Der evang. Kindergarten soll in den bisherigen Räumen im Predigergemeindehause mit dem der Gemeinde gehörigen Inventar ab sofort wiedereröffnet werden. Zwecks Durchführung dieses Beschlusses und Art der Finanzierung wird eine Kommission, bestehend aus dem Vors. und den Herren Fließbach und Scheidemann gebildet. Die bisherige Kindergärtnerin, Frau Peters, die von sich aus ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, soll vorläufig die Leitung übernehmen (Bruttogehalt monatlich ca. 150,- RM), bis wieder eine Diakonisse gefunden ist.

Zur Förderung der Finanzierung soll in absehbarer Zeit eine Hauskollekte in der Gemeinde gesammelt werden.

**26. Mai 1945**

*S. 202f.*

I) Es liegen Gesuche uns zur Verfügungstellung der Predigerkirche zu Konzerten vor. GKR beschließt folgende Richtlinien: „Bedingungen für die Überlassung der Predigerkirche zu Musikaufführungen“. [...]

Es folgen ausführliche Bestimmungen.

II) GKR begrüßt die Wiederaufnahme d. Orgelmusiken durch Herrn Organist Friedrich Röhr an Sonntagabenden und ist gewillt, sie nach Kräften zu unterstützen.

**11. Juni 1945**

*S. 204*

2) In Anbetracht des langen Aufschubes soll nunmehr zur Durchführung der Pfarrwahl zwecks Besetzung der vakanten Pfarrstelle an der Predigerkirche geschritten. [sic!] Die Probeprediger sollen gefragt werden, ob sie ihre Bewerbung aufrechterhalten. Da die Verordnung über das Erfurter Pfarrwahlrecht die zweimalige vorherige Kanzelabkündigung zur Einleitung der Wahl voraussetzt, soll der Herr Prosenior gebeten werden, die Wahl am Sonntag den 1. Juli d. Js. als dem zeitlich frühesten Wahltermin

abzuhalten. Zur Wahl stehen die Pfarrer Neuberg, Weber und Zimmermann.

5) Für die Unterhaltung des Predigerkindergartens soll eine einmalige Hauskollekte gesammelt werden. Unter d. Leitung von Herrn Kirchenältesten Fließbach sollen in Zusammenarbeit mit der Kartei des Kirchsteueramtes die Listen hergestellt, die Bezirke eingeteilt und mit freiwilligen Helfern die Sammlung durchgeführt werden.

**6. Juli 1945** Sitzung d. Wahlkommission u. d. GKR

Um Zersplitterungen bei der am kommenden Sonntag, den 8. Juli, stattfindenden Wahl zu verhüten, soll der heutigen Wählerversammlung nach gründlicher Besprechung über die Probeprediger ein Wahlvorschlag des GKR unterbreitet werden. Der GKR beschließt einstimmig, Herrn Pfarrer Zimmermann aus Altenburg in Vorschlag zu bringen.

Der Wahltermin musste infolge Verhinderung des Herrn Prosenior vom 1. auf den 8. Juli verschoben werden. Die Wahl wird an diesem Tage um 11.30 Uhr im Saal des Predigergemeindehauses stattfinden.

**17. August 1945**

*S. 205f*

1) Vors. gibt einen ausführlichen Bericht über die kirchliche Entwicklung und die neugebildeten Kirchenleitungen für die preußische Landeskirche und die Kirchenprovinz Sachsen, der er selbst angehört.

2) Der Präsident des Ev. Oberkirchenrates, General-superintendent Dr. Dibelius hat Herrn Pastor Brix ab sofort nach Berlin abberufen und an seiner Stelle Herrn Pfarrer Lic. Dr. Benckert aus Breslau kommissarisch an die Predigergemeinde entsandt. Es wird erwogen, falls Pfarrer Benckert nach Erfurt kommt, ihn daraufhin zu betrachten, ob er für die vakante Pfarrstelle geeignet ist. Ihm sowohl wie d. Gemeinde soll Gelegenheit gegeben werden, sich gegenseitig kennen zu lernen. Jedoch soll bei positiven Eindrücken beiderseits die baldige Weiterführung der Wahl betrieben werden.

Der am 8. Juli gewählte Pfarrer Zimmermann aus Altenburg hat die auf ihn gefallene Wahl dankend abgelehnt, da er inzwischen als Kirchenrat in die neue thüringische Kirchenleitung berufen ist.

3) Kirchenältester Fließbach berichtet über die Vorbereitung zur Umdeckung des Kirchendaches. GKR beschließt: Herr Architekt F. Wassum, Erfurt, Elisabethstr. 1, soll beauftragt werden, die Dacharbeiten auf der Predigerkirche im Wege der Selbsthilfe zusammen mit einigen Hilfskräften (Arbeitern und Helfern) vorzunehmen sowie auch die Lohnverrechnung und Zahlung durchzuführen. Herr Wassum übernimmt danach die örtliche Bauleitung und laut seines eigenen Angebotes die Funktionen eines Poliers selbst, um der Not der Zeit Rechnung zu tragen. Er übernimmt weiter die Sorge dafür, daß die Hilfskräfte den Bestimmungen entsprechend gegen Unfall und Krankheit durch geeignete Maßnahmen gesichert werden, eventuell durch Vermittlung eines befreundeten Baubetriebes. Seine Vergütung erfolgt aufgrund besonderer Abmachung mit dem GKR. Verhandlungen mit Behörden und Kassen erfolgen seitens der Baukommission des GKR im Einvernehmen mit ihm. Mit den Bauarbeiten kann sofort begonnen werden. Wegen der

Bereitstellung der Lohnbeträge soll mit dem Herrn Prosenior Rücksprache genommen werden.

4) Das Diakonissenmutterhaus Halle hat der Prediger-gemeinde eine Schwester als Leiterin des Predigerkinder-gartens in Aussicht gestellt. Falls ihre Anstellung möglich ist, soll Frau Peters als Helferin bei geringerer Entschädigung behalten, hingegen die beiden bisherigen Helferinnen ent-lassen werden. Für das Essenholen soll eine besondere Hilfskraft gegen monatliche Vergütung von RM 5,- einge-stellt werden.

5) Es werden die für den Winter sich ergebenden Schwierigkeiten bei der Heizung des Gemeindesaales besprochen. Es soll der Versuch gemacht werden, anlässlich der Notverglasung der Kirche auch die Fenster des Gemeindesaales verglasen zu lassen.

**3. September 1945** S. 207f.

1) In Fortführung der Erörterungen und des Beschlusses 2) des GKR vom 17. August beschließt der GKR [sic!] das Wahlverfahren zwecks Besetzung der 2. Pfarrstelle an der Predigerkirche soll nach der Absage des Herrn Kirchenrates Zimmermann fortgeführt werden. Nach Rücksprache mit dem Herrn Prosenior soll eine erneute Wahl am Sonntag, den 16. September stattfinden. Bei dieser Wahl soll Herr Pfarrer Lic. Dr. Benckert der Wählerversammlung zur Wahl gestellt werden. Ob weitere Bewerber, etwa die Pfarrer Weber und Neuberg erneut aufgestellt werden können bzw. müssen soll durch Rücksprache mit dem Herrn Prosenior geklärt und in der nächsten Sitzung der Wahlkommission am 14. September entschieden werden. Die Wählerversammlung zwecks Vorbereitung und Durchführung der Wahl soll am 14. September um 20 Uhr im Saal des Predigergemeindehauses stattfinden.

3) Kirchenältester Dr. Schneemann berichtet über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten bei der Umdeckung des Kirchendaches. Die Arbeiten machen erfreuliche Fortschritte. Aus gegebenem Anlass stellt der GKR fest: Dem Vorsitzenden ist vor Vergebung der Er...dungsarbeiten durch den Justitiar des Ev. Ministeriums, Herrn Rechtsanwalt Reuter ausdrücklich erklärt worden: diese Arbeiten bedürfen nicht der Genehmigung des Herrn Prosenior, da jede Gemeinde in der Vergebung solcher Aufträge selbstständig zu entscheiden hat.

4) GKR beschließt: die Verglasung der durch Bombenwirkung zertrümmerten Kirchenfenster soll dem Glasmaler Ernst Kraus in Weimar übertragen werden.

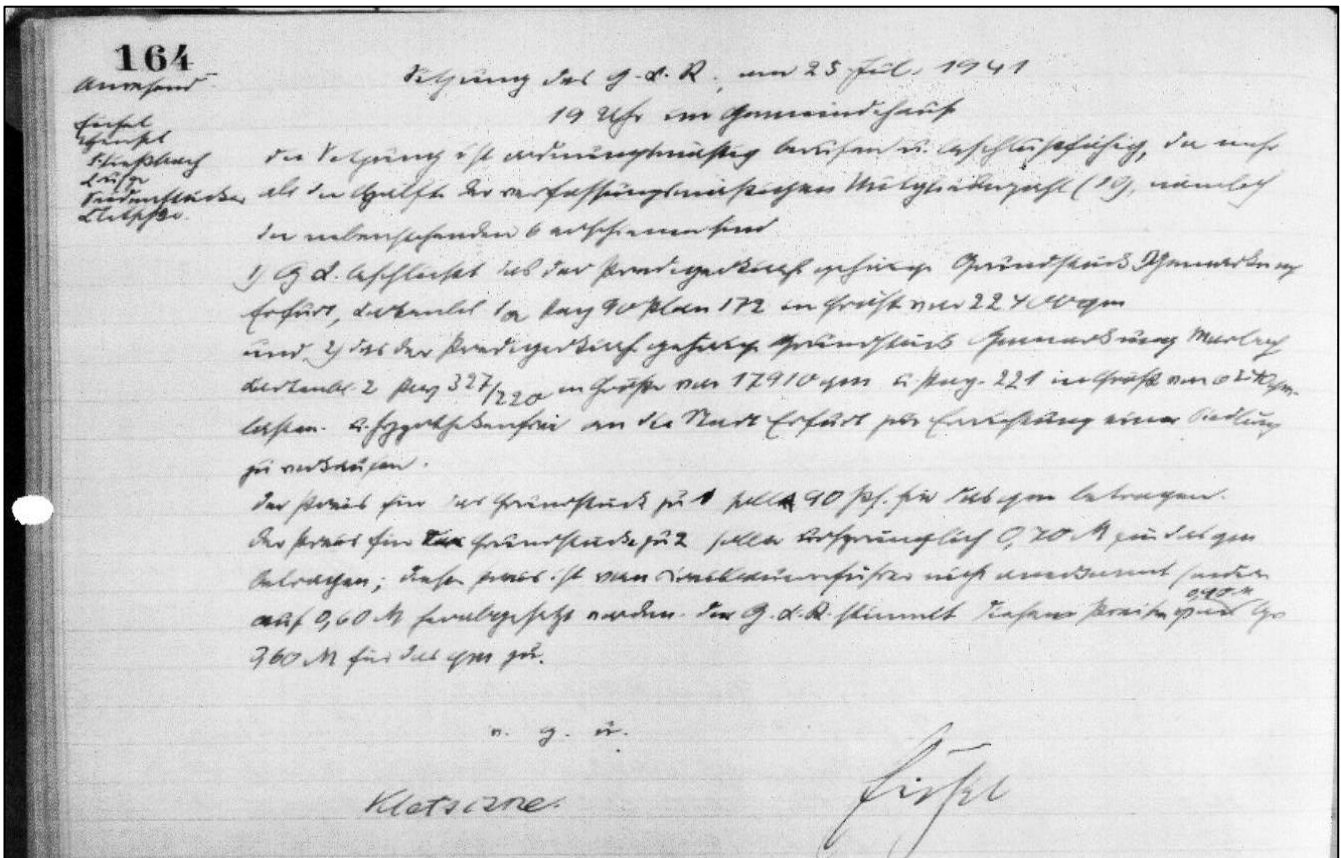
5) Über die Neudeckung des Predigerklosters soll in der nächsten Sitzung des GKR entschieden werden.

**14. September 1945** Sitzung der Wahlkommission

1) Wahlkommission beschließt, gemäß Beschluss des GKR Nr. 1 vom 3. September, die Besetzung der vakanten Pfarrstelle an der Predigerkirche vorzunehmen. Der Herr Prosenior hat im Einvernehmen mit dem GKR die Wahl auf Sonntag, den 16. Sept., 9 Uhr angesetzt. Wahlkommission beschließt, der anschließenden Wählerversammlung Herrn Pfarrer Lic. Dr. Benckert aus Breslau als zu wählenden Pfarrer vorzuschlagen.

**3. Oktober 1945** S. 208

Vors. gedenkt des Hinganges des Kirchenältesten Richard Hensel, der durch plötzlichen Tod am 4. September verstarb. Sodann begrüßt er Pastor Dr. Benckert als Gast, der am 16. September zum Pfarrer an der Predigerkirche gewählt wurde.



Auszug vom 25. Juli 1941 aus dem Protokollbuch des GKR 1926 – 1955. (Archiv der Predigergemeinde)

## ANHANG – CHRONOLOGIE DER NATIONALSOZIALISTISCHEN GESCHICHTE IN DEUTSCHLAND/THÜRINGEN EINSCHLIEßLICH DER WICHTIGSTEN DATEN DER EVANGELISCHEN KIRCHE UND DER PREDIGERGEMEINDE IN ERFURT

Johannes Staemmler und Mathias Heller

### 1930

**23.01.1930 – 01.04.1931** Reichsweit erste Regierung unter Beteiligung der NSDAP; Wilhelm Frick wird Thüringer Innen- und Volksbildungsminister

**12.04.** Erlass „Wider die Negerkultur“ – erster NS-Bildersturm in Thüringen

**16.04.** Einführung eines „Deutschen Schulgebets“ antisemitischen Inhalts in Thür.; durch den deutschen Staatsgerichtshof am 11.07. aufgehoben.

**15.11.** Schaffung eines „Lehrstuhls für Rassefragen und Rassenkunde“ an der Universität Jena. Antrittsvorlesung unter Anwesenheit von Hitler, Göring, Hess und Frick.

### 1932

**31.07.** NSDAP siegt bei Landtagswahlen in Thür. mit 42,5 %, Regierung mit Fritz Sauckel als Innenminister und vorsitzendem Staatsminister.

**21.11.** erste Luftschutzübung in Erfurt; Kirchenglocken und Sirenen geben 19:50 Uhr das Signal zur Verdunkelung; zahlreiche Erfurter Geschäfte und Bewohner boykottieren dies

### 1933

**22.01.** bei der Kirchenratswahl in Thüringen erzielten die Deutschen Christen (DC) ein Drittel aller abgegebenen Stimmen

**30.01.** Hitler wird zum Reichskanzler ernannt

**02.02.** ThürVO über das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel

**27.02.** Reichstagsbrand

**28.02.** drei Generalsuperintendenten wenden sich an die Pfarrer mit mahnenden Worten wegen Fragen nach „parteipolitischen Bindungen“ (Onnasch 48)

**28.02.** Reichstagsbrandverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ Einschränkung der Verfassung; Aussetzung der Grundrechte; „Schutzhaft“ ohne richterliche Kontrolle; Ausschaltung KPD und Einschränkung SPD

**08.03.** Ankündigung Reichsinnenminister Fricks zur Errichtung der ersten KZ's in Dachau und Oranienburg

**10.03.** Notgesetz über das Beflaggen durch öffentliche Körperschaften; auch die Hakenkreuzflagge wird Reichsflagge

**15.03.** die Deutsch-Christliche Bewegung hält in Erfurt eine Werbeveranstaltung ab (Onnasch 45)

**21.03.** erste Regierungserklärung Hitlers, darin u.a.: „Die nationale Regierung (sieht) im Christentum das unerschütterliche Fundament des moralischen und ethischen Lebens.“; Masseneintritte in die Kirche werden gemeldet (Onnasch 49)

**24.03.** Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich („Ermächtigungsgesetz“ = Abschaffung der Kontrolle durch das Parlament)

**29.03.** Boykott jüdischer Geschäfte; in Erfurt leben 831 Juden; davon können in den nächsten Jahren 180 emigrieren

**31.03.** Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich

**01.04.** Aufruf der NSDAP zum Boykott jüdischer Geschäfte

**03. – 04.04.** Erster Reichstag der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ (GDC) in Berlin

**07.04.** Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (mit dem „Arierparagraph“)

**12.04.** Gleichschaltung der Hochschulen

**16.04.** der Oberkirchenrat begrüßt in einer Osterbotschaft an die Gemeinden „den Aufbruch der tiefsten Kräfte unserer vaterländischen Nation zu nationalem Bewusstsein, echter Volksgemeinschaft und religiöser Erneuerung“

**26.04.** Hitler ernennt den Wehrkreispfarrer Ludwig Müller zu seinem Vertrauensmann gegenüber der Ev. Kirche

**01.05.** 1. Mai wird staatlicher Feiertag

**02.05.** Gewerkschaften werden zerschlagen; 44 Funktionäre werden vom

Erfurter Gewerkschaftshaus mit erhobenen Händen zum Polizeigefängnis abgeführt

**04.05.** Entlassung aller „Nichtarier“ aus dem öffentlichen Dienst; Trauerverbot von Angehörigen verschiedener „Rassen“ durch die Thüringische Landeskirche

**04.05.** der parteilose Oberbürgermeister Dr. Bruno Mann wird zum Rücktritt gezwungen; Nachfolger wird das NSDAP-Mitglied Theodor Pichler

**10.05.** Bücherverbrennungen vor den Universitäten gegen „undeutschen Geist“

**27.05.** Bodelschwingh wird gegen den Kandidaten und Bevollmächtigten des Führers zum Reichsbischof gewählt, jedoch weder vom Reichskanzler noch vom Reichspräsidenten empfangen; daraufhin Rücktritt Bodelschwinghs und Beginn des Kirchenkampfes zwischen den Deutschen Christen (DC) und den Gläubigen, die sich der Gleichschaltung widersetzen

**15.06.** GKR: Diskussion über die DC; zu Besuch Hitlers in Erfurt Beflaggung der Kirche beschlossen; Konfirmanden aus der Hitler-Jugend sollen regelmäßig den Gottesdienst besuchen; auf Beschwerde wegen Störung des Pfingstgottesdienstes durch NS-Musikkorps hat der Polizeipräsident für die Zukunft Verhinderung solcher Störungen zugesagt; hoher Aufwand zur Zeugnisausstellung wegen Nachweis der arischen Abstammung

**17./18.06.** Thüringer SA-Gautreffen in Erfurt unter Anwesenheit Hitlers; 300.000 Teilnehmer; Hitler wird Erfurter Ehrenbürger

**24.06.** Ministerialrat August Jäger (NSDAP) wird Staatskommissar für die Altpreußische Union (APU)

**25.06.** „Theologische Existenz heute“ von Karl Barth erscheint: „Gehorsam dem, der allein Gehorsam verdient“

**14.07.** Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (Grundlage für Zwangssterilisationen)

**15.07.** Gründung Landesamt für Rassenwesen in Weimar; Ermordung des

jüd. Kaufmanns Waldemar Schapiro durch die SA

**21.07.** Einführung des Hitlergrußes

**23.07.** staatlich oktroyierte Neuwahlen zu allen kirchlichen Körperschaften (die DC setzen sich fast überall zu 2/3 durch)

**24.08.** GKR: Finanzlage der Gemeinde sehr gespannt; der vom Finanzamt geschätzte Rückgang gegen das Vorjahr beträgt 44 %

**05.09.** die „Braune Synode“ in Preußen führt den Arierparagraph ein

**21.09.** Niemöller ruft zur Bildung eines „Pfarrernotbundes“ auf: bis Jan. 1934 siebentausend Mitglieder = 1/3 der ev. Pfarrer, während die DC max. zweitausend Mitglieder hatten

**22.09.** Reichskulturkammergesetz (Ausschaltung der Juden aus dem kulturellen Leben)

**27.09.** Nationalsynode in Wittenberg: Hitler-Intimus Ludwig Müller (DC) wird Reichsbischof, dessen Kompetenz und Autorität bleiben aber umstritten

**Okt.** Pfr. Ritzhaupt (Barfüßer) beanstandet im GB die Kritik Bodelschwings als design. Reichsbischof

**19.10.** Berufung eines Bruderrates des Pfarrernotbundes

**Nov.** in der Baupolizei Predigerstr. 8 wird eine Luftschutzberatungsstelle eingerichtet

**13.11.** skandalöse Sportpalast-Kundgebung der DC: Forderung nach Entfernung aller konvertierter Juden, Verwerfung des Alten Testaments...

**19.11.** erste Suspendierungen vom Pfarramt in Deutschland

**19.12.** Eingliederung der Ev. Jugend in die HJ

## 1934

**04.01.** Maulkorberlass von Ludwig Müller

**25.01.** Kirchenführerempfang bei Hitler

**30.01.** Gesetz über Neuaufbau des Reiches; Länderregierungen jetzt Mittelbehörden des Reichs

**März** „Reichsbruderrat“ koordiniert die BK

**14.04.** Vertrag über die Eingliederung der Ev. Jugend in die HJ liegt vor (GKR)

**22.04.** erster Auftritt der BK-Mitglieder aus ganz Dtl. in Ulm

**29. – 31.05.** 1. Bekenntnissynode der Bekennenden Kirche (BK) in Barmen beschließt das Barmer Bekenntnis – Ablehnung des NS-Führungsanspruchs, DC als Häresie, Notrecht gegen von den DC gestellten Kirchenleitungen

**30.06.** Röhmputsch (Entmachtung SA, Mordaktion an konservativen Regimekritikern)

**02.08.** Tod Hindenburgs – Hitler jetzt Führer und Reichskanzler

**09.08.** das Diensteidgesetz (Treueid auf Hitler) löste in der Ev. Kirche heftigen Widerspruch aus; nach entschlossenem Widerstand der BK wurde das Gesetz zurückgezogen und eine Regelung auf später verschoben

**15.09.** Bischof Peter (DC) aus Magdeburg führt den Senior Kurz (Thomas-kirche + DC) in sein Amt ein; die Pfarrer im Pfarrernotbund boykottieren den Bischof

**19. – 20.10.** 2. Bekenntnis-Synode in Dahlem: Gründung der illegalen Kirche (BK) mit eigenen Organen; nun wird auch regelmäßig eine Kollekte für die BK gesammelt

**01.11.** GKR: Senior Kurz erwartet vom GKR, dass sich der Pfarrer bei Abkündigungen kirchenpol. Verlautbarungen enthält; der GKR spricht Pfr. Kletschke das Vertrauen aus

**22.11.** Bildung der „Vorläufigen Kirchenleitung“ der BK (VKL) unter Bischof Marahrens (Hannover)

**Dez.** im Gemeindeblatt wird bedauernd zur Kenntnis genommen, dass die Kirchenfahne nicht mehr gehisst werden darf

## 1935

**30.01.** Deutsche Gemeindeordnung: Abschaffung Gemeindewahlen, Bestimmung der Bürgermeister durch die NSDAP

**März** die Gestapo nahm es als Affront auf, wenn Kirchen- und Hakenkreuzfahnen nicht gemeinsam an Kirchen hängen (Lageber. Gestapo Prov. Sachsen)

**04./05.03.** Bekenntnis-Synode der APU in Dahlem beschließt Kanzelverkündigung gegen Neuheidentum und NS-Rassenideologie; zahlreiche Verhaftungen ev. Pfarrer

**11.03.** Aufbau der Luftwaffe unter Bruch des Versailler Vertrages

**16.03.** Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht

**17. u. 24.03.** BK-Kanzelabkündigung „wider Abgötterei“ (715 Verhaftungen)

**Mai – Aug.** verstärkte Boykott-Propaganda und Gewaltakte gegen Juden

**Mai** im GB wird rückblickend das Jahr 1934 als ein Jahr des Kirchenkampfes bezeichnet

**04.06.** GKR: der BK wird die Kirche für Gottesdienste zur Verfügung gestellt; es soll ein Bauplatz in der „Kinderreichen-Siedlung an der Cyriaksburg“ für eine später zu errichtende Predigtstätte gesucht werden

**04. – 06.06.** 3. Bekenntnissynode in Augsburg

**26.06.** Luftschutzgesetz

**26.06.** 6-monatige Arbeitsdienstpflicht für junge Männer (ab Sept. 1939 auch für Frauen) – Stärkung der Wirtschaft und Erziehung

**09.07.** „Verbot der Hetze gegen das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ mit Strafandrohung wegen kirchlichem Auftreten gegen die Sterilisierung Behinderter

**23.07.** Anordnung des Reichsführers der SS Himmler über ein Verbot konfessioneller Jugendarbeit, die nicht rein kirchlich-religiöser Art ist

**30.08.** Eröffnung der Deutschen Luftschutzausstellung im Erfurter Schauspielhaus, die alle Schüler obligatorisch zu besuchen haben

**15.09.** Gesetz zum Schutze des Deutschen Blutes und der Deutschen Ehre (Nürnberger Rassegesetze) – Grundlage für den sukzessiven Entzug der staatsbürgerlichen Rechte der Juden

**24.09.** „Gesetz zur Sicherung der dt. ev. Kirche“: Ermächtigung des neu ernannten Reichskirchenministers Hanns Kerrl zur „Wiederherstellung geordneter Zustände“

**26.09.** Gottesdienst der BK in Regler

**04.10.** nach dem Erlass des RMDI vom 4.10.1935 durfte an Feiertagen und zu besonderen Anlässen auf kirchlichen Gebäuden allein die Reichsflagge (Hakenkreuzfahne) wehen

**08.10.** die unter größter Geheimhaltung 1933 begonnenen Kasernenbauten in der Löberfeld- und Bergkaserne werden bezogen; Erfurt gehört mit 6.500 Soldaten zu den größten deutschen Garnisonen

**17.10.** Einführung der Reichskirchen-ausschüsse (RKA)

**18.10.** „Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit“ – verstärkte Propaganda gegen „lebensunwertes“ Leben

**21.10.** GKR: von einem Gemeindeglied wird ein Bauplatz für einen Kirch- und Gemeindehausbau an der Binderslebener Str. angeboten; die Stadt will das Kloster, abgesehen vom Keller, auf weitere 10 Jahre mieten; der GKR bringt eine Bereitstellung des Kapitelsaales zu einem auszustattenen Eckhart-Gedenkraum ohne Minderung der Miete ins Gespräch

**24.10.** Gottesdienst der BK in Prediger mit 1.000 Besuchern (Lagebericht Gestapo 3/1935)

**18.12.** der Polizeipräsident bittet den GKR um Erlaubnis, den großen Gewölbekeller auf Kosten des Reichsluftschutzbundes als Schutzraum mit Notbeleuchtung, Splitterblenden und Gasschleusen ausbauen zu lassen, der GKR stimmt dem zu

## 1936

**07.02.** GKR: Verhandlungen mit dem Gemeindeglied Benary wegen eines Bauplatzes für ein Gemeindehaus an der Bindersleber Landstraße sind weiter gediehen; dagegen hat die Andreaskirche es abgelehnt, die Gemeindegebiete jenseits der Bindersl. Str. an die Predigergem. abzutreten

**17. – 22.02.** 4. Bekenntnissynode in Oeynhausen – Spaltung in eine gemäßigte und eine radikale Richtung (Reichsbruderrat) angesichts der versuchten Zusammenarbeit der Gemäßigten mit Reichskirchenminister Kerrl; Rücktritt der 1. VKL

**25.02.** GKR: gemeinsame Sitzung mit der Andreaskirche über die Abtretung der beiden Siedlungen Gartenstadt und Peterborn an Prediger

**04.03.** Ausstellung „Entartete Kunst“ in München

**07.03.** Einmarsch ins entmilitarisierte Rheinland (Bruch des Versailler Vertrages)

**11.03.** Walter Kießling (NSDAP) wird Oberbürgermeister

**12.03.** GKR: Architekt Theo Kellner wird beauftragt, einen Entwurf für Kirche u. Gemeindehaus mit Pfarrwohnung vorzulegen u. einen genauen Kostenanschlag aufzustellen

**12.03.** Wahl der 2. VKL der BK durch den Reichsbruderrat

**12.03.** GKR: der Polizei-Präsident hat eine Luftschutz-Sirenenanlage im Paulsturm beantragt, GKR stimmt zu

**28.04.** GKR: das städtische Bauamt wünscht, dass die Gebäude nicht an der Bindersl. Landstraße, sondern in Verbindung mit einer zu erbauenden Schule auf dem höchsten Punkt des Geländes errichtet werden

**Mai** Abdruck einer Veröffentlichung des Reichsministers Kerrl zur Kirchenfrage im GB

**28.05.** Pfingst-Denkschrift der 2. VKL gegen staatl. Unrechtsmaßnahmen und NS-Rassenpolitik – nach Übergabe an Hitler am 04.06. zahlreiche Verhaftungen ev. Geistlicher

**22.06.** GKR: Die Eibe Predigerstr. 3 ist unter Naturschutz gestellt; Entwurf für Kirche, Gemeindehaus u. Pfarrhaus am Westbahnhof wird gutgeheißen; auf die Beschwerde des GKR wegen Störung des Gottesdienstes am 17.05. durch Musik der Hitler-Jugend hat der Polizei-Präsident das Weitere veranlasst

**Juli** Pfr. Ohagen (Berlin) kritisiert im GB die „Feierstunden“ der DC

**06.07.** GKR: nach Billigung der Bau- u. Finanzierungspläne soll sofort, spätestens im Herbst 1936 mit dem Bau begonnen werden

**25.07.** militärische Unterstützung General Francos im Spanischen Bürgerkrieg durch Legion Condor bis 1939

**24.08.** Einführung der 2-jährigen Wehrpflicht

**22.09.** große Luftschutzübung in Erfurt

**15.11.** Martin Niemöller predigt in der Predigerkirche über den Zinsgroschen

**20.11.** Verkündigung des Einsatzes aller Kräfte gegen den Bolschewismus durch die ev. Kirchenleitung (DC)

**01.12.** Gesetz über die Hitler-Jugend

**10.12.** GKR: das Winterhilfswerk darf im Predigerkeller 15 Tonnen Kartoffeln lagern; Angebote für Maurer- und Zimmerarbeiten am Gemeindehausneubau werden angenommen

## 1937

**Jan.** Abgrenzung von den DC im GB

**02.01.** Polizei und Regierungspräsident verhindern in der Kirche mit

Gewalt die Predigt des Landesbischofs Meiser zur Ev. Woche

**06.01.** GKR: Bericht über die durch die Staatspolizei verbotene Ev. Woche u. über die verbotenen Gottesdienste, in denen die Landesbischöfe Meiser und Wurm predigen sollten; Einspruch an das Kirchenministerium in Berlin, dass den für die Gottesdienste angesetzten ordnungsmäßigen Pfarrern die Predigt verboten u. dadurch die gesetzlich verbürgte Freiheit der ev. Verkündigung beschränkt wurde; erhebliche Beunruhigung der Gemeinde

**12.02.** Rücktritt des Reichskirchen-ausschusses

**15.02.** Hitler-Erlass zur Wahl einer Generalsynode der DEK

**21.03.** „Mit brennender Sorge“ – Enzyklika von Papst Pius XI. wird nach heimlicher Verbreitung in allen kath. Gemeinden verlesen; Sie wendet sich gegen das Neuheidentum, die Rassenlehre und das Führerprinzip und lehnt die Entjudaisierung des Alten Testaments ab

**19.04.** GKR: die Baupolizei hat die Genehmigung für den Bau des Gemeinde- und Pfarrhauses wegen Bedenken der Fluchtlinienführung noch nicht erteilt, der Bau soll im September begonnen werden

**28.05.** der Fliegerhorst Erfurt-Bindersleben wird von Hermann Göring besucht; Freiwillige nehmen an der Aktion Condor in Spanien teil.

**Juni** BK-Kollekten-, Kirchaustritts-abkündigung- und Lehrverbot; große Verhaftungswelle in der APU

**Juni** Pfr. Kletschke nennt im GB die „Gottgläubigkeit“ einen „Irrglauben“

**23.06.** APU-Bruderratssitzung aufgehoben; 8 Mitglieder verhaftet

**30.06.** Goebbelerlass: Vervielfältigungen fallen unter Schriftleitergesetz

**Sommer** Eskalation des Kirchenkampfes gegen die BK – Verhaftung von ca. 800 Geistlichen

**01.07.** Verhaftung von Martin Niemöller (bis 1945 in KZ-Haft)

**15.07.** Beginn der Errichtung des Konzentrationslagers Buchenwald

**27.08.** Beschlagnahme von 765 als „entartet“ eingestufte Kunstwerke im Angermuseum

**01.09.** 25-jährige Amtszeit von Pfarrer Kletschke

**08.09.** Arisierung des Kaufhauses „Römischer Kaiser“

**10.11.** Verbot des Gem.blattes durch die Gestapo wegen „ausgesprochen staatsfeindlichen Charakter(s)“

**16.11.** Juden erhalten nur noch in Ausnahmefällen Reisepässe

**19.11.** GKR: da sich der geplante Bau des Gemeindehauses stark verzögert soll eine Gemeindegewerbestation für die Siedlungen bestellt werden

## 1938

100 Erfurter Lehrer weigern sich, anstelle des ev. Religionsunterrichts nat.-soz. Weltanschauung zu lehren

**15.02.** Einführung eines land- und hauswirtschaftlichen Pflichtjahres für ledige Frauen unter 25 Jahren

**02.03.** Niemöller kommt ins KZ; seine zunächst geplante Hinrichtung wendet der britische Lordbischof G. Bell ab, indem er die Presse über den Fall Niemöller informiert

**06.03.** GKR: Die beantragte zweite Gemeindegewerbestation ist vom Mutterhaus Halle für die Außenbezirke bewilligt worden und wird am 1.4. ihre Arbeit beginnen; durch den geplanten Schulbau verzögert sich der Bau des Gemeindehauses; die für den Heldenedenktag vorgesehene Musik. Feierstunde in der Kirche soll nicht wie abgesprochen vom Erfurter Sängerkreis sondern von der Kriegsgräberfürsorge veranstaltet werden – der aus der Kirche ausgetretene Sprecher darf aber weder von Kanzel noch vom Altar, sondern von der Orgelempore sprechen

**12.03.** Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich

**20.04.** „EOK-Geburtstagsgeschenk“ an Hitler: Übernahme des Beamten-Eides auf den Führer – von 18.000 Pfarrern widersetzen sich nur einige Hundert aus der „radikalen“ BK

**24.04.** GKR: Antrag im Staatspolizeiamt Berlin, dass das Gem.blatt wieder erscheinen darf

**28.04.** Verordnung über die Anmeldung jüdischen Vermögens über 5.000 RM

**Mai** Bildung der Hilfsstelle der BK für ev. „Nichtarier“ (Büro Pfarrer Grüber) in Berlin, die insb. nach der „Reichskristallnacht“ und während des Kriegs

für zahlreiche Protestanten jüd. Herkunft, aber auch nicht ev. getaufte Juden Unterstützung organisiert

**17.06.** GKR: wegen der weiteren Bauverzögerung soll die Wahl eines 2. Pfarrers schleunigst vorbereitet u. eine Mietwohnung im Außenviertel für den Pfarrer zum 1.10. od. 1.1.39 beschafft werden

**10.07.** GKR: am Morgen ist ein großer Stein durch ein Kirchenfenster der Nordfront in die Kirche geworfen worden; die Polizei konnte Täter nicht ermitteln

**23.07.** BK gibt die Eidesleistung auf den Führer frei

**17.08.** Vornamenverordnung: Zusatz „Israel“ bzw. „Sara“ für Juden

**22.08.** GKR: Andreaskirche tritt Gebiete westl. des Langen Grabens und der Rudolfstraße an die Predigerkirche ab; in der Cyriaksiedlung besteht reges Verlangen nach Gottesdiensten – am Erntedankfest wird ein Fahrdienst eingerichtet

**01.09.** GKR: 22 Bewerbungen um die 2. Pfarrstelle

**20.09.** GKR: aus 7 ausgewählten Bewerbungen werden 4 Gastprediger ausgewählt

**30.09.** Berufsverbot für jüdische Ärzte

**01.10.** Einmarsch ins Sudetenland; Beteiligung der Erfurter 29. Inf. division und des Panzerregiments 1

**05.10.** Reisepässe von Juden werden mit einem großen „J“ gekennzeichnet

**26.10.** Sofortige Ausweisung von 17.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit (über 100 aus Erfurt), daraufhin Attentat von Herschel Grynszpan auf den Diplomaten Ernst vom Rath – Vorwand für den Novemberpogrom

**06.11.** ordentliche Pfarrwahl nach dem Hauptgottesdienst im hohen Chor der Predigerkirche – Pfr. Gloege beginnt als 2. Pfarrer in Prediger

**09.11.** Judenpogrom (sog. „Reichskristallnacht“); Ermordung von über 100 Juden; Zerstörung nahezu aller Synagogen und von ca. 7.000 Geschäften ohne Anspruch auf Versicherungsleistung; auch in Erfurt brennt die Synagoge – 197 Erfurter jüd. Männer werden in der Neuerbeschule misshandelt und dann bis zu 2 Monate in Buchenwald eingesperrt

**10.11.** Martinsfeier in Erfurt „In Scharen kamen die Leute, Kinder mit Laternen, an die Stelle, wo es noch rauchte und die Trümmer lagen“

**12.11.** Forderung einer „jüd. Sühneleistung“ von 1 Mrd. RM; Juden dürfen keine Theater, Kinos und Ausstellungen besuchen; jüdische Kinder werden vom Schulbesuch ausgeschlossen; „VO zur Ausschaltung von Juden aus dem Wirtschaftsleben“

**14.11.** GKR: Als Pfarrhaus für den 2. Pfarrer soll das Haus Hegelstr. 8 für 48.000 RM gekauft werden. Als Seelsorgebezirk werden die äußeren Gemeindegebiete bestimmt. Er hält bis zum Bau der neuen Kirche die Gottesdienste in dem kirchlich hergerichteten Raum im Gebreite und in der Kapelle des Hauptfriedhofes.

**23.11.** VO über die Auflösung aller jüd. Betriebe und Geschäfte; Juden werden Führerscheine und Zulassungen entzogen.

**29.11.** GKR: Die Stadt will das Predigerkloster kaufen; der GKR hat Bedenken.

**15.12.** GKR: Architekt Kellner legt zwei Entwürfe für den geplanten Kirchbau vor; GKR entscheidet sich für den mehr burgähnlichen

**Dez.** Protest des ev. Landesbischofs von Württemberg Th. Wurm gegen die judenfeindlichen Maßnahmen; Entstehung des Kreisauer Kreises um Peter Yorck und James Graf v. Moltke

**08.12.** Systematische Erfassung aller Sinti und Roma

## 1939

**06.01.** GKR: der Polizeipräsident hat den Predigerkeller erneut als Luftschutzkeller in Anspruch genommen; die Kirchenaustrittszahlen waren 1938 gleich hoch wie 1937

**12.01.** Konvent der BK-Pfarrer zum ersten Mal mit Gloege (Biogr. Gloege)

**15.01.** Feierliche Einführung von Pfr. Dr. Gloege in der Predigerkirche

**30.01.** Hitler kündigt im Falle eines Krieges die „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ an

**15.03.** GKR: obwohl von „bedeutender Stelle“ zum Verkauf des Predigerklosters an die Stadt geraten worden ist, bleibt der GKR bei seinem Beschluss vom 29.11.1938

**15.03.** Einmarsch in die Tschechei; Beteiligung der Erfurter 29. Inf. division

und des Infanterieregiments 71; großer Empfang in Erfurt – OB Kießling erklärt, dass Erfurt dadurch Mittelpunkt des Großdeutschen Reiches wurde

**25.03.** Jugenddienstverordnung – Verpflichtung für alle zwischen 10 und 18 Jahren zum Dienst in BDM und HJ

**04.04.** Gründung des „Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“ in Eisenach auf Betreiben der Deutschen Christen durch 13 evangelische Landeskirchen; sein wissenschaftlicher Leiter wurde Walter Grundmann, Professor für Neues Testament an der Universität Jena

**11.04.** GKR: die Zahl der Kirchengesamtschritte im 1. Quartal übersteigt die Gesamtzahl von 1938; der Plan für die im Predigerkeller geplante Luftschutzrettungsstelle liegt vor, einem Durchbruch in den Grundmauern der Kirche stimmt der GKR nicht zu

**30.04.** Ausweisung von „Nichtariern“ aus „arischen“ Häusern

**23.05.** VerdunkelungsVO: zwischen Sonnenuntergang und -aufgang sind alle notwendigen Lichtquellen zu verdunkeln und alle übrigen Lichtquellen außer Betrieb zu setzen

**Juni** Fam. Gloege bezieht eine Wohnung bei Wilhelm Benary, Norkusplatz 2 (Biogr. Gloege)

**04.07.** GKR: Pfarrer Dr. Gloege beantragt, ihm zum 1.10. das Pfarrhaus Predigerstr. 4 bereit zu stellen und dem jetzigen Mieter zu kündigen, da seine jetzige Wohnung zu eng sei; GKR beschließt, die Kündigung zu prüfen, eine ausreichende Mietwohnung möglichst schnell zu beschaffen, den Kauf eines Pfarrhauses mit Gemeinderäumen weiter zu verfolgen und den Bau eines Pfarrhauses mit Gemeindesaal zu forcieren

**08.08.** GKR: zur Beschleunigung des geplanten Baus von Kirche, Pfarr- und Gemeindehaus wird ein Antrag an den Ev. Oberkirchenrat gerichtet, beim Reichsinnenministerium die Bauerlaubnis u. Bereitstellung des Materials zu erwirken; beim städt. Liegenschaftsamt wird der Antrag gestellt, innerhalb der Siedlung Cyriak einen Bauplatz zu kaufen

**18.08.** Verpflichtung der Ärzte zur Meldung missgebildeter Kinder – Vorbereitung zu deren Ermordung

**21.08.** die Erfurter Einheiten der 29. Inf.division gehen an die polnische Grenze bei Brieg

**23.08.** Hitler-Stalin-Nichtangriffspakt mit Aufteilung Polens gemäß geheimen Zusatzprotokolls

**26.08.** Garantieerklärung Hitlers für Neutralität Belgiens, Luxemburg, Dänemark, Niederlande und Schweiz

**01.09.** Einmarsch in Polen – der 2. Weltkrieg beginnt

**01.09.** Hitlererlass zur „Gewährung von Gnadentod für unheilbar Kranke“: Grundlage für „Euthanasieaktion T4“; ab Oktober bis Kriegsende ca. 200.000 Ermordete

**01.09.** die Erfurter Firma Topf & Söhne liefert an das KZ Buchenwald Leichenverbrennungsöfen

**20.09.** GKR: der Vors. weist auf die Kriegszeit hin, die Ernst u. Pflichttreue von jedem verlange; tägliche Betstunden sind abends 6 Uhr in der Kirche eingerichtet; vom Organisten u. Kirchner wird unter Hinweis auf die Kriegszeit erwartet, dass sie ihre Dienste unentgeltlich zur Verfügung stellen; die allgemeine Verdunkelung verbietet die Abhaltung von Abend-Gottesdiensten bei Licht

**21.09.** Anordnung zur Konzentration der polnischen Juden in Ghettos

**22.09.** 1. Massenmord an polnischen Psychiatriekranken in Conradstein

**06.10.** Abschluss der Kämpfe in Polen

**08.11.** GKR: die Wohnung im 1. Stock Norkusplatz 2 des Herrn Dr. Wilhelm Benary wird zu einem monatlichen Mietpreis von 140 M für Pfarrer Dr. Gloege gemietet; beim Bau der Luftschutz-Rettungsstelle im Predigerkeller brach das Gewölbe neben dem Predigerturm ein, in dem Geldschrank u. Truhe mit den kirchl. Geräten untergebracht waren

## 1940

**Jan.** Auflösung pommerscher Irrenanstalten („Gnadentod“); Erste „Probevergasungen“ in Brandenburg-Görden – Beginn der systematischen „Euthanasie“-Morde in Grafeneck („Aktion T4“); Zahlreiche Proteste und Denkschriften ev. und kath. Würdenträger und Geistlicher dagegen

**12.02.** erste Judendeportationen aus dem Reich nach Polen

**15.02.** erste Straßenrazzia in Warschau zur Deportation von Arbeitskräften nach Deutschland

**04.03.** Einsatz der deutschen Juden zur Zwangsarbeit

**09.04.** Überfall auf Dänemark und Norwegen

**Mai** Deportation von 2.330 Sinti u. Roma nach Polen

**10.05.** Überfall auf Frankreich unter Missachtung der Neutralität der Benelux-Staaten

**12.05.** Pfarrer Gloege identifiziert sich in der Pfingstpredigt mit der Ausweitung des Krieges und malt die Dimension eines Weltkrieges an die Wand

**20.05.** Errichtung KZ Auschwitz

**10.06.** GKR: für die Kirche ist noch Heizmaterial für 2 – 3 Sonntage vorhanden; es wird erwogen, den zweiten Gottesdienst am Nachmittag im Gemeindehaus zu halten

**14.06.** Besetzung Paris

**04.07.** die Einkaufszeit der Juden wird von 16 – 17 Uhr beschränkt, Juden dürfen kein Telefon besitzen

**10.07.** Tausende Erfurter begrüßen die aus Frankreich heimkehrenden siegreichen Truppen

**19.07.** Protest von Landesbischof Wurm gegen die Patientenmorde

**17.08.** Luftangriff auf Erfurter Gneisenaukasernen

**15.09.** Gloege verurteilt die nat.-soz. Euthanasie, indem er predigt, dass „christliche Liebe nur da echt ist, wo sie der Not abhilft, ohne jegliche Rücksicht auf den Nutzen“

**16.11.** Bruderratsvorsitzender Wolfgang Staemmler verhaftet

**27.11.** GKR: Bericht über „traurige Erfahrungen im Konfirmandenunterricht“

**19.12.** Verhaftung Pfarrer Grübers, Schließung der „Hilfsstelle“; Grüber ist bis 1943 in KZ-Haft, sein Mitarbeiter W. Sylten wird 1942 in Hartheim ermordet

**20.12.** GKR: konkrete Überlegungen über den Verkauf des Predigerklosters an die Stadt

## 1941

**Jan.** Einrichtung der „Euthanasie-Anstalt“ in Hadamar, in der ca. 14.500 Behinderte, psychisch Kranke, „Halbjuden“ und „Ostarbeiter“ ermordet wurden



23 leitende BK-Leute verhaftet (APU-Prüfungsausschuss)

**13.01.** GKR: Pläne der NSV, alle evang. Kindergärten zu übernehmen

**23.01.** GKR: Einspruch gegen die Rücknahme der Genehmigung des Regierungspräsidenten für die evang. Kindergärten

**29.01.** GKR: die Bedingungen zur Übergabe des Kindergartens werden formuliert

**13.03.** GKR: der Verkauf des Predigerklosters an die Stadt Erfurt ist vom Ev. Konsistorium abgelehnt; auf Anordnung der Luftschutzpolizei soll eine Wasserleitung im Turm bis zum Übergang auf den Kirchboden gelegt werden

**30.03.** Ankündigung Hitlers, den Russlandfeldzug als „Vernichtungskampf mit barbarischer Härte“ zu führen

**22.04.** GKR: mit Vertretern aus Magdeburg werden Kirche und Kloster besichtigt, um zu klären, was mit dem Kloster werden soll

**25.04.** GKR: im Sommer sollen die Sonntagsgottesdienste um 8 Uhr auf Samstag-Abend 8 Uhr verlegt werden, um den Kirchgängern in der angestrengten Kriegszeit eine volle Sonntagserholung zu ermöglichen

**19.05.** Gloege wendet sich an die Gestapo in Berlin, um die Aufhebung des Reichsrede- und -schriftumsverbots zu erreichen; seinerzeit hätte es sich um rein innerkirchlich-theologisch-dogmatische Auseinandersetzungen gehandelt, die nicht auf eine politische Unzuverlässigkeit schließen dürfte (Biogr. Gloege)

**22.06.** Einmarsch in die Sowjetunion

**24.06.** erste Massenerschießungen von Juden im Osten

**Juni** Befehl Himmlers, in Auschwitz große Vergasungsanlagen zu errichten; die Erfurter Firma Topf & Söhne baut in den KZ's Buchenwald, Mauthausen, Gusen und Auschwitz Leichenverbrennungsöfen

**09.07.** Luftangriff Erfurt-Huttenplatz

**31.07.** Ermächtigung Görings an Heydrich zur „Lösung der Judenfrage“

**03.08.** zahlreiche Proteste von Geistlichen beider Konfessionen gegen die Patientenmorde

**01.09.** Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden (Tragen des

Judensterns); sie dürfen ihren Wohnbezirk nicht mehr verlassen

**03.09.** erste Zyklon-B-Morde an 900 sowj. Kriegsgefangenen in Auschwitz

**18.09.** OB Kießling ordnet an, dass Judenfamilien in „Judenhäusern“ zusammengedrängt werden

**22.09.** erster Fliegeralarm in Erfurt tagsüber

**Okt.** Juden dürfen in Erfurt keine öff. Verkehrsmittel benutzen; OB Kießling lehnt sogar Ausnahmegenehmigungen bei langem Arbeitsweg ab

**23.10.** Auswanderungsverbot für Juden

**14.11.** Beginn der Juden-deportationen aus Deutschland

**25.11.** Verordnung über die Einziehung jüd. Vermögens bei Deportation

**04.12.** Austritt des OB's von Erfurt mit seiner ganzen Familie aus der ev. Kirche

**05.12.** Ende des Blitzkrieges; Winterkrise vor Moskau

**09./10.12.** zeitgleicher Protest des Bischofs Th. Wurm im Namen der ev. Kirchenführerkonferenz und von Kardinal Bertram im Auftrag der Dt. Bischofskonferenz gegen die „Bedrückung der Kirche“ und die Ermordung von Insassen von Heil- und Pflegeanstalten; daraufhin offiziell Einstellung der „Euthanasie“; jedoch geheime Weiterführung unter der Tarnbezeichnung „Aktion 14f13“ bis zum Kriegsende

## 1942

zahlreiche Verhaftungen, Verfahren (z.T. mit Todesurteilen) und KZ-Einweisungen von Geistlichen wegen „defätistischer Äußerungen“, „Wehrkraftzersetzung“ u. ä.

**05.01.** Juden müssen alle Woll- und Pelzsachen abliefern

**20.01.** Wannseekonferenz zur bürokratischen Koordinierung der „Endlösung der Judenfrage in Europa“

**05.02.** der Beschluss der Dt. Ev. Kirchenkanzlei, getaufte „Nichtarier“ aus der Ev. Kirche auszuschließen, stößt auf entschiedenen Protest der Konferenz des „Landesbruderrats“

**23.02.** GKR: die drei im Jahre 1928 angeschafften Glocken sind abgeliefert abgeholt (Gloege: „Auf dem Altar des Vaterlandes gelegt.“); es soll auch die große Glocke von 1737 abgeliefert werden; es bleibt nur die kleine nicht

läutefähige Glocke auf dem Predigerturm, die später auf den Paulsturm versetzt wird

**Mrz.** Bau eines Lagers für 1.300 Zwangsarbeiter in der heutigen Paulschäfer-Straße

**02.03.** Denkschrift von Bischof Th. Wurm gegen den NS-Kulturkampf

**08.03.** Beginn der systematischen Bombardierung deutscher Städte durch englische Flugzeuge (Essen)

**13.03.** Beginn Massentransporte von deutschen Juden nach Auschwitz

**16.03. – 19.10.** „Aktion Reinhardt“ – Ermordung und Beraubung von über 1,5 Mio. Juden in drei eigens geschaffenen Vernichtungslagern im Osten (Belzec, Sobibor, Treblinka)

**21.03.** Sauckel wird Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz (mehrere Mio. Zwangsarbeiter)

**01.05.** die Erfurter Firma Topf & Söhne ist im KZ Auschwitz am Bau von 4 großen Krematorien beteiligt (46 Leichenverbrennungsöfen mit Kapazität für 8.000 zu verbrennende Leichen täglich) und liefert Entlüftungen für die Gaskammern

**09.05.** erster Transport von 600 Juden aus 40 Thüringer Orten (101 aus Erfurt) in das Ghetto Belzec und von dort aus weiter in das KZ Majdanek. Überlebende sind nicht bekannt

**12.05.** in Auschwitz werden die ersten Ermordungen von Juden mit Zyklon B durchgeführt

**14.05.** Gloege beerdigt zum ersten Mal einen gefallenen Soldaten

**24./25.05.** erste Tagung des oppositionellen „Kreisauer Kreises“; Kontaktaufnahme der ev. Pfarrer H. Schönfeld und D. Bonhoeffer von der BK mit dem Bischof von Chichester G. Bell in Schweden

**18.06.** Juden müssen alle elektrischen, optischen und mechanischen Geräte abliefern

**20.06.** alle jüd. Schulen werden geschlossen

**Sommer** Beginn der Flugblattaktionen der studentischen Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ um Hans und Sophie Scholl

**Aug.** Verhaftung der „Roten Kapelle“

**15.09.** GKR: die Kunstwerke der Kirche sollen zum Schutz vor Luftangriffen im Predigerturm gesichert werden; die Predigerkirche ist für den

Fall eines größeren Luftangriffs als Auffangstelle vorgesehen; es sollen zur Verdunkelung blaue Glühbirnen angebracht werden; große Knappheit an Kohlen

**19.09.** zweite große Deportation von 877 Thüringer Juden (41 aus Erfurt, 5 Überlebende) nach Theresienstadt

**19.10.** Juden erhalten keine Lebensmittelkarten mehr

**30.10.** GKR: die Nachmittagsgottesdienste müssen aus der Kirche in das für Verdunkelung eingerichtete Gemeindehaus verlegt werden; die Holzteile der Kirche, vor allem im Dach sind mit einem Feuerschutzstoff zu imprägnieren

**12.12.** das Thür. Luftgaukommando genehmigt die Abhaltung von Gottesdiensten von Sonnenuntergang bis 19 Uhr an den Adventssonntagen sowie am 25. und 31.12. in den Kirchen, in denen wegen der hohen Fenster die Verdunkelung nicht vollständig durchgeführt werden kann

**24.12.** in der Weihnachtspredigt stellt Gloege die Predigerkirche als Gemeindegemeinde dar, um zu verhindern, dass daraus eine Eckhart-Gedenkstätte der Nazis wird (Biogr. Gloege)

## 1943

**20.01.** GKR wendet sich gegen die Pläne, Predigerkirche und -kloster zu entsakralisieren, um daraus eine Eckhart-Wallfahrtsstätte zu machen

**27.01.** Beginn der amerikanischen Tagesangriffe (Wilhelmshafen)

**30.01.** zum 10. Jahrestag der Machtergreifung predigt Gloege, an diesem Tage hätten sich die Gedanken des Volkes in besonderer Weise geeint

**02.02.** Kapitulation vor Stalingrad; das traditionsreiche Erfurter Infanterieregiment 71 und die 29. Inf.division verbluten vor Stalingrad

**05.02.** GKR: um Altarlichter sparsam zu verbrauchen, werden die Altarlichter nach der ersten Liturgie gelöscht

**11.02.** Verpflichtung von 17-jährigen als Luftwaffenhelfer

**18.02.** im Berliner Sportpalast proklamiert Goebbels den totalen Krieg

**18.02.** Verhaftung der „Weißen Rose“; zahlreiche Hinrichtungen

**02.03.** Deportation von Erfurter Sinti und Roma nach Auschwitz

**09.03.** GKR: Pfarrer Kletschke ist in Ruhestand getreten; die im Predigerturm untergebrachten Teile des Hochaltars werden in einem sicheren Raume des Doms untergebracht

**25./26.04.** Denkschrift eines Kreises ev. Laien in München an Bischof Meiser; Protest gegen das Schweigen der Kirche gegenüber der Judenvernichtung; sie zirkuliert in illegalen Abschriften und wird im „Ev. Presse-dienst“ in der Schweiz veröffentlicht

**Mai** Auflösung des Vernichtungslagers Belzec; Exhumierung und Verbrennung der Leichen; Beginn der Tilgung der Spuren des Völkermords

**18.05.** GKR: Pfr. Kletschke wird in den Ruhestand verabschiedet; die einberufene Wählerversammlung zur Pfarrerwahl wird abgesetzt, da das Konsistorium entschieden hat, selbst über die Besetzung zu entscheiden

**27.06.** Gloege predigt zum Kirchweihfest gegen eine Entsakralisierung des Gotteshauses (Biogr. Gloege)

**Juli** Gloege macht drei Wochen Urlaub in Garmisch; am 31.08. zieht die Familie ins Pfarrhaus (Biogr. Gloege)

**11.07.** Alliierten landen auf Sizilien

**12.07.** nachgedruckte Flugblätter der „Weißen Rose“ gehen per englischem Ballon bei der Sulzer Siedlung nieder

**08.09.** Besetzung Italiens

**15.09.** GKR: Beschwerde wegen der störenden Fanfarenmusik beim Gottesdienst am 05.09.

**16.10.** Bekenntnis-Synode der APU in Breslau: Wort zum 5. Gebot betr. Vernichtung „unwerten Lebens“ und der „Nichtarier“; in der „göttlichen Ordnung“ hätten Begriffe wie „Ausmerzungen“, „Liquidieren“ und „unwertes Leben“ keinen Platz

**31.10.** Gloege predigt: „Wer aber am Geschehen handelnd, opfernd und leidend teilhat, der weiß es besser und betet: ‚Mach dem Krieg ein Ende!‘“

**28.11.** alliierte Konferenz von Teheran; Beschluss der Aufteilung Deutschlands und Verschiebung der polnischen Ostgrenze

## 1944

**21.01.** Bombenangriff auf östliche Bezirke in Erfurt

**30.01.** Kundgebung der NSDAP zum 11. Jahrestag der Machtergreifung fällt wegen Fliegeralarm aus

**Feb.** Zerschlagung des „Kreisauer Kreises“

**02.02.** GKR: die Pfarrwahl zieht sich hin

**09.02.** GKR: mit Genehmigung der Gestapo ist jeden Mittwoch Bibelstunde mit den niederl. Zwangsarbeitern im Arbeitszimmer von Pfr. Dr. Gloege

**20.02.** erster Großangriff auf Erfurt (Heinrichstr., Peterbornsiedlung, Pfeiffersgasse); 133 Tote; in der Tettaustr. wird eine Auffangstation für Obdachlose eingerichtet; betroffen ist auch der Gemeindebereich von Gloege

**19.03.** deutsche Besetzung Ungarns; Deportation von 438.000 Juden zwischen Mai u. Sept. nach Auschwitz; sofortige Ermordung von 320.000

**10.04.** Zusammensein der Holländer am 2. Ostertag im Pfarrhaus

**Juni** Gloege fährt fünf Wochen zur Erholung nach Berchtesgaden

**06.06.** Alliierte Landung in der Normandie („D-Day“)

**13.06.** V1-Beschuss Londons

**14.07.** der ehemalige Erfurter Reichstagsabgeordnete Theodor Neubauer (KPD) wird verhaftet und am 5.2.1945 hingerichtet

**20.07.** Attentat auf Hitler; Gloege hält nichts vom Tyrannenmord: „Die Pflicht zur Resistenz und zur Sabotage habe ich mir noch niemals vorgehalten gesehen.“ (Biogr. Gloege)

**20.07.** Bombenangriff auf Bindersleben, Erfurt-Nord, Junkersand, Pils, Anger, Ursulinenkirche (284 Tote)

**24.07.** die Sowjetsoldaten erreichen das von der SS geräumte und in Brand gesteckte KZ Majdanek; die Gaskammern sind noch erhalten

**25.07.** Führererlass über den totalen Krieg: Urlaubssperre, 60-Stunden-Woche...

**01.08.** GKR: die Gestapo bestimmt, dass die Bibelstunden der Niederländer nicht in öffentlichen Räumen aber in Räumen des Pfarrhauses stattfinden können

**25.08.** Befreiung von Paris

**05.09.** Erlass über die Bildung des Volkssturmes – auch die Erfurter waffenfähigen Männer von 16 bis 60 Jahren werden einberufen, um den „Heimatboden“ des Deutschen Reiches zu verteidigen

**08.09.** V2-Raketen auf London und Antwerpen

**11.09.** Amerikaner erreichen die Reichsgrenze bei Trier

**29.09.** GKR: der Gemeindejugend, die keinen Religionsunterricht durch die Schule erhält, soll eine sachgemäße Unterweisung in der Christenlehre zuteilwerden

**01.10.** zum Erntedankfest spricht Gloege von einer „besonders ernsten Zeit, in der es um die Eigenständigkeit unserer Kultur im Herzen Europas geht.“; „Wenn unsere Predigerkirche zerstört werden sollte, wäre dies ein furchtbarer Schlag – aber viel schwerer wäre der Schaden, wenn Menschen über uns kämen, die unseren Kindern das Evangelium aus dem Herzen rissen.“ (Biogr. Gloege)

**16.10.** Sowjetsoldaten erreichen Reichsgrenze bei Königsberg

**31.10.** GKR: für die Kinder-Christenlehre soll eine Schwester angestellt werden

**11.11.** Bomben auf Erfurt (Johannes-, Meienberg-, Futterstraße, Kaufmannskirche, Neuerbeschule)

**25.11.** Abriss der Gaskammern in Auschwitz auf Befehl Himmlers

**26./27.11.** am Vorabend des Totensonntags schwerer Angriff mit Luftminen: Kaufhaus Reibstein, Neue Mühle, Barfüßerkirche (71 Tote); es werden alle Fenster der Predigerkirche und das Dach des Pfarrhauses zerstört; Elisabeth Gloege sagt: „Jetzt höre ich die Juden ihre Scherben in der Kristallnacht zusammenkehren!“; beim Decken des Pfarrhauses helfen die Holländer mit (Biogr. Gloege)

**Dez.** Gottesdienste finden wegen der beschädigten Kirche nur noch im Gemeindehaus statt (Biogr. Gloege)

**24.12.** in der Weihnachtspredigt stellt Gloege fest: „Für alles haben die Menschen Raum: für Aufbau und für Zerstörung, für Volks- und Völkerbeglückung in ihrem eigenen Namen, für Unrecht und Brutalität, und nun schon seit fünf Jahren Raum für Krieg und Blutvergießen. Bloß für Gott haben wir keinen Platz, wenn er kommt.“ (Biogr. Gloege)

**25.12.** Weihnachtsfeier mit den Holländern (Biogr. Gloege)

## 1945

**Jan.** Todesmärsche aus den Lagern im Osten ins Reich mit mehreren hunderttausend Opfern

**27.01.** Sowjetsoldaten befreien das KZ Auschwitz; sie fanden über eine Million Kleider, ca. 45.000 Paar Schuhe und 7 Tonnen Menschenhaar

**30.01.** letzte Rundfunkrede Hitlers: "Sollte das deutsche Volk an dieser Prüfung zerbrechen, ich könnte ihm keine Träne nachweinen."

**04. – 11.02.** Konferenz von Jalta: vier Zonen in Dtl., Westverschiebung Polens, Rahmen für Vereinte Nationen

**09.02.** Bombeneinschlag Collegium Maius (138 Tote)

**10.02.** die Firma Topf & Söhne ist im KZ Mauthausen am Wiederaufbau von 30 im KZ Auschwitz ausgebauten Leichenverbrennungsöfen beteiligt

**19.02.** Bombenangriff Neuerbeschule (223 Tote)

**25.02.** Bombeneinschlag Augustinerkloster (267 Opfer)

**15./17.03.** Bombenangriffe Nettelbeckufer, Kirche Melchendorf (112 Tote)

**19.03.** Nerobefehl Hitlers, auch in Dtl. Zerstörung aller Industrie- und Versorgungsanlagen beim Rückzug

**27. – 31.03.** Bombenangriffe Erfurt-Süd, Gymnasium Schillerstraße, Neuwerkstraße (228 Tote)

**03./04.04.** der geplante engl. Doppelangriff auf Nordhausen und Erfurt findet nur auf die nordthür. Stadt statt, da eine Gefährdung der amerik. Bodentruppen befürchtet wird, die schon hinter Gotha stehen; Nordhausens historische Innenstadt wird nahezu vollständig zerstört; in Erfurt sind 37.430 Flüchtlinge und Evakuierte gemeldet

**07. – 10.04.** bei Todesmärschen aus Buchenwald werden von den 47.500 Häftlingen 12.500 ermordet

**09.04.** Bonhoeffer wird im KZ Flossenbürg ermordet

**11.04.** Amerikaner treffen im KZ Buchenwald noch auf 21.000 Häftlinge; sie stoßen bis Jena vor; Erfurt ist bis auf die Weimarer Straßen von den Amerikanern eingeschlossen; dem Ultimatum der Amerikaner will OB Kießling nachgeben; der Stadtkommandant Oberst Merkel befiehlt Erfurt gemäß Nerobefehl bis aufs letzte zu verteidigen; General Jodel

leitet den Führerbefehl weiter, Kießling als Defätisten zu erhängen und zeichnet gleichzeitig Merkel wegen Tapferkeit aus; Kießling wird vom Mordkommando jedoch nicht aufgefunden

**12.04.** nach dreistündigem Artilleriebeschuss nehmen die Amerikaner um 20.40 Uhr verlustreich (55 amerik. Gefallene) Erfurt ein, dabei werden ca. 4.700 dt. Soldaten gefangen genommen und mehrheitlich ins Sammellager Bad Kreuznach gebracht; das Oberkommando der Wehrmacht meldet: „Konzentrische Angriffe auf Erfurt wurden blutig abgeschlagen.“ BBC meldet: „Braunschweig und Erfurt verweigerten die Übergabe und wurden gestürmt.“

**15.04.** Gloege predigt im Gemeindehaus zum Gottesdienst vor 80 Menschen über Johannes 10 – „Jesus sagt: Ich bin der gute Hirte“

**20.04.** viele Helfer reinigen den Hohen Chor für eine Trauung

**23.04.** GKR: der Kindergarten ist durch Verfügung der Militärbehörden vom 12.04. durch die Kirchengemeinde wieder zu übernehmen

**28.04.** Zusammenkunft zw. Militärregierung (Captain Baer) und Vertretern beider Kirchen (Prosenior Breithaupt und Propst Dr. Freusberg) in Erfurt, um die zukünftige Zusammenarbeit zu beraten; im Protokoll kommt das kritische Misstrauen der Militärregierung zum Ausdruck: „Wir sind hier als Sieger. Wir tragen aber keine Rachegefühle. Wir haben aber auch keine Freundschaft. [...] In religiöser Beziehung werde volle Freiheit herrschen. Die Gläubigen sollen dazu angehalten werden, die Anordnungen der Militär-Regierung zu befolgen. [...] Religionsunterricht (auch Konfirmandenunterricht) ist bis auf Weiteres verboten. Kinderpredigt ist erlaubt. Thüringen ist eine Hochburg des Nationalsozialismus gewesen, und es muss alles unterbunden werden, was getarnt zum Wiederaufleben desselben ausgenutzt werden kann.“

**29.04.** die Predigerkirche wird wieder für Gottesdienste genutzt

**30.04.** Selbstmord Hitlers

**02.05.** drei amerikanische Feldgeistliche kommen und erkundigen sich nach dem kirchlichen Leben in Erfurt: ein Lutheraner, ein Reformierter und

ein Anglikaner; die Holländer kommen auch und alle singen: „Nun danket alle Gott“ (Biogr. Gloege)

**06.05.** Pfarrer Niemöller wurde im Konzentrationslager Dachau befreit

**08.05.** Kapitulation Deutschlands; nach Kriegsende besteht die jüd. Gemeinde Erfurts noch aus 15 Mitgliedern, von ehemals 1.290

**11.05.** Verbot des Läutens der Kirchenglocken wird aufgehoben

**12.05.** die allgemeine Verdunkelung wird abgeschafft

**21.05.** Niemöller-Dank-Gottesdienst in der Predigerkirche: Gloege zieht in der Predigt vor 3.000 Besuchern ein erstes Fazit über die geistige Situation der Zeit, er geht auf die Bekennende Kirche und den Kirchenkampf mit den Deutschen Christen ein und erwähnt auch die geplante Meister-Eckhart-Gedenkstätte

**26.05.** GKR: es liegen Gesuche zur Nutzung der Predigerkirche für Konzerte vor

**28.05.** es kommt im Ev. Ministerium zu ersten Auseinandersetzungen zwischen BK-Pfarrern und DC-Anhängern

**05.06.** die vier alliierten Militärbefehlshaber übernehmen die oberste Regierungsgewalt in Deutschland

**11.06.** GKR: die aufgeschobene Pfarrwahl soll schnell abgeschlossen werden

**03.07.** die Rote Armee rückt in Erfurt ein

**05.07.** die Amerikaner übergeben Thüringen an die Sowjetische Militäradministration

**08.08.** Gloege wird Probst von Erfurt

**17.08.** GKR: das Kirchendach soll unter Leitung von Architekt F. Wassum umgedeckt werden; es soll der Versuch gemacht werden, anlässlich der Notverglasung der Kirche auch die

Fenster des Gemeindesaales verglasen zu lassen

**16.09.** Heinrich Benckert wird Pfarrer der Predigergemeinde (Gloege wird Prof. für Systematische Theologie in Jena)

**19.10.** im „Stuttgarter Schulbekenntnis“ gesteht der Rat der EKD die Schuld der deutschen evangelischen Christen im Zusammenhang mit den Verbrechen des NS-Staates

**31.08.1952** Einweihung des einzigen Synagogenneubaus der DDR in Erfurt, der aber auf staatlichen Geheiß nicht „zu groß und sakral“ wirken durfte

**1949 – 53** auf Anregung von Pfarrer Benckert werden aus den farbigen Glasscherben kriegszerstörter Erfurter Kirchfenster durch den Künstler Heinz Hajna die in Deutschland einmaligen sogenannten Trümmerfenster über dem Nordportal und im Hohen Chor angebracht

## Literatur und Quellen

Protokollbuch des GKR 1926 – 1955. Archiv der Predigergemeinde.

Beyermann, Andre: Zwangsarbeit in Thüringen 1939 – 1945. Erfurt 2000

Buresch, Anja: Kampf um Erfurt. Erfurt 2016.

Fleischhauer, Markus: Der NS-Gau Thüringen 1933 – 1945. Eine Struktur- und Funktionsgeschichte. Köln 2010.

John, Jürgen/Jonscher, Reinhard/Stelzner, Axel: Geschichte in Daten Thüringen. München/Berlin 1995.

Gibas, Monika: „Arisierung“ in Thüringen. Erfurt 2008.

Gloege, Henning: Nach Thüringen. In: Biografie Gerhard Gloege. Typoskript (elektronisch). 351 Seiten.

Gräfe, Marlies, Bernhard Post u. Andreas Schneider: Die Geheime Staatspolizei im NS-Gau Thüringen 1933 – 1945. Erfurt 2004.

Grille, Dietrich/Kaiser, August-Wilhelm: Thüringen unter dem Sternenbanner: Mainz 1990.

Hoscheck, Dr. Jutta: Deportation und staatlich organisierter Raub in Erfurt in: Stadt und Geschichte. Heft 1/2012., S. 33.

John, Jürgen: Thüringen in den Jahren 1918 – 1945. Erfurt 1996.

Lipschik, Franz: Erinnerungsorte an die Zeit des Nationalsozialismus, In: Stadt und Geschichte. 3/2004, S. 6 – 7. Weimar 1999.

Mehr, Rudolf/Ranglack, Klaus/Riesterer, Christine: Erfurt unterm Sternenbanner. Erfurt 1995.

Moczarski Norbert, Post Bernhard, Weiß Katrin: Zwangsarbeit in Thüringen 1940 – 1945: Quellen aus den Staatsarchiven des Freistaates Thüringen. Erfurt 2002.

Mohr, Rudolf, Ranglack, Klaus, Riesterer, Christine: 12. April bis 2. Juli 1945. Erfurt unterm Sternenbanner. Erfurt 1995.

Moritz, Horst: Amerikanische Truppen in Erfurt. In: Stadt und Geschichte. Heft 59, Erfurt 2015, S. 39.

Neumann, Thomas: Thüringen 1945. Erfurt 2010.

Onnasch, Martin: Um kirchliche Macht und geistliche Vollmacht. (Diss.) Frankfurt/M. 2010.

Raßloff, Steffen: Fritz Sauckel. Hitlers „Mustergauleiter“ und „Sklavhalter“, Erfurt 2012.

Schley, Jens: Thüringen 1945, Januar bis Juni, Kriegsende und amerikanische Besatzung. Erfurt 2016.

Schörle, Eckart: Der Zwangsarbeiter-einsatz in Erfurt und das Durchgangslager Borsigstraße. In: Stadt und Geschichte Heft 3/2012., S. 22 – 24.

Schörle, Eckart: Die Pogromnacht in Erfurt. In: Stadt und Geschichte Heft 3/2012., S. 20 – 23.

Schüle, Annegret: Industrie und Holocaust. Topf & Söhne – Die Ofenbauer von Auschwitz. Göttingen 2010.

Sommer Theo: 1945 Die Biographie eines Jahres. Reinbek 2005.

Stadt und Geschichte, Erfurt im Nationalsozialismus, Heft 24. Erfurt 2004.

Stadt und Geschichte, Erfurt in Kriegzeiten, Heft 25. Erfurt 2005.

Stadt und Geschichte, Nachkrieg in Erfurt, Heft 26. Erfurt 2005.

Stadt und Geschichte, Sonderheft 8, Jüdisches Leben in Erfurt. Erfurt 2008.

Stadt und Geschichte, Sonderheft 11, Die Erfurter Garnison. Erfurt 2011.

Vogt, Birgit: Pogrom in Erfurt, 1998.

Wolf, Helmut: Erfurt im Luftkrieg 1939 – 1945. Zella-Mehlis 2013.

## RESÜMEE

Nach den der Projektgruppe zur Verfügung stehenden Quellen ergibt sich folgendes Bild für die Predigergemeinde in der Zeit des Dritten Reiches.

Die GKR-Protokolle, die eine Hauptquelle dieser Zeit darstellen, geben naturgemäß nur einen kursorischen Einblick in das Leben der Predigergemeinde im Allgemeinen und über das (kirchen)politische im Besonderen. Wichtige Ereignisse wurden zwar erwähnt, aber selten ausführlicher dargelegt. Vertiefende Erkenntnisse müssen anderen Quellen entnommen werden. Während kirchenpolitische Auseinandersetzungen durchaus eine Rolle spielten, blieben Marksteine der Judenverfolgung wie die Nürnberger Gesetze und die Reichspogromnacht völlig unerwähnt. Das Schweigen zur Verfolgung der Juden bettete sich in das allgemeine Verhalten der evangelischen Kirche im Deutschen Reich ein. Ob dabei Antisemitismus oder Gleichgültigkeit eine Rolle gespielt hat, ist nicht zu klären.

Auch in den gemeinsamen Gemeindeblättern der Prediger- und der Barfüßergemeinde tauchten kirchenpolitische Themen auf. So wurde die Abgrenzung gegen die Deutschen Christen und die Deutsche Glaubensbewegung thematisiert, wobei der NS-Staat als solcher keine Kritik erfuhr. Als jedoch staatliche Maßnahmen, wie hier konkret der Vier-Jahres-Plan mit seinen Auswirkungen für die Bauern, infrage gestellt wurden, kam es zum Verbot der Blätter. In Fragen der Erziehung von Kindern und Jugendlichen gab es in den Ausführungen der Gemeindeblätter nur graduelle Unterschiede zur staatlichen Methodik. Die konservative, nationalprotestantische Ausrichtung dominierte hier – sie war autoritär. Der unbedingte Gehorsam, ohne zu hinterfragen, stand im Vordergrund und leistete der absoluten Gefolgschaft im NS-Staat so Vorschub.

Eindeutig war die Positionierung der Predigergemeinde, die nicht von ungefähr von der Gestapo beobachtet wurde, in den innerkirchlichen Auseinandersetzungen: Zunächst einmal hatte sie in der NS-Zeit mit den Pfarrern Kletschke und Dr. Gloege zwei BK-Pfarrer an ihrer Spitze, die aus ihrer kirchenpolitischen Haltung keinen Hehl machten. Der schon 30 Jahre an der Predigergemeinde wirkende Kletschke stellte der BK die Predigerkirche zur Verfügung und engagierte sich für die dann polizeilich verbotene „Evangelische Woche“. Auch die Predigt des wohl prominentesten BK-Pfarrers Martin Niemöller im November 1936 ist ohne Kletschkes Zustimmung undenkbar. Der GKR verteidigte Kletschkes Haltung: bspw. wies er das Ansinnen des DC-Seniors Kurz zurück, Kletschke kirchenpolitische Abkündigungen zu verbieten. Kletschke wurde später für seine Haltung sogar kurzzeitig in Haft genommen, als er sich zunächst geweigert hatte, ein Papier der Polizei zu unterschreiben, auf welchem er sich verpflichten sollte, eine Erklärung der Leitung der Bekennenden Kirche nicht im Gottesdienst zu verlesen. Auch die Wahl von Dr. Gloege zum

2. Predigerpfarrer Ende 1938 stellt ein gewichtiges Zeichen der kirchlichen Ausrichtung der Predigergemeinde dar, denn dieser war zuvor Leiter eines BK-Predigerseminars gewesen und seit 1937 mit Reichsreideverbot belegt, später erhielt er auch ein Publikationsverbot (1940).

Die Gemeinde wehrte sich zudem gegen Eingriffe des Staates bzw. der Stadt. So werden Überlegungen der Stadt verhindert, im Predigerkloster eine NS-Weihstätte zu Ehren Meister Eckhardts als Kronzeugen einer spezifisch germanischen Weltanschauung einzurichten. Auch gegen die Nutzung des Predigerkellers als Luftschutzrettungsstelle positionierte sich die Predigergemeinde. Dies war zwar erfolglos, einen Vertrag mit der Stadt hat sie jedoch nie unterschrieben. Vergebens blieb ebenso der Widerstand gegen die Übernahme des Prediger-Kindergartens im Februar 1941 durch die „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“.

Als nach Kriegsbeginn der sogenannte „Burgfrieden“ zwischen Kirche und Staat geschlossen und der Alltag durch den Krieg bestimmt wurde, spielten kirchenpolitische Auseinandersetzungen kaum noch eine Rolle. Am Umgang mit den holländischen Zwangsarbeitern, die Anschluss an die Predigergemeinde suchten, offenbart sich ein Gegensatz zwischen dem Pfarrer und seiner Gemeinde. Während sich Dr. Gloege mit seiner Familie intensiver als eigentlich staatlicherseits erlaubt um die Zwangsarbeiter kümmerte, verhielten sich die meisten Gemeindemitglieder ihnen gegenüber sehr reserviert.

Der aktive BK-Pfarrer Gloege gab zwar 1938 eine Selbstverpflichtung gegenüber der DC-Kirchenleitung in Magdeburg ab, diese anzuerkennen und sich kirchenpolitischer Äußerungen (im Gottesdienst) zu enthalten.<sup>1</sup> Danach blieb er aber nicht in innerer Emigration verhaftet, sondern nutzte intensiv die ihm verbliebenen Freiräume für die Artikulation seiner religiösen und (kirchen)politischen Überzeugungen – die privaten Kontakte und vor allem die Predigt. Für Ersteres stehen stellvertretend die Kontakte zur Familie des inhaftierten und später hingerichteten Pazifisten Felix Kaszemeik und zum jüdischen Arzt und späteren KZ-Häftling Dr. Lebram. In seinen Predigten ging er teilweise über die Kritik an der Einmischung des Staates in kirchliche Angelegenheiten hinaus und thematisierte Tabus wie bspw. die Schrecken des Krieges und die „Euthanasie“-Morde.

Die Predigergemeinde war kein Hort des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus allgemein. Hingegen war sie – durchaus auch mit Erfolg – bestrebt, sich im Kirchenkampf zu behaupten und sich den Eingriffen des Staates in innerkirchliche Angelegenheiten entgegenzustellen. Dass dabei auch Kompromisse eingegangen wurden und damit auch öffentliches Schweigen über Rechtsbrüche des Staates in einer den Alltag bestimmenden Diktatur einherging, darf dabei nicht verschwiegen werden.

<sup>1</sup> <http://de.evangelischer-widerstand.de/?#/zeiten/19351939/D1978/?zoom=3&tab=29>.

Diese Selbstverpflichtung war vermutlich taktischer Natur, um weiter zu arbeiten und seine Familie ernähren zu können.

## ABKÜRZUNGEN

AELKZ	Allgemeine Ev.-Lutherische Kirchenzeitung
APU	Altpreußische Union
BDM	Bund Deutscher Mädchen
Biogr.	Biografie
BK	Bekennende Kirche
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DC	Deutsche Christen
DVO	Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz
DEK	Deutsche Evangelische Kirche
EA	Ernährungsamt
EKM	Evangelische Kirche in Mitteldeutschland
EKapU	Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union
GB	Gemeindeblatt der Predigergemeinde
GBA	Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz
GDC	Glaubensbewegung Deutsche Christen
Gfm.	Gefolgschaftsmitglied
GKR	Gemeindegemeinderat
GVR	Geistlicher Vertrauensrat der DEK
GWV	Getreidewirtschaftsverband
HJ	Hitler-Jugend
Hptm.	Hauptmann
Kgf.	Kriegsgefangener
Kreisltr.	Kreisleiter
KZ	Konzentrationslager
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OB	Oberbürgermeister
OFB	Ortsbauernführer
OstA	Ostarbeiter
OT	Organisation Todt
Pg.	Parteigenosse
RAD	Reichsarbeitsdienst
RBD	Reichsbahndirektion
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RKA	Reichskirchenausschuss
RM	Reichsmark
RMdI	Reichsministerium des Innern
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst
SS	Sturmstaffel
uk	unabkömmlich
VKL	Vorläufige Kirchenleitung
VO	Verordnung
WHW	Winterhilfswerk

## ABBILDUNGSNACHWEIS

- Umschlagseite: Heller, Mathias
- S. 3: Tümmler, Hans: Luther und Erfurt, Erfurt 1943, S. 65
- S. 4 und 7: Archiv der Predigergemeinde Erfurt
- S. 8 links oben: Ausstellung „Haken am Kreuz?“
- S. 8 links und rechts unten: Tümmler, Hans: Luther und Erfurt, 1943, S. 80
- S. 8 rechts oben: Landeskirchenarchiv d. ehem. Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg
- S. 9 links: Ausstellung „Haken am Kreuz?“
- S. 9 rechts oben: Archiv der Predigergemeinde Erfurt
- S. 9 rechts unten: Ev. Kirchengemeinde Oberlenningen
- S. 10 privat
- S. 11: Bundesarchiv, Ausschnitt aus Bild 183-25414-0018
- S. 11 unten: Pressearchiv der Ev. Kirche in Mitteldeutschland
- S. 12: Tümmler, Hans: Luther und Erfurt, Erfurt 1943, S. 67
- S. 12 unten: [www.rothenburg-unterm-hakenkreuz.de](http://www.rothenburg-unterm-hakenkreuz.de)
- S. 13: Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung (Hg. v. d. Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Konferenz), 70. Jahrgang (1937), Nr. 2 v. 8.1.1937, S. 42
- S. 14: Tümmler, Hans: Luther und Erfurt, Erfurt 1943, S. 81
- S. 15: Foto Kleinfelder, Lohr a. Main
- S. 16: Berger, Manfred: Heil Hitler Dir! Du bist und bleibst der beste Freund von mir. Zur Kindergartenpädagogik im Nazi-Deutschland (1933 – 1945) – unter besonderer Berücksichtigung der Fachzeitschrift Kindergarten (1933 – 1942). In: Martin R. Textor (Hg.): Das Kita-Handbuch (Online-Handbuch)
- S. 17 links: NSDAP, Amt für Volkswohlfahrt, Abt. Propaganda
- S. 17 rechts: Institut für Zeitgeschichte, München - Berlin
- S. 18: Overmann, Alfred: Die Predigerkirche, Erfurt 1928, Tafel 5
- S. 18 u. 19: Bernd Weise, Privatbesitz
- S. 20 u. 21: Nitz, Thomas: Das Erfurter Predigerkloster vom 13. bis zum 20. Jahrhundert. Zur Baugeschichte und Denkmalpflege. In: Erfurt im Mittelalter Hg. von Escherich, Mark u. a., Berlin 2003, S. 193 ff.
- S. 23: Wolf, H.: Erfurt im Luftkrieg, Jena, 2005, S. 155
- S. 25: Fam. Schulz, Erfurt, privat
- S. 29: Dresselhuis, F. (Hg.): Nederland in den vreemde, S. 91
- S. 31: Dresselhuis, F. (Hg.): Nederland in den vreemde, S. 53
- S. 32, 35 und 49: Archiv der Predigergemeinde Erfurt
3. Umschlagseite: Seifert, Gerhard, Pressestelle EKM

## Arbeitsgruppe



**Annelie Hollmann**

ehemaliges Mitglied des Gemeindegemeinderates der Predigergemeinde und Leiterin der Arbeitsgruppe



**Gerhard Wien**

Lehrer i. R. und Mitglied der Arbeitsgruppe „Haken am Kreuz?“ des Kirchenkreises Erfurt



**Johannes Staemmler**

Pfarrer i. R.,  
1990 - 2011 Pfarrer der Predigergemeinde



**Kerstin Schulte-Körne**

Mitglied des Gemeindegemeinderates der Predigergemeinde



**Mathias Heller**

Architekt, verantwortlich für Layout und Produktion



**Dr. Sebastian Nickel**

Historiker und Musikwissenschaftler



**Sylke Rupprecht**

Kirchenführerin in der Predigerkirche

# Impressum

## Impressum:

Evangelische Predigergemeinde Erfurt  
Arbeitsgruppe „Haken am Kreuz? – Die Evangelische  
Predigergemeinde Erfurt 1933 bis 1945“  
Mathias Heller (Chefredakteur)  
Predigerstraße 4, 99096 Erfurt  
[www.predigergemeinde.de](http://www.predigergemeinde.de)

